



**Nicht genug Wasser**  
Iran und Afghanistan leiden beide unter Trockenheit. Jetzt streiten sie über ein Straudammprojekt.  
**Seite 2**

**Immer die Radfahrer**  
Berlins Verkehrsministerin hat ein Herz für Autofahrer. Der Radwegeausbau kommt folglich auf den Prüfstand.  
**Seite 9**

**Fern vom Zuschauer**  
Jetzt die Scherben aufsammeln: Mit Ulrike Demmer bekommt der RBB eine neue Intendantin.  
**Seite 12**

Nr. 139

Montag, 19. Juni 2023

78. Jahrgang

Preis 2,10 €

**STANDPUNKT**

**Regieren um jeden Preis**

Ulrike Wagener über den kleinen Parteitag der Grünen

Im Mittelpunkt des Länderrats von Bündnis 90/Die Grünen im hessischen Bad Vilbel standen die eigenen Befindlichkeiten. Voller Pathos sprachen die Parteispitzen von Zumutungen, Zerrissenheit und Bauchschmerzen, davon, wie falsch sie es finden, traumatisierte Menschen an den EU-Außengrenzen einzusperren – und warum sie dem trotzdem zugestimmt haben: Ohne ihre Mitwirkung wäre alles noch schlimmer geworden.

Nebenbei schimpften die grünen Funktionsträger\*innen auf Rechte und die Union, als saßen sie in der Opposition und hätten nicht gerade mit Ersteren einen Deal geschlossen. Diese Selbstvergewisserung ist heuchlerisch. Und der Beschluss, sich im Trilog zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission für Verbesserungen einzusetzen, wenig erfolgversprechend. Zwar wäre es gut, wenn Deutschland nicht zu Grenzverfahren verpflichtet würde. Das grundlegende Problem wäre damit aber nicht gelöst, sondern nur wie bisher an die Grenzstaaten der EU delegiert. Vielsagend ist auch, dass die Partei sich zwar für eine Ausnahme bei Familien mit Kindern einsetzen will, sich jedoch nicht auf eine generelle Kampfansage an Haftzentren für Geflüchtete einigen konnte. Der gelebte Pragmatismus der Grünen frisst ihre gelobte Humanität auf.

Größeren Einfluss auf die geplante Asylrechtsverschärfung hätte ohnehin die Ablehnung der grünen Minister\*innen gehabt. Dass die Diskussion mit der Basis erst erfolgte, nachdem der entscheidende Schritt schon gegangen war, spricht Bände – auch für die Prioritäten der kritischen Stimmen in der Partei. Dass man die Menschenrechte nur unter Schmerzen aufgibt, ändert für Geflüchtete rein gar nichts, macht es der eigenen Anhängerschaft aber schwerer, sich wirklich aufzulehnen.

**UNTEN LINKS**

Ende letzter Woche trat der Bundesausschuss der CDU zusammen, eine Art kleiner Parteitag. 160 Delegierte hatten sich in der Parteizentrale eingefunden und suchten nach dem richtigen Maß an Populismus. Dazu sollte dem Volk aufs Maul geschaut, aber nicht nach dem Mund geredet werden, so CDU-Chef Merz. Gleichzeitig ging es der Partei um **Selbstfindung**. Unter dem Strich der maximal mögliche Spagat zwischen Introspektion und externer Erkundung. Aber von welchem Volk wurde hier geredet? Nicht die Bevölkerung dieses Landes ist gemeint, sondern eher das Wahlvolk der politisch benachbarten Parteien. Wie lässt sich das locken und binden, vereinnahmen und täuschen? Und das mit den geeigneten Vokabeln. Schon nicht dumm, die Taktik. Aber man möchte Merz und Co. zuzurufen: Zurück zu den christlichen Wurzeln! Klöster bieten mehrwöchige Schweigeklausuren an. Schweigen ist Deutschland-Gold! Es gibt sogar einen Auszeit-Konfigurator, mit Exerzitien oder ohne. Am Ende eine tiefengereinigte Partei und eine erfrischte politische Landschaft. *uhe*

**Wenn Retten verboten ist**

Hilfsorganisationen wie Sea-Eye werden zunehmend an ihrer Arbeit gehindert



Die Menschen von diesem Schlauchboot konnte Sea-Eye mit dem Schiff »Alan Kurdi« in Sicherheit bringen (2019).

Berlin. »Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der europäischen Politik und dem Tod der Menschen«, sagt Carlotta Ekrod von der Hilfsorganisation Sea-Eye im Gespräch mit dem »nd«. Denn die »Sea-Eye 4« und weitere Schiffe der zivilen Seenotrettung saßen in italienischen Häfen fest, während dieser Tage nach Schätzungen 300 bis 650 Migrant\*innen, die vom libyschen Tobruk aus gestartet waren, vor der griechischen Küste ertranken.

Dass die Retter an ihrer Arbeit gehindert werden, ist bereits ein älteres Problem. Hinzugekommen ist jedoch eine Gesetzesverschärfung, die unter der postfaschistischen Regierung von Giorgia Meloni im Februar beschlossen wurde und aktuell Grund für die Strafe gegen die »Sea-Eye 4« ist. Auf ein Hilfesuch der Organisation an das Auswärtige

Amt und Ministerin Annalena Baerbock (Grüne) erfolgte bislang keine Reaktion. Die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung habe fatale Folgen, so Ekrod: Es würden noch viele weitere Menschen im Mittelmeer sterben. Denn die EU-Abschottungspolitik werde Menschen nicht von der Flucht abhalten, sondern nur davon, sicher ihr Ziel zu erreichen.

Die EU versucht nichtsdestotrotz, weiter an der Festung Europa zu bauen. Derzeit nimmt man in Brüssel sehr viel Geld in die Hand – mehr als bisher bekannt, wie »nd« erfuhren –, um Tunesien zur Zusammenarbeit beim Grenzschutz zu bewegen. Offen ist, ob es gelingt, das Land wie gewünscht zum Standort für Asylverfahrenslager aufzubauen. Am Sonntag reiste Bundesinnenministerin Nancy Faeser zusammen mit ihrem fran-

zösischen Amtskollegen Gérald Darmanin nach Tunis, um über »Schlepperboote im Mittelmeer, Abschiebungen und legale Wege der Erwerbsmigration« zu sprechen.

Derweil konnte man vom Länderrat der Grünen in Bad Vilbel hören, wie groß die Schmerzen von Annalena Baerbock waren, als sie kürzlich für die geplante Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (Geas) stimmte. Zwar drängten die Delegierten auf Ausnahmen für Familien bei den vorgesehenen Grenzverfahren und darauf, dass Mitgliedsstaaten nicht zu diesen Verfahren verpflichtet werden sollen. Welche Konsequenzen das haben wird, nachdem die europäische Einigung bereits als »historischer Erfolg« (Nancy Faeser) gefeiert wurde, wird man sehen. Zum Eklat kam es bei den Grünen jedenfalls nicht. *rst* **Seiten 3, 4 und 6**

**Massaker von Rebellen an Schülern**

Dutzende Tote und Geiselnahme bei Angriff von Islamisten-Miliz auf Schule in Uganda

**Kämpfer der dschihadistischen ADF-Miliz haben beim Überfall auf eine Schule in Ruanda ein Massaker verübt. Die Täter flohen in die benachbarte DR Kongo.**

PETER STEINIGER

Bei einem Angriff islamistischer Milizionäre auf eine Schule in Uganda sind mindestens 41 Menschen getötet worden, die meisten davon Schüler. Nach Armeeangaben überfielen die Angreifer die Oberschule im Ort Mpondwe nahe der Grenze zur Demokratischen Republik Kongo in der Nacht zum Samstag, setzten einen verschlossenen Schlafsaal in Brand und töteten ihre Opfer durch Schüsse und mit Macheten. Mindestens sechs Menschen wurden von den Angreifern entführt.

Armee und Polizei machten die islamistische Miliz Alliierte Demokratische Kräfte (ADF) für den Angriff verantwortlich. Die Kämpfer flohen nach der Attacke in Richtung des Virunga-Nationalparks im Nachbarland Demokratische Republik Kongo; die Armee nahm die Verfolgung auf.

UN-Generalsekretär António Guterres verurteilte den »abscheulichen Angriff« und forderte die sofortige Freilassung der Geiseln. Das US-Außenministerium zeigte sich »be-

stürzt«. Papst Franziskus erklärte, er bete für die »jungen Opfer des brutalen Angriffs«.

Nach den Worten der ugandischen Bildungsministerin Janet Museveni verbrannten 17 Jungen in ihrem verschlossenen Schlafsaal, wo sie sich laut Augenzeugen vor den Angreifern verschanzten. 20 Schülerinnen seien mit Macheten getötet wurden. Laut den Ermittlern wurden zudem ein Sicherheitsmann und drei weitere Erwachsene getötet.

**Viele Tote können nur noch durch DNA-Untersuchungen identifiziert werden.**

Viele Angehörige der teilweise bis zur Unkenntlichkeit verbrannten Opfer warteten am Sonntag weiter auf Nachricht über das Schicksal ihrer Kinder. Viele Tote können nur noch durch DNA-Untersuchungen identifiziert werden.

Es handelt sich um den tödlichsten Angriff in Uganda seit einem Anschlag in der Hauptstadt Kampala im Jahr 2010, bei dem 76 Menschen getötet wurden. Zu der Tat hatte sich damals die radikalislamische somalische She-

bab-Miliz bekannt.

Die angegriffene Schule liegt weniger als zwei Kilometer von der Grenze zur Demokratischen Republik Kongo entfernt, wo die ADF-Miliz vor allem aktiv ist. Armeesprecher Dick Olum sagte der Nachrichtenagentur AFP nach Geheimdienstkenntnissen seien die ADF-Kämpfer mindestens zwei Tage vor dem Angriff auf die Schule in der Gegend aufgetaucht. Sie verfügten demnach über detaillierte Informationen über die Schule wie etwa die Lage der Schlafsäle für Jungen und für Mädchen. Nun müsse untersucht werden, wieso der Angriff nicht vereitelt worden sei.

Die ursprünglich aus Uganda stammende (IS) verbündete Gruppe ADF wird beschuldigt, seit den 90er Jahren tausende Zivilisten getötet zu haben. Als ihren Rückzugsort nutzt sie den riesigen Virunga-Nationalpark, in dem seltene Tierarten wie der Berggorilla leben.

2019 leisteten die ADF-Rebellen dem IS den Treueeid. Die USA setzten Anfang März eine Belohnung von bis zu fünf Millionen Dollar (umgerechnet 4,6 Millionen Euro) für Hinweise aus, die zur Ergreifung von ADF-Chef Musa Baluku führen. *Mit Agenturen*

**Friedensinitiative afrikanischer Staaten**

Delegation aus Afrika drängt bei Putin auf Ende des Krieges

St. Petersburg. Afrikanische Staats- und Regierungschefs haben bei einem Besuch in Russland ein »Ende des Krieges« in der Ukraine gefordert. Der Konflikt müsse »durch Verhandlungen und auf diplomatischem Wege« beendet werden, sagte Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa am Samstag nach einem Treffen mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin in St. Petersburg. Die von Ramaphosa angeführte afrikanische Delegation legte eine Liste von zehn Prinzipien vor, die Voraussetzungen für einen Frieden sein sollen. Dazu gehören Deeskalation, die gegenseitige Anerkennung der staatlichen Souveränität, Sicherheitsgarantien, ungehinderte Getreideexporte durch das Schwarze Meer und die Rückkehr aller Kriegsgefangenen und Kinder in ihre Herkunftsstaaten. Der Kreml bezeichnete die Vorschläge als »sehr schwer umzusetzen«. Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Verhandlungen mit Moskau vorerst ausgeschlossen. Afrikanische Länder sind stark betroffen von den infolge des Kriegs extrem gestiegenen Getreidepreisen. *AFP/nd* **Seite 6**

**Schweiz verordnet sich Energiewende**

Bürger stimmen für mehr Klimaschutz und Mindeststeuer

Bern. Die Schweizer haben in einer Volksabstimmung einer Hochrechnung zufolge die Weichen für ein klimaneutrales Land gestellt. Nach Zahlen des Forschungsinstituts gfs.bern sagten in der Abstimmung am Sonntag 58 Prozent Ja zum Klimaschutzgesetz. Das Ziel von netto null Treibhausgasemissionen soll bis 2050 erreicht werden. Für den Abschied von Öl- und Gasheizungen soll es finanzielle Anreize geben, Unternehmen sollen bei der Umrüstung auf klimafreundliche Technik unterstützt werden. Die Gegner des Vorhabens fürchten, dass durch die Umrüstungen hohe Kosten entstehen und die Inflation massiv wächst. Zugleich sprachen sich die Schweizer nach der Hochrechnung mit 79 Prozent dafür aus, dass internationale Konzerne vom nächsten Jahr an eine Mindeststeuer von 15 Prozent entrichten. Aktuell haben einige Kantone noch eine niedrigere Steuer. Der Schritt betrifft Unternehmen mit mindestens 750 Millionen Euro Jahresumsatz und damit rund ein Prozent der in der Schweiz tätigen Firmen. *dpa/nd*

**Biden hält Treffen mit Xi für möglich**

US-Präsident wünscht Gipfel mit seinem Amtskollegen aus China

Peking. Vor dem Besuch von US-Außenminister Antony Blinken in China hat Präsident Joe Biden ein Treffen mit Staatschef Xi Jinping in Aussicht gestellt. »Ich hoffe, dass ich mich in den nächsten Monaten erneut mit Xi treffen und über berechnete Differenzen sprechen werde, die wir haben, aber auch darüber, in welchen Bereichen wir miteinander auskommen können«, sagte Biden am Samstag. US-Chefdiplomat Blinken begann am Sonntag einen Besuch in Peking. Die Beziehungen zwischen den beiden Großmächten sind wegen einer Reihe von Punkten angespannt. Die US-Regierung sieht die Volksrepublik als größte geopolitische Herausforderung. China wiederum wirft den USA Hegemonialstreben vor. *dpa/nd*

**870**

Genoss\*innen geben das »nd« heraus. Sie ermöglichen unabhängigen, linken Journalismus. Auch Genoss\*innen werden auf [nd-genossenschaft.de](http://nd-genossenschaft.de)



Es geht um den Zugang zu Wasser und ein zwischenstaatliches Abkommen von 1973. Doch dann fielen Schüsse und mehrere Grenzsoldaten waren tot. Was ist los zwischen Iran und Afghanistan?

## Streit um Wasser

Zwischen Afghanistan und dem Iran gibt es seit Jahren Konflikte um Staudämme und Ressourcen

Über zwei Jahrzehnte haben die Taliban einen blutigen Krieg geführt, um die Macht in Afghanistan zu erlangen. An die Macht gelangt, stoßen sie auf neue Gegner und es besteht die Gefahr eines erneuten Konflikts.

HILA LATIFI

Seit Monaten warten tausende Menschen in der Provinz Farah im Norden Afghanistans auf Wasser. Die Wasserknappheit in der Grenzregion zum Iran hat in den vergangenen Monaten immer wieder für Konflikte gesorgt. Was genau ist passiert?

Der Fluss Helmand ist mit einer Gesamtlänge von etwa 1150 Kilometern der längste Fluss Afghanistans. Er durchquert verschiedene Regionen Afghanistans und beeinflusst das Leben zahlreicher Menschen entlang seines Verlaufs, bevor er in den Hamun-See an der Grenze zum Iran mündet. Die anhaltende Dürre und der Rückgang des Wasserspiegels des Helmand haben zu einer Verringerung der Wassermenge geführt, was sich negativ auf die Landwirtschaft und die Lebensgrundlagen der Menschen in der Region auswirkt.

Nun haben die Taliban Pläne bekannt gegeben, laut der sie in der Region Farah einen Staudamm errichten wollen: Bakhshabad. Ein zukünftiges Wasserkraftwerk soll Tausende Haushalte mit Strom versorgen und der Bevölkerung dringend benötigtes Wasser bereitstellen. »Durch den Bau des Staudamms könnte die Landwirtschaft dieser Region und halb Afghanistan deutlich profitieren«, meint Hadschi Schir Agha, ein Einwohner von Farah.

Der Bau schafft Arbeitsplätze und wirkt sich auch auf benachbarte Gebiete positiv aus. Afghanistan leidet seit langer Zeit unter Wasserknappheit, die von verschiedenen Faktoren beeinflusst wird. Dazu zählt die geografische Lage des Landes, in der bestimmte Regionen nur geringe Niederschlagsmengen erhalten. Der Klimawandel hat zudem zu veränderten Bedingungen geführt, die die Wasserverfügbarkeit weiter beeinträchtigen.

Die unzureichende Infrastruktur, mangelnde Wassermanagementstrategien und der begrenzte Zugang zu modernen Bewässerungstechniken tragen ebenfalls zur Wasserknappheit bei. Der Wassermangel im Land beeinträchtigt die Landwirtschaft, Lebensgrundlagen und Entwicklung des Landes. Bauern leiden unter Ernteausfällen, während die Bevölkerung unter begrenztem Trinkwasser und an Gesundheitsproblemen leidet. In den letzten beiden Jahrzehnten hat Afgha-

nistan Maßnahmen ergriffen, um seine Wasserressourcen effizienter zu verwalten und zu kontrollieren. Infolgedessen wurden der große Ghoshtepa-Kanal vom Fluss Amu-Darja sowie mehrere Staudämme und Wasserumleitungs-dämme im Westen und Süden des Landes errichtet. Der Bau von Wasserkraft- und Staudämmen in Afghanistan bedeutet aber auch einen verringerten Wasserabfluss in benachbarte Länder.

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi beschuldigte die Taliban, Wasser des Helmand zurückzuhalten und wirft ihnen Vertragsbruch vor. Er bezieht sich auf ein Abkommen aus dem Jahr 1973. Damals vereinbarten der Premierminister Afghanistans Musa Schafiq und der iranische Premierminister Amir Abbas Howveida ein Abkommen zur Regelung der Wasserrechte des Helmand. Eine vorläufige Regelung sah vor, dass der Iran einen beträchtlichen Anteil des Wassers erhalten und für landwirtschaftliche Zwecke nutzen sollte. Aufgrund der als ungleich angesehenen Verteilung der Wasserressourcen führte diese Entscheidung damals schon zu Protesten in Afghanistan.

»Durch den Bau des Staudamms könnte die Landwirtschaft dieser Region und halb Afghanistan deutlich profitieren.«

Hadschi Schir Agha  
Einwohner der afghanischen Stadt Farah

In den darauffolgenden Jahren wurde die Wasserversorgung aufgrund der Veränderungen und Unruhen im Land aber vernachlässigt und geriet aus dem Fokus der Öffentlichkeit. Doch durch die Pläne der Taliban rückt dieses Thema wieder ins Zentrum und der Konflikt entfacht erneut. Auf der iranischen Seite der Grenze hätte eine Verschlechterung der Wasserversorgung für die Provinz Sistan und Belutschistan ebenfalls erhebliche Folgen und könnte das fragile Ökosystem beeinträchtigen.

Die Menschen auf beiden Seiten der Grenzen fordern endlich eine angemessene Lösung für den Konflikt am Helmand, die ein Gleichgewicht zwischen dem Recht Afghanistans, seine eigenen Wasserressourcen zu nutzen, und dem Anspruch Irans aufgrund des historischen Abkommens von 1973. Der Klimawandel, die anhaltende Dürre und der sinkende Wasserspiegel machen deutlich, wie dringend wirksame Wassermanagement-



Mit martialischer Mine bewacht ein Taliban-Kämpfer den Grenzübergang zum Iran in Zarandshah.

strategien zwischen den beiden Ländern benötigt werden.

Bislang sind sowohl vonseiten der Taliban als auch der Islamischen Republik keine erkennbaren Bemühungen oder konkreten Pläne für die Aufnahme von Verhandlungen zu erkennen. Die Reise des iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi in die Provinz Sistan-Belutschistan wird von Kritikern als inszeniert angesehen. Die Menschen der mehrheitlich sunnitischen Provinz beklagen starke Repressionen, Diskriminierung und Ausbeutung, weshalb sie besonders stark in die Proteste gegen die Regierung in Teheran involviert waren. Das Vorgehen des Regimes war hier besonders gewaltsam und brutal.

Laut der Nachrichtenagentur Afghanistan International zielt die islamische Republik nicht darauf ab, Wasser nach Sistan-Belutschistan umzuleiten, sondern vielmehr, die Wut und den Protest der Menschen in Richtung der Taliban zu lenken. Die wachsenden Spannungen bieten den Taliban ebenfalls eine propagandistische Gelegenheit, um sich nicht nur als starke Macht in Afghanistan, sondern auch in der Außenpolitik zu präsentieren.

Seit der feierlichen Eröffnungszeremonie des Staudamms Bakhshabad werden Informationen zum Stand des Projektes von den Taliban zurück gehalten, was den Iran dazu veranlasst, die Entsendung eigener Ex-

perten vor Ort zu fordern. Allerdings lehnt Schir Mohammad Abbas Stanekzai, der politische Stellvertreter des Taliban-Außenministeriums, den Besuch iranischer Experten ab und betont: »Staudämme sind sensible Einrichtungen eines Landes.«

Am 27. Mai kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen an der Grenze, bei dem zwei iranische Grenzsoldaten getötet wurden, auch auf afghanischer Seite waren Todesopfer zu beklagen. Ohne eine baldige Lösung für beide Länder besteht die Gefahr weiterer Todesfälle, da in den letzten Monaten bereits eine hohe Gewaltbereitschaft auf beiden Seiten der Grenze zu beobachten war.

## Kein eitel Sonnenschein zwischen Kabul und Teheran

Auf wirtschaftlicher Ebene sind die Beziehungen gut, auf politischer bleiben die Konflikte

Das Verhältnis zwischen der Islamischen Republik Iran und der islamistischen Taliban-Miliz war immer bestimmt von Spannungen und Widersprüchen.

CYRUS SALIMI-ASL

Als vorrangig schiitisch geprägter Staat, der sich traditionell als Beschützer aller Schiiten in der islamischen Welt versteht, hat der Iran einen ideologischen Gegenspieler in den radikalsunnitischen Taliban. Noch hat die iranische Regierung die Herrschaft der Taliban in Afghanistan völkerrechtlich nicht anerkannt – auch wenn sie ihnen im Februar die Übernahme der Botschaft in Teheran erlaubt hat –, pocht aber regelmäßig auf eine »inklusive« Regierung, will heißen, ein Kabinett, das alle Bevölkerungsgruppen repräsentiert; für Teheran heißt das speziell die schiitischen.

Dennoch haben beide Länder ein Interesse an guten Beziehungen, vor allem in der Wirtschaft: Das Handelsvolumen beider Staaten

miteinander liegt derzeit bei über einer Milliarde Dollar, so die iranische Nachrichtenagentur Tasnim News unter Berufung auf Zahlen der Handelskammer Kabul. Während Afghanistan vor allem landwirtschaftliche Produkte exportiert, kommen aus dem Iran hauptsächlich Erdöl und Derivate. Teheran sieht in Afghanistan einen Absatzmarkt und ein Transitland für den Handel mit den Republiken Zentralasiens wie Tadschikistan und Usbekistan.

Als die Taliban-Kämpfer 1996 zum ersten Mal die Macht in Afghanistan übernommen haben, wusste die Regierung in Teheran nicht so recht, mit wem sie da zu tun hatte: Strengreligiöse Männer mit Kalaschnikow im Arm waren auf einmal die neuen Entscheider in Afghanistan – und die hielten sich nicht immer streng an diplomatische Gepflogenheiten, wie sie unter Staaten üblich sind.

1998 kam es zu einem ersten offenen Konflikt, als die Taliban die Stadt Masar-e Scharia

im Norden einnahmen, das iranische Konsulat stürmten, zehn Konsularbeamte und einen Journalisten töteten und mehrere Dutzend iranischer Staatsangehöriger als Geiseln nahmen. Die iranische Regierung ließ 200 000 Soldaten an der Grenze aufmarschieren, drohte offen mit einer militärischen Intervention; Irans Oberster Führer, Ajatollah Ali Khamenei, nannte die Taliban »wertlose und niedere Menschen«. Nachdem die Geiseln frei kamen und die Leichen der getöteten Diplomaten überstellt worden waren, konnte der Konflikt geschlichtet werden. Grenzschmützel hat es immer wieder gegeben zwischen iranischen Grenzschützern und Taliban-Kämpfern.

Der Iran verfolgt gegenüber Afghanistan eine pragmatische Außenpolitik, die nach außen widersprüchlich erscheint, aber einem Prinzip folgt: Der Regierung in Teheran geht es darum, die USA aus der Region herauszudrängen. Diesem Ziel hat sie auch die ideologische Feindschaft mit den Taliban un-

tergeordnet. Dafür hat sie die Taliban unter der Hand sogar unterstützt, nachdem eine von den USA angeführte internationale Militärkoalition die Taliban 2001 mit Waffengewalt von der Macht vertrieben und Afghanistan besetzt hat.

So erklärte US-Verteidigungsminister Robert Gates im Juni 2007, dass es wenig glaubhaft sei, wenn eine große Anzahl von Waffen aus dem Iran »ohne Wissen der iranischen Regierung« nach Afghanistan käme. Der Iran hat dies erwartungsgemäß bestritten.

Nach Informationen der Nachrichtenwebseite Middle East Eye war eine Taliban-Delegation 2015 zu Gesprächen in Teheran, hochrangige iranische Militärs hielten sich auch in Afghanistan auf. Dabei ging es der Regierung in Teheran vor allem darum, dass keine US-Militärbasen nahe der iranischen Grenze entstehen, die Taliban ihre Angriffe gegen die US-Besatzungstruppen intensivieren und Angriffe auf Schiiten in Afghanistan einstellen.

Mit der Rückkehr an die Macht im August 2021 sind die US-Truppen aus Afghanistan verschwunden, was prompt von der iranischen Regierung begrüßt wurde. Von eitel Sonnenschein zwischen der islamischen Republik Iran und dem sogenannten Islamischen Emirat von Afghanistan kann dennoch nicht die Rede sein. An der über 900 Kilometer langen Grenze zwischen beiden Ländern kommt es regelmäßig zu Zusammenstößen. In Teheran fürchtet man das Einsickern sunnitischer Terrorgruppen wie des regionalen Ablegers des Islamischen Staats, den IS-Khorasan, der radikal anti-schiitisch und anti-iranisch ausgerichtet ist. Die Machthaber in Teheran wollen auch den Zufluss von Geflüchteten abstellen. Derzeit leben weit über drei Millionen Afghanen und Afghanen im Iran, die meisten davon nicht registriert, das heißt rechtlos. Nach UNHCR-Schätzungen sind allein seit August 2021 bis zu einer Million Schutzsuchende aus Afghanistan in den Iran geflohen.



Gerettete gehen in Livorno von Bord der »Sea-Eye 4«. Das Schiff nimmt seit Mai 2021 Menschen in Seenot auf. Jetzt wurde es allerdings in Italien festgesetzt.

DPA/SEA EYE MISSION/JOHANNES GAJEVIT

# »Unsere Abwesenheit macht die Flucht gefährlicher«

Carlotta Ekrod von der Hilfsorganisation Sea-Eye über die immer schwerer werdende Seenotrettung im Mittelmeer

INTERVIEW: ROBIN JASPERT

## Carlotta Ekrod, wie ist aktuell die Lage auf der »Sea-Eye 4«?

Wir sind im italienischen Hafen von Ortona festgesetzt. Für unsere letzte Mission haben wir als Strafe 20 Tage Verwaltungshaft bekommen. Während des Einsatzes haben wir ein Boot aus Seenot gerettet und sind dann noch einmal umgedreht, als wir auf dem Weg in den uns zugewiesenen Hafen waren, um noch ein weiteres Boot zu retten. Dafür wurden wir festgesetzt und müssen eine Strafe von 3333 Euro bezahlen. Der Grund für die Strafe ist ein neues, im Februar erlassenes italienisches Gesetz, das Seenotrettung kriminalisiert.

## In der Nacht vom 13. auf den 14. Juni ist ein Schiff mit Menschen auf der Flucht an Bord vor der Küste Griechenlands gekentert. Laut Angaben der Menschen an Bord waren 750 Menschen auf dem Schiff, die Internationale Organisation für Migration spricht von 400. Nur 104 Personen konnten offenbar gerettet werden. Hängt diese Katastrophe mit der Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung zusammen?

Es ist furchtbar. Diese Katastrophen sind so häufig geworden, dass es kaum noch jemandem juckt. Durch die zunehmende Kriminalisierung und Diffamierung von Seenotrettung wird es immer schwieriger, unsere teure und komplexe Aufgabe zu bewältigen. Eine Aufgabe, die eigentlich von Staaten übernommen werden müsste. Griechenland, Malta und Italien kommen dieser Aufgabe aber nicht nach, und zudem hält Malta kommerzielle Schiffe sogar aktiv von der Rettung ab. Sie weisen sie unter Drohungen an, Seenotfälle zu ignorieren – das ist gesetzeswidrig und menschenverachtend. In diesem Fall vor der Peloponnes und auch in vielen anderen wussten sowohl die griechische Küstenwache als auch die EU-Grenzschutzbehörde Frontex von dem Seenotfall. Aber sie haben die Menschen sterben lassen.

Hinzu kommt, dass unsere Arbeit seit Jahren strukturell behindert wird. Früher wurden wir wegen ausgedachter Mängel an unseren Schiffen festgesetzt. Wir haben tage- und manchmal wochenlang auf einen sicheren Hafen gewartet. Die Zustände für alle an Bord waren oft unerträglich. Heute werden wir nach einer Rettung sofort aus dem Mittelmeer abgezogen und müssen weite Wege nach Norditalien zurücklegen. Es sind immer weniger Schiffe im Mittelmeer, um Menschen aus Seenot zu retten und in Sicherheit zu bringen. Momentan sind drei Schiffe festgesetzt und konnten deswegen nicht vor Ort sein. Andere Organisationen haben kein Geld

mehr, um rauszufahren. Es besteht also ein direkter Zusammenhang zwischen der europäischen Politik und dem Tod der Menschen.

**Wie ordnen Sie das Dekret in Italien ein?** Dass es jetzt ein Gesetz zur Kriminalisierung von Seenotrettungsschiffen und ihren Organisationen gibt, ist ein weiteres Symptom einer anhaltenden, immer schlimmer werdenden Kriminalisierung und Entmenschlichung von Menschen auf der Flucht. Wir haben schon erwartet, dass es mit der postfaschistischen Regierung von Giorgia Meloni weitere Repression gegen uns geben wird. Es ergibt allerdings keinen Sinn zu versuchen, Seenotrettung aufzuhalten. Die zivile Seenotrettung war 2022 an nur 11 Prozent der Ankünfte von Menschen auf der Flucht nach Europa beteiligt. Dass wir nicht mehr da sind, ändert nichts daran, dass Menschen über das Mittelmeer kommen, die unter anderem vor Verfolgung und Versklavung flüchten. Unsere Abwesenheit macht die Flucht nur gefährlicher. Uns zu kriminalisieren bedeutet einfach nur, dass noch mehr Menschen ertrinken werden. Wir werden so stark bekämpft, weil wir ein Symbol gegen die anhaltende Abschottungspolitik sind. Der Kampf gegen die Seenotrettung ist deswegen für Politiker\*innen vor allem eins: medienwirksam. Sie symbolisieren migrationspolitische Härte und fischen damit am rechten Rand.

**Stichwort Abschottungspolitik: Vor knapp einem Jahr wurden in der spanischen Exklave Melilla mehrere Dutzend Menschen auf der Flucht von Grenzbeamten getötet, in Assamaka in Niger finden immer mehr Pushbacks in die Wüste statt. Es gibt die Abmachung mit der Türkei, gegen Geld keine Flüchtenden mehr durchzulassen, und den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. An der Grenze zwischen Belarus und Polen werden Menschen im Wald beziehungsweise zwischen Grenzmauern eingepfercht und ihrem Schicksal überlassen. Sind bald alle Grenzen dicht? Ist die Festung Europa bald fertig gebaut?**

Ich würde sagen, ja. Wir sind sehr nah dran. Es ist nicht nur symbolisch so, dass wir in Europa immer mehr Zäune haben. Auch faktisch gibt es heute sechsmal mehr Grenzbefestigungen im Vergleich zu 2014. Frontex wird immer weiter ausgerüstet. Es gibt ein neues Vorhaben, Tunesien mit mindestens 900 Millionen Euro auszustatten – 100 Millionen davon sind explizit dafür vorgesehen, ein »Migrationsmanagement« zu etablieren. Am 11. Juni war die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, gemeinsam mit Italiens Ministerpräsidentin Meloni und Mark Rutte, dem Ministerpräsidenten der Niederlande, in Tunesien, um über die Details zu verhandeln.

Die sogenannte Ruanda-Lösung – Menschen auf der Flucht aufzuhalten und nach Afrika zu schicken – ist weiterhin im Gespräch. Libyen wird seit Jahren von der EU finanziert, um die sogenannte libysche Küstenwache auszustatten. Es ist keine echte Küstenwache. Ihre einzige Aufgabe ist es, Menschen, die in Libyen schweren Formen von Gewalt, oft sexualisierter, ausgesetzt sind, an der Flucht in ein vermeintlich sicheres Europa zu hindern. Das alles hat das Ziel, Menschen daran zu hindern, nach Europa zu kommen. Es ändert aber nichts daran, dass sie dennoch kommen. Diese rechte Politik der Abschottung und Ignoranz gibt es schon seit Jahren. An der Zahl der Menschen, die kommen, ändert sie nichts, sie verschlimmert nur ihre Erfahrungen auf dem Weg. Die Zustände auf den Fluchtrouten werden immer unhaltbarer. Die Festung Europa ist ein rechtes Narrativ, das immer weiter bedient und mit der Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems uneingeschränkt akzeptiert wird.

werden. Es fördert irreguläre Migration und wird am Ende für noch mehr Chaos und Qualen für Menschen auf der Flucht sorgen. Reform ist in dem Kontext ein lächerliches Wort. Es bedeutet ja eigentlich, dass etwas verbessert wird. Durch diese »Reform« wird aber nichts verbessert. Sie verschlimmert die Situation der Menschen auf der Flucht. Es ist eine Scheinlösung. Personen werden zukünftig noch häufiger inhaftiert werden. Das Gesetz etabliert die Fiktion der Nichteinreise. Menschen stehen auf europäischem Boden, aber sind rechtlich gesehen nicht in Europa. Die Zulässigkeit eines Asylantrags wird in einem Grenzverfahren geprüft, nicht aber der Asylantrag selbst. Darauf haben aber alle Menschen, die in der EU ankommen, ein Anrecht. Menschen auf der Flucht werden durch die »Reform« also weiter entrechtet. Für die Seenotrettung müssen wir abwarten. Es wird insgesamt noch mehr Raum für die Akzeptanz faschistischer Positionen und Politik geschaffen. Auch was die Seenotrettung angeht. Insgesamt wird die »Reform« eine Kriminalisierung der Hilfe verstärken und zu mehr Akzeptanz für harte Maßnahmen gegen uns sorgen. Das wird unsere Arbeit erschweren.

## INTERVIEW



VINCENTO LAZZARI

Carlotta Ekrod ist seit drei Jahren bei der Hilfsorganisation Sea-Eye aktiv und seit zwei Jahren Mitarbeiterin. Sie war lange für das Crew-Management verantwortlich und beschäftigt sich aktuell mit den Zukunftsperspektiven von Sea-Eye. Sie war selbst auf Mission und ist regelmäßig auf der »Sea-Eye 4«. Das Gespräch mit ihr hat Robin Jaspers an Bord des Schiffes geführt.

## Was bedeutet die Reform des gemeinsamen europäischen Asylrechts für die zivile Seenotrettung und Menschen auf der Flucht?

Die geplante Gesetzesänderung ist ein direkter Angriff auf das Asylrecht. Rassismus wird durch die Veränderung des Gesetzes weiter institutionalisiert. Sie wird dafür sorgen, dass Fluchtrouten noch gefährlicher werden. Dass Menschen auf der Flucht insgesamt noch weniger Rechte haben und noch größerer Gefahr ausgesetzt sind, in illegalen Netzwerken zu landen und misshandelt und versklavt zu

Welche Perspektiven hat die zivile Seenotrettung?

Für uns sieht es momentan ziemlich düster aus. Wir sind sehr besorgt. Die Spenden gehen immer weiter zurück, und vor allem für die zweite Jahreshälfte haben wir Sorge, dass wir unsere Missionen nicht fahren können. Wir sind uns momentan nicht sicher, wie wir das stemmen können. Aber Geld ist ein Problem, das gelöst werden kann. Das italienische Gesetz vom 24. Februar allerdings, hat weitreichende Folgen für uns. Die aktuelle Festsetzung der »Sea-Eye 4« ist die erste Phase im Rahmen des Dekrets. Die nächste Stufe wäre eine Festsetzung unseres Schiffs für sechs Monate und eine Strafe von bis zu 50 000 Euro. Wenn wir dann noch einmal festgesetzt werden, wird die »Sea-Eye 4« unbegrenzt in Verwaltungshaft genommen und kann faktisch nie wieder rausfahren. Wir verschwenden unsere Kapazitäten dann vor Gericht und können unserer Arbeit nicht nachgehen.

**Was braucht es, um dieser gegenwärtigen Situation entgegenzusteuern?** Sichere Fluchtwege sind nötig, das steht außer Frage. Migration wird in der EU jedoch als sicherheitspolitisches Thema inszeniert. Geflüchtete Menschen sind aber keine Bedrohung für uns. Nur durch dieses Theater kann die EU immer repressivere und gewalttätigere Maßnahmen gegen Flüchtlinge sowie Menschen und Organisationen, die sich mit ihnen solidarisieren, durchsetzen. Diese Kriminalisierung muss enden, und es braucht EU-Staaten, die mit einem positiven Beispiel vorangehen und zeigen, dass Menschlichkeit und Solidarität der einzig richtige Weg sind.

## Nach Ihrer Festsetzung haben Sie ein Hilfesuch an das Auswärtige Amt und Annalena Baerbock gestellt. Gab es darauf schon eine Reaktion?

Nein, bisher hat niemand darauf reagiert.

## Unterstützt die Bundesregierung Sie anderweitig?

Die Bundesregierung hat ja die Unterstützung der zivilen Seenotrettung in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben: »Die zivile Seenotrettung darf nicht behindert werden. Wir streben eine staatlich koordinierte und europäisch getragene Seenotrettung im Mittelmeer an«, heißt es da. Zusätzlich hat der Bundestag dem Bündnis »United 4 Rescue«, das Seenotrettungsorganisationen unterstützt, 8 Millionen Euro Unterstützung über einen Zeitraum von vier Jahren zugesichert. »United 4 Rescue« würde dieses Geld für bessere Ausstattung und alles, was in der Seenotrettung notwendig ist, einsetzen. Bis heute ist dieses Geld aber nicht geflossen, und wir fragen uns, wo es bleibt, da wir es gerade jetzt sehr dringend bräuchten. In einer Recherche vom »Spiegel« wurde jetzt veröffentlicht, dass es politisch motiviert ist, das Geld nicht auszugeben, und nicht nur an der Bürokratie liegt. Es sollen nur Projekte an Land und nicht die Seenotrettung finanziert werden. Die Bundesregierung hat offensichtlich Angst, sich klar zu positionieren. Obwohl sie es in ihrem Koalitionsvertrag eigentlich schon getan hatte.

## Wie geht es mit der »Sea-Eye 4« weiter?

Wir klagen gegen das italienische Gesetz. Wir wollen, dass es aufgehoben wird. Es ist ein Gesetz, das es so aussehen lässt, als wäre die Arbeit, die wir machen, unrechtmäßig. Dabei ist es nach internationalem Seerecht die Pflicht eines jeden Landes und eines jeden Schiffes, Menschen in Seenot zu retten. Das Gesetz hat das Potenzial, die Akzeptanz der italienischen und europäischen Bevölkerung für immer brutaleren Maßnahmen gegen uns und Menschen auf der Flucht zu erhöhen. Das können wir so nicht stehen lassen. Deswegen wehren wir uns dagegen. Sobald wir freikommen, werden wir in einen anderen Hafen fahren, in dem wir unsere Infrastruktur haben und alles für die nächste Mission vorbereiten können – um weiter gegen die Abschottungspolitik zu kämpfen und Menschen auf der Flucht einen sicheren Hafen zu bieten.

## NACHRICHTEN

## SPD geht in Hessen mit Nancy Faeser in die Wahl

Hanau. Ein hessischer SPD-Parteitag hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser offiziell zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl am 8. Oktober gekürt. Sie bekam am Samstag in Hanau 94,4 Prozent der Stimmen der Delegierten. Faeser will erste Ministerpräsidentin in Hessen werden. Sie schwor ihre Partei auf einen intensiven Wahlkampf ein. In Hessen drückt die SPD seit fast 25 Jahren die Oppositionsbank; gegenwärtig regiert hier Schwarz-Grün. Begleitet wurde der Parteitag von Protesten gegen die Pläne für eine weitreichende Reform des europäischen Asylsystems. An dem jüngsten Kompromiss dazu war auch Faeser beteiligt. Die hessische Ex-SPD-Chefin Andrea Ypsilanti war wegen der neuen Flüchtlingspolitik kürzlich aus der Partei ausgetreten. Faeser betonte mit Blick auf ertrunkene Flüchtlinge, das »Sterben im Mittelmeer« müsse aufhören. In den Verhandlungen der EU-Innenminister habe sie aber keine Mehrheit gehabt. Es sei indes wichtig, »dass wir das Individualrecht auf Asyl halten können«. *dpa/nd*

## Nato-Erdkampfflugzeuge trainieren in Litauen

Berlin. Teilnehmer der Luftwaffenübung »Air Defender 2023« werden in der kommenden Woche mit Kampfflugzeugen an der Ostflanke der Nato unterwegs sein. Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag werden jeweils sechs Erdkampfflugzeuge vom Typ A-10 zu Starts und Landungen nach Litauen einfliegen. Zum Wochenstart fliegen vier Maschinen vom Typ F-16 und jeweils zwei F-15 und Eurofighter sowie ein Tankflugzeug über Polen. An der Übung nehmen noch bis zum 23. Juni unter deutscher Führung 25 Nationen mit 250 Flugzeugen und 10 000 Soldaten teil. Die Nato ist beteiligt. »Air Defender 2023« ist die bislang größte Verlegungsübung von Luftstreitkräften seit Gründung der Nato und trainiert mit einem fiktiven Szenario im Luftraum über Deutschland Verfahren, wie der der US-geführte Militärpakt auf den Angriff eines östlichen Bündnisses reagiert und dabei bereits vom Gegner besetzte Gebiete zurückerobert. *dpa/nd*

## Wehrbeauftragte für mehr Kooperation mit Schulen

Berlin. Die Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD) hat sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und der Bundeswehr ausgesprochen. »Ich würde mich freuen, wenn die Lehrerschaft sagen würde: Es ist ein wichtiger Teil im Rahmen der Bildung, sich auch mit den Streitkräften auseinanderzusetzen«, sagte sie der Mediengruppe Bayern. Ebenso sei sie dafür, »dass die Bundeswehr in die Kasernen einlädt«. Högl äußerte sich anlässlich des Tags der Bundeswehr am Samstag. Sie beklagte dabei eine fehlende Unterstützung des Parlaments in der Debatte um eine attraktivere Bundeswehr. Zwar wolle niemand die alte Wehrpflicht zurück. »Wir müssen uns aber über unsere Wehrhaftigkeit Gedanken machen«, sagte Högl. »Das kann man nicht bei der Bundeswehr abladen, da müssen alle ihren Beitrag leisten.«. *dpa/nd*

## Verfassungsklage Bayerns gegen Erbschaftsteuer

München. Im Streit um die Ausgestaltung der Erbschaftsteuer hat die bayerische Landesregierung Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht. Bayern pocht unter anderem darauf, dass die Länder über die Ausgestaltung der Erbschaftsteuer entscheiden, weil sie ihnen in voller Höhe zufließt. Konkret dreht sich der politische Streit außerdem um die Höhe der aktuellen steuerbefreiten Freibeträge auf Immobilien, die im Erbfall gelten. Bayern fordert eine Erhöhung. Linke und Vertreter der Zivilgesellschaft kritisierten den Schritt und sprachen von einem Wahlkampfmanöver. In Bayern wird im Oktober ein neuer Landtag gewählt. *dpa/nd*



Können zufrieden sein mit dem Länderrat der Grünen in Bad Vilbel: der hessische Landesvorsitzende Tarek Al-Wazir und Bundesvorsitzende Ricarda Lang

## Respekt für alles und jeden

Der Länderrat der Grünen diskutierte über Asylrechtsverschärfungen. Zum Eklat kam es nicht

Die geplante Asylrechtsverschärfung der EU ist eine dicke Kröte für die Grünen. Aber zu einem ernsthaften Zerwürfnis führt das Vorhaben nicht. Sie tragen die Änderungen mit.

JOHANNES REINHARDT

»Habt keine Sehnsucht nach einer Minderheitenposition, habt keine Sehnsucht nach Opposition«, rief Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck den knapp 100 Delegierten des Länderrats, wie der kleine Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen heißt, am Samstag im hessischen Bad Vilbel zu. Seine vermeintliche Sorge war allerdings unbegründet. Der Länderrat ist ein Funktionärsgrremium. Kaum jemand hier will zurück in die Opposition. Habecks Botschaft traf auf offene Ohren: Wer regieren will, muss harte Entscheidungen treffen.

Die größte Kröte, die das grüne Führungspersonal den Delegierten an diesem Tag zum Schlucken vorsetzte, war die geplante Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (Geas), die diverse Asylrechtsverschärfungen beinhaltet. Draußen, vor der Stadthalle von Bad Vilbel, hielten Pro Asyl und der Hessische Flüchtlingsrat eine Kundgebung mit etwa 30 Menschen ab, die forderten: »Nein zum Europa der Haft- und Elends-

lager«. Dass es nicht mehr waren, dürften die Grünen der Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zu verdanken haben, die den sogenannten Asylkompromiss als »historischen Erfolg« bezeichnet hatte und sich an eben diesem Samstag in Hanau auf einem SPD-Landesparteitag zur Spitzenkandidatin für die hessische Landtagswahl am 8. Oktober aufstellen ließ. Auch dort protestierte Pro Asyl. Während Faeser es vermied, das Thema Asyl anzusprechen, bemühte sich der grüne Co-Bundesvorsitzende Omid Nouripour, den Protest von Pro Asyl einzuhegen. Er kenne »diese Leute«, habe »Seite an Seite« mit ihnen gestanden und sie leisteten »unglaublich tolle Arbeit«.

Die grünen Delegierten arbeiten sich ohnehin lieber an Faeser ab, als ihre Parteifreundin und Außenministerin Annalena Baerbock, die ebenfalls an der Aushandlung der Geas-Reform beteiligt war, allzu stark zu kritisieren. In ihrer Rede sprach Baerbock von Schmerzen, die sie bei den Verhandlungen gehabt habe, von »ganz viel Zerrissenheit« und von einer »Stimme in meinem Ohr«, die ihr gesagt habe: »Das kann ich uns eigentlich nicht zumuten.« Für sie sei es eine 51-zu-49-Entscheidung gewesen, doch ein Nein hätte noch viel schlimmere Folgen gehabt, und mehr hätte sie nun mal nicht herausho-

len können. Baerbock erhielt viel Beifall. Bei dem ganzen Gerede über schmerzliche Entscheidungen, die eine Regierungspartei treffen müsse, und dem vielen Selbstmitleid der Grünen hätte man für einen Moment fast das tatsächliche Leiden der Menschen an den Außengrenzen der EU und auf dem Mittelmeer vergessen können.

»Uns darf nicht mehr beschäftigen, wie politische Entscheidungen da draußen ankommen als die realen Auswirkungen dieser Entscheidungen.«

Aminata Touré

Nur wenige Rednerinnen vertraten in der Debatte über die Asylpolitik eine klar humanistische Position. Zu den wenigen Ausnahmen gehörten die Bundestagsabgeordnete Awet Tesfaiesus und die schleswig-holsteinische Sozialministerin Aminata Touré. Letztere redete ihren Parteifreunden ins Gewissen: »Uns darf nicht mehr beschäftigen, wie politische Entscheidungen kommunikativ und strategisch da draußen ankommen, als die realen Auswirkungen dieser Entscheidungen.«

Am Ende ging es dennoch nur darum, wie sich die Grünen kommunikativ und strategisch verkaufen wollen. Von den 46 Änderungsanträgen, die zum Antrag »Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union« des Parteivorstands eingereicht worden waren, blieben nach der Debatte nur drei übrig, die freilich abgelehnt wurden. Die anderen wurden nach Verhandlungen über Wortklaubereien im Antragstext zurückgezogen. So heißt es im letztlich einstimmig gefassten Beschluss: In der Partei gebe es Leute mit »unterschiedlichen Einschätzungen«, die sich einander respektierten. Der sogenannte Asylkompromiss könne zwar »zentrale Anforderungen nicht erfüllen, die wir an eine Asylpolitik der Humanität und Ordnung stellen – gerade weil sie im EU-Kontext vieler restriktiverer Mitgliedsstaaten nicht durchsetzbar waren«. Man sehe aber »das europapolitische Dilemma«, dass es für »maßgebliche Verbesserungen (...) keine Mehrheiten« gebe. Und weiter heißt es: »Der Ratsbeschluss wäre ohne unseren Einsatz, gerade von grünen Regierungsmitgliedern, ein schlechterer gewesen. Doch er enthält auch substantielle Verschärfungen, die wir aus asylpolitischer Sicht falsch finden.« Da ist für jeden was dabei, alle wurden mitgenommen.

## Auch Die Linke klagt gegen die Wahlrechtsreform

Parteichefin Wissler: Gesetzesänderung durch die Ampel ist ein Angriff auf die Opposition

Nach der CSU und Bayern hat nun auch Die Linke angekündigt, das Wahlgesetz der Ampel vor dem Bundesverfassungsgericht anzufechten. Linke-Promi Gysi distanzierte sich en passant von Sahra Wagenknecht.

JANA FRIELINGHAUS

Die im März im Bundestag beschlossene Änderung des Wahlgesetzes ist nach Ansicht der Linke-Bundesvorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan grundgesetzwidrig. Deshalb werden sie gegen die Wahlrechtsreform der Ampel-Koalition vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, wie beide am Freitag in der Bundespressekonferenz in Berlin ankündigten. Die Partei setzt damit um, was der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, Jan Korte, bereits während der abschließenden Debatte zum neuen Gesetz im Bundestag angekündigt hatte.

Wissler sagte, die Reform sei ein »Angriff auf die Demokratie« und auf die Opposition, weshalb Die Linke dagegen klagte. Zuvor hatten bereits die bayerische Landesregierung und die CSU Klagen gegen das neue Wahlrecht in Karlsruhe eingereicht.

Gregor Gysi soll Partei vertreten

»Gesicht und Stimme« der Klage der Linken solle, so Schirdewan, Gregor Gysi sein. Der frühere Fraktionsvorsitzende kündigte an,

dass sich neben der Partei voraussichtlich auch die Fraktion an das Bundesverfassungsgericht wenden werde. Er selbst sei bereit, die Partei auch als Rechtsanwalt zu vertreten. Er werde das aber nicht allein tun, sagte er.

Die Linke stört sich vor allem an der Abschaffung der sogenannten Grundmandatsklausel. Diese sorgte bisher dafür, dass Parteien mit mindestens drei gewonnenen Direktmandaten als Fraktion im Bundestag vertreten sein können, auch wenn sie an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Derzeit ist dies bei der Linkspartei der Fall. Wenn nach dem neuen Gesetz ein Direktkandidat seinen Wahlkreis gewinnt, aber seine Partei weniger als fünf Prozent der Wählerstimmen erhält, darf er nicht in den Bundestag einziehen. Das könnte auch die CSU treffen. Sie hätte allerdings, anders als die Linkspartei, Möglichkeiten, die Regelung durch ein gemeinsames Antreten mit ihrer Schwesterpartei CDU zu umgehen.

Die Wahlrechtsänderung hat eine Verkleinerung des Bundestags von derzeit 736 auf 630 Abgeordnete zum Ziel. Die Bundestagsitze sollen künftig komplett anhand der Mehrheitsverhältnisse bei den Zweitstimmen vergeben werden. Schirdewan betonte, seine Partei lehne eine Wahlrechtsreform nicht grundsätzlich ab, im Gegenteil: Es sei klar, dass der Bundestag derzeit zu groß sei. Es hätte aber aus Sicht der Linken andere Wege zu dessen Verkleinerung gegeben.

Gysi wies darauf hin, dass eine Person, die als unabhängiger Einzelbewerber kandidiere, ein errungenes Direktmandat auch bekomme. Dagegen werde es ihm verweigert, wenn er für eine Partei antrete, die dann an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert. Die Art der Aufstellung entscheide also darüber, ob jemand in den Bundestag einziehe oder nicht. »Das ist offensichtlich grundgesetzwidrig. Das kann man einfach vergessen«, sagte Gysi. Zum letzten Mal sei jemand 1949 als Einzelkandidat in den Bundestag gekommen, so Gysi. »Aber ehrlich gesagt, das traue ich mir zu. Das würde mich reizen.« Der 75-Jährige hatte im Zeitraum von 2005 bis 2021 im Berliner Wahlkreis Treptow-Köpenick fünfmal das Direktmandat gewonnen.

Warnung vor »Mandatsklau«

Auf Nachfragen äußerte sich Gysi auch zum von Bundestagsabgeordneten und anderen in der Linkspartei heftig kritisierten Beschluss des Bundesvorstands der Partei zu Sahra Wagenknecht. Die Bundestagsabgeordnete wird darin aufgefordert, ihr Mandat zurückzugeben, wenn sie nicht von dem Vorhaben Abstand nimmt, eine konkurrierende Partei zu gründen.

Wie die Parteispitze und Bundestagsfraktionschef Dietmar Bartsch forderte Gysi die prominente Politikerin auf, Abstand von einer Parteineugründung zu nehmen. Wenn sie

sich aber entscheide, »die Linke mittels einer anderen Partei zu bekämpfen«, dann müsse sie ihr Mandat zurückgeben. »Alles andere wäre dann für mich wirklich ein Mandatsklau, und zwar ein unmoralischer Mandatsklau«, so Gysi.

Außerdem betonte er: »1990 und in der Zeit danach hat man versucht, meine damalige Partei politisch-moralisch auszuschalten. Das ist nicht gelungen. Dann ist man einen anderen Weg gegangen und hat versucht, uns finanziell über Steuerbescheide auszuschalten. Und das ist auch nicht gelungen. Und weil es unseren Gegnern und Konkurrenten nicht gelungen ist, haben sich nun einige Linke gesagt, wir müssen das selbst machen.« Er werde weiter leidenschaftlich gegen diese Versuche kämpfen und auch dagegen, »dass ehemalige Linke so einer halb linken, halb rechten Partei versuchen, uns auszuschalten«. Nach Angaben von Mitgliedern des Linke-Vorstands gab es bereits konkrete Anwerbeversuche aus Wagenknechts Umfeld für das neue Projekt.

Gysi hatte zuletzt im Februar den »Appell für Frieden« von Wagenknecht und der Publizistin Alice Schwarzer unterzeichnet und öffentlich unterstützt. Zudem hatte er einen Appell an Die Linke mit initiiert, in der alle Gruppierungen in der Linken zu konstruktiver Zusammenarbeit und Solidarität gemahnt werden.

# Neue Raketen für Deutschland

Die kürzlich vorgestellte Nationale Sicherheitsstrategie lässt Vermutungen zu

In der vergangenen Woche verabschiedete das Kabinett die erste Nationale Sicherheitsstrategie in der Geschichte der Bundesrepublik. Zur Bundeswehr finden sich darin interessante Andeutungen.

RENÉ HEILIG

Der Kernauftrag der Bundeswehr sei »die Landes- und Bündnisverteidigung, alle Aufgaben ordnen sich diesem Auftrag unter. Die hierfür notwendigen militärischen Fähigkeiten wird die Bundesregierung vorhalten und Fähigkeitslücken zügig schließen«, heißt es in der vergangene Woche vorgestellten ersten Nationalen Sicherheitsstrategie. Die 180 000 Männer und Frauen starke Truppe soll zu »einer der leistungsfähigsten konventionellen Streitkräfte in Europa« reifen, die »schnell und dauerhaft reaktions- und handlungsfähig ist«.

Russlands Überfall auf die Ukraine bietet viele Argumente für die Modernisierung der Streitkräfte. Sie kostet Milliarden und folgt man den Aussagen der Nato, werden die geforderten zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt nicht ausreichen, um im erforderlichen Maße hochzurüsten.



Die Raketenabwehr wird ausgebaut: Neben den »Patriot«- soll es künftig weitere und vor allem weitreichendere Systeme geben.

DPA/PETER MÜLLER

So bleibt nur eine Schlussfolgerung, die an die Stationierung von »Pershings« im Kalten Krieg erinnert.

Neben sehr allgemeinen Aussagen finden sich in dem 76-seitigen Strategiepapier selten konkrete – zu dann wieder im Vagen bleibenden Bereichen. Beispielsweise geht es um die Entwicklung der Cyber- und Weltraumfähigkeiten, »damit diese einen wesentlichen Beitrag zur Abschreckung und Verteidigung in der Nato leisten können«. Abgesehen davon, dass es in Europa keine Verträge zur Verifizierung von Rüstungsanstrengungen mehr gibt, sind diese Bereiche noch nie in den Versuch von Vertrauensbildung einbezogen worden.

Und so soll es nach dem Willen der aktuellen Bundesregierung auch bleiben. In Uedem (Nordrhein-Westfalen) existiert ein Weltraumkommando der Bundeswehr, doch dessen Tätigkeit ist nur unscharf beschrieben. In Kooperation mit Heer, Marine sowie dem Cyber- und Informationsraum schützt man die weltraumgestützten Fähigkeiten der Bundeswehr und will die gegnerische Nutzung des Weltraums einschränken.

Sicher ist, dass es um die Stärkung der Resilienz von Satellitenkommunikation und -navigation geht. Man will die Erdbeobachtung in Echtzeit vervollkommen und arbeitet an der Einrichtung eines Sensornetzwerkes mit globaler Abdeckung. Welche Fähigkeiten künstliche Intelligenz (KI) dabei in den kommenden Jahren bietet, vermag man nur zu ahnen.

Relativ offen geht man dagegen mit den Projekten der Raketenabwehr um. Bereits im Oktober 2022 hatten sich 15 Nato-Nationen unter der European-Sky-Shield-Initiative zusammengeschlossen. Weitere Staaten sind eingeladen. Im Nahbereich wird die Bundeswehr ihre Truppenluftabwehr neu ordnen und mit effektiven Waffen ausstatten. Im mittleren Bereich – 50 Kilometer Reichweite und 25 Kilometer Höhe – sollen künftig IRIS-T-SLM-Raketen bestehende »Patriot«-Staffeln ergänzen.

Das von Israel und den USA gebaute »Arrow 3«-System kann anfliegende Raketen und andere Flugkörper in einer Distanz von bis zu 2400 Kilometern bekämpfen. Mit der israelischen Seite sind alle Absprachen getroffen, Vorbereitungen zur Stationierung des Systems in Deutschland laufen, der Haushaltsausschuss des Bundestages gab in der vergangenen Woche erste Finanzmittel frei.

Ursprünglich waren Gesamtkosten von drei Milliarden Euro veranschlagt, inzwischen planen Fachleute eine weitere Milliarde hinzu. Dass Paris verärgert ist, weil die Bundeswehr nicht das am heutigen Montag auf der Luftfahrtmesse in Le Bourget erneut angepriesene französische Konkurrenzmuster in Betracht zog, ist ein Kollateralschaden in den Beziehungen beider Staaten.

Liest man die Sicherheitsstrategie etwas genauer, so erfährt man, dass man die Entwicklung und Einführung von Zukunftsfähigkeiten wie »abstandsfähigen Präzisionswaffen« befördern will. Dahinter kann sich viel verbergen. Sicher ist, dass man mit Hilfe weitreichender Waffen nicht in den gegnerischen Abwehrbereich eindringen muss. Russland demonstriert das in der Ukraine gerade durch den Einsatz von Dohnen, Hyperschall- und bodengestützten »Iskander«-Raketen.

Schon jetzt hat die Deutsche Luftwaffe eine abstandsfähige Waffe im Bestand. Der »Taurus«-Lenkflugkörper kann bis zu 500 Kilometer weit fliegen und sogenannte Hochwertziele zerstören. Derzeit wird er an »Tornados« gehängt, wenn diese Jagdbomber demnächst ausgesondert werden, muss der »Eurofighter« den Job übernehmen.

Bislang nutzt man »Tornados« auch im Bereich der elektronischen Kampfführung. Sie detektieren und analysieren Radarsignale, bekämpfen gegnerische Abwehrsysteme und machen so Angriffsstaffeln den Weg frei. Auch diese Aufgaben werden an 15 »Eurofighter« übertragen, die neue Technik erhalten. Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) hat angeblich das Sens

system »Aresis« von Saab ausgewählt. Man begrüße diese Entscheidung und freue sich auf die nächsten Schritte, sagte Anders Sjöberg, CEO der Saab Deutschland GmbH dieser Tage. Mit im Boot ist der KI-Spezialist Helsing.

Damit sind die in der Sicherheitsstrategie erwähnten »abstandsfähigen Präzisionswaffen« kaum beschrieben. Auch die Ausrüstung bestehender Artilleriesysteme mit neuer reichweitengesteigerter Munition ist zu klein gedacht. So bleibt nur eine Schlussfolgerung, die an die Stationierung von »Pershings« im Kalten Krieg erinnert. Die Bundeswehr wird konventionelle Kurz- oder Mittelstreckenraketen erhalten. Ob die angesichts der Verschärfung der Spannungen in Europa auf Dauer nur konventionell bestückt bleiben, wird sich zeigen. Sicher ist: Deutschland will auch künftig seinen Beitrag innerhalb der Nuklearen Teilhabe der Nato leisten.

## NACHRICHTEN

### Neue Waffenruhe im Sudan in Kraft getreten

Khartum. Nach heftigen Kämpfen ist im Sudan eine Waffenruhe zwischen der Regierungsarmee und der Miliz RSF in Kraft getreten. Einwohner der Hauptstadt Khartum berichteten am Sonntagmorgen, die Lage sei »ruhig«. Die USA und Saudi-Arabien hatten zuvor die Vereinbarung über die neue Feuerpause verkündet, die auf 72 Stunden befristet ist. Seit Mitte April wird der Sudan von von einem Machtkampf zwischen Militärführer Abdel Fattah al-Burhan und seinem früheren Stellvertreter Mohamed Hamdan Daglo erschüttert. Mehr als 2000 Menschen wurden seither getötet, mehr als 2,2 Millionen Menschen sind auf der Flucht, vereinbarte Waffenruhen wurden in den vergangenen Wochen immer wieder gebrochen. AFP/nd

### Sunak will Investitionen für die Ukraine einwerben

London. Der britische Premierminister Rishi Sunak will bei einer Konferenz in London um private Investitionen für den Wiederaufbau der Ukraine werben. Wie sein Büro am Samstagabend mitteilte, will Sunak Investoren und Unternehmen bei der Internationalen Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine am Mittwoch dazu drängen, das vom Krieg zerstörte Land »finanziell stärker« und »technologisch fortschrittlich« zu machen. An dem Treffen nehmen mehr als tausend Regierungsvertreter aus 61 Ländern sowie Wirtschafts- und Unternehmensvertreter teil. Deutschland wird von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) vertreten. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wird per Video zugeschaltet, sowohl EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als auch US-Außenminister Antony Blinken sprechen voraussichtlich bei der Auftaktsitzung. AFP/nd

### Proteste gegen Gewalt in vier Städten Serbiens

Belgrad. Zehntausende Menschen haben in Belgrad und drei weiteren Städten gegen die Gewalt in Serbien demonstriert. Es war der siebente Protest in Folge, nachdem bei zwei Amokläufen im Mai insgesamt 18 Menschen getötet worden waren. Die Taten in einer Belgrader Schule sowie in einem Dorf bei Belgrad hingen nicht unmittelbar zusammen. Die Teilnehmer der Belgrader Kundgebung versammelten sich am Samstagabend vor dem Parlament im Zentrum der serbischen Hauptstadt. In zwei getrennten Kolonnen marschierten sie zur Stadtautobahn, wo sie für zwei Stunden einen Abschnitt blockierten. Aufgerufen hatten linke und liberale Oppositionsparteien sowie Bürgerbewegungen. Weitere Demonstrationen fanden in den Großstädten Novi Sad, Nis und Kragujevac statt. Die Teilnehmer forderten den Rücktritt von Präsident Aleksandar Vučić sowie der für den Sicherheitsapparat zuständigen Beamten. Vučić und den von ihm kontrollierten Boulevardmedien warfen sie vor, ein Klima des Hasses und der Gewalt zu erzeugen. dpa/nd

## Ein Richter vor Gericht

Er wollte die Maskenpflicht an zwei Schulen kippen – war dazu aber nicht befugt und muss sich für sein Urteil verantworten

Vor etwa zwei Jahren hatte ein Familienrichter versucht, die Maskenpflicht an zwei Thüringer Schulen zu kippen. Nun muss er sich wegen des Verdachts der Rechtsbeugung vor Gericht verantworten.

SEBASTIAN HAAK, ERFURT

Es war zu erwarten, dass der Mann versuchen würde, den ersten Verhandlungstag als Bühne zu benutzen. Eine Bühne, von der aus er seine Thesen wieder würde verbreiten können. Bereitwillig angenommen von denen, die die Welt so sehen wie er – was in der vergangenen Woche im Gerichtssaal des Landgerichts Erfurt auffällig viele Frauen im fortgeschrittenen Alter waren. Zwei von ihnen raunen sich in den Minuten vor Prozessbeginn Sätze zu, die das, was hier gleich beginnen wird, als einen »politischen Prozess« verunglimpfen.

Weder die Erwartungen noch die Überhöhungen sind also klein an diesem Tag, an dem der Prozess gegen den 60-Jährigen beginnt, der fast sein ganzes Berufsleben lang als Familienrichter am Amtsgericht Weimar gearbeitet hat. In dieser Funktion hatte der

Mann im April 2021 einen Beschluss gefasst, den er offenbar schon lange so fassen wollte und der die Gegner von Corona-Schutzmaßnahmen in ganz Deutschland damals jubeln ließ. Über den Weg eines Verfahrens, das er als Familienrichter angeblich im Interesse von zwei Kindern führte, versuchte er, insbesondere die Maskenpflicht an zwei Weimarer Schulen zu kippen.

Dass dieser Familienrichter damit eine rechtswidrige Entscheidung getroffen hat, ist inzwischen eindeutig geklärt. Mehrere, einem Amtsgericht übergeordnete Gerichte haben den Beschluss des Mannes inzwischen aufgehoben.

Aus Sicht der Staatsanwaltschaft Erfurt hat sich der Mann bei seiner Entscheidung aber nicht irgendwie bei der Anwendung des Rechts geirrt, sondern er hat das Recht vorsätzlich falsch angewandt. Aus den Ermittlungen gegen ihn ergibt sich aus Sicht der Strafverfolger eindeutig, dass der Mann gezielt nach Kindern gesucht hat, über die er gegen die Maskenpflicht an den Schulen in Thüringen vorgehen konnte.

Seit mindestens Februar 2021 habe der Familienrichter versucht, ein Verfahren »zu

generieren«, um die Maskenpflicht sowie auch Corona-PCR- und -Schnelltests an den Schulen zu kippen, sagt eine Vertreterin der Staatsanwaltschaft Erfurt, als sie unmittelbar nach Prozessbeginn die Anklage gegen den Mann vortrug. Dazu habe der Jurist Kurznachrichten an Menschen in seinem Umfeld verschickt. Darin habe er unter anderem gefragt, ob jemand Familienkenne, die sich gegen die Maskenpflicht »wehren« wollten.

Als schließlich eine zweifache Mutter gefunden worden sei, die die Maskenpflicht wie er selbst ablehnte, habe der Familienrichter sogar selbst an dem Schreiben mitgearbeitet, mit dem diese Frau schließlich für ihre zwei Kinder bei ihm als Richter gegen die Maskenpflicht vorgegangen war. Kurz bevor das entsprechende Schreiben beim Amtsgericht Weimar eingeworfen worden wurde, habe der Mann selbst die darin enthaltenen Bezüge auf die geltende Corona-Verordnung des Freistaats Thüringen aktualisiert, sagt die Staatsanwältin.

Der Richter habe sich durch sein Verhalten alles in allem »bewusst und in schwerwiegender Weise von Recht und Gesetz« entfernt. Um das Wohl der beiden Kinder, für die er

schließlich formal Verfahren wegen des Verdachts auf Kindeswohlgefährdung geführt hatte, sei es ihm nie gegangen, sagt die Staatsanwältin. Damit habe sich der Familienrichter der Rechtsbeugung strafbar gemacht. Sollte der Mann wegen dieser Vorwürfe verurteilt werden, würde er nie wieder Recht sprechen dürfen. Nicht als Familienrichter. Nicht als Richter für irgendetwas.

Der Jurist selbst bestreitet zum Prozessbeginn die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft. Die Behörde habe in ihrer Anklage zahlreiche unzutreffende Behauptungen aufgestellt, sagt er. Einerseits habe er das Verfahren, das seinem Beschluss zugrunde lag, nicht generiert. Andererseits wirft er der Staatsanwaltschaft offen vor, keine Ahnung vom Familienrecht zu haben. Denn selbst wenn er das Verfahren initiiert hätte, sei er als Familienrichter durchaus dazu berechtigt gewesen, sagt er. Nach dem aktuellen Stand der Dinge wird es noch wochenlang dauern, bis feststeht, ob sich der Familienrichter mit dieser Strategie, dieser Sicht auf die Dinge vor dem Landgericht wird behaupten können. In dem Prozess sind noch mehrere Verhandlungstage geplant.

ANZEIGE

## Das Blättchen

Zweiwöchenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft

Nr. 13/2023 – u. a. mit diesen Beiträgen:

**GABRIELE MUTHESIUS**  
Blockkonfrontation 2.0

**BIRGIT WALTER**  
Gendersprache:  
Rumgeheule und andere Gemetzle

**ULRICH BUSCH**  
Die Hyperinflation vor 100 Jahren

Im Internet: <https://das-blaetchen.de>  
PDF-Abo ab 33,80 €  
oder eBook-Abo ab 57,20 €.

## NACHRICHTEN

## Drei Festnahmen in Wien wegen Terrorverdachts

Wien. In der österreichischen Hauptstadt Wien hat die Polizei nach Angaben der Sicherheitsbehörden möglicherweise einen Terroranschlag auf die »Regenbogenparade« vereitelt. Vor der Veranstaltung, die dann von mehr als 300 000 Menschen besucht wurde, seien drei Verdächtige festgenommen worden, die einen Anschlag geplant haben sollen, berichtete der Staatsschutz am Sonntag. Es handele es sich um einen 14-Jährigen sowie um zwei 17 und 20 Jahre alte Männer, die mit der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) sympathisierten. Allerdings habe durch die engmaschige Überwachung des Trios keine Gefahr für die Besucher bestanden. Bei Hausdurchsuchungen sei am Samstag umfangreiches Beweismaterial sichergestellt worden, darunter Säbel, eine Axt, Gaspistolen, Wurfsterne und Messer. Die »Regenbogenparade« auf der Wiener Ringstraße hatte wieder ein Zeichen für die Rechte von LGBTIQ-Menschen gesetzt. Der Zug fand zum 27. Mal statt. *dpa/nd*

## Proteste in Israel gegen Politik der Regierung

Tel Aviv. Zehntausende Menschen sind in Israel erneut aus Protest gegen die Politik der rechtsreligiösen Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu auf die Straße gegangen. Zur Hauptkundgebung in Tel Aviv kamen am Samstagabend israelischen Medien zufolge 100 000 Menschen. Insgesamt gab es Proteste in rund 150 Städten. Die Demonstranten sprachen sich gegen eine von der Regierung geplante Justizreform aus. Einige Schilder richteten sich auch gegen die Besetzung der palästinensischen Gebiete. In Israel kommt es seit Jahresbeginn regelmäßig zu Demonstrationen gegen die Regierung. Netanjahus Koalition will mit einer Justizreform das Oberste Gericht gezielt schwächen. Kritiker sehen die Gewaltenteilung in Gefahr. Netanjahu hatte die Pläne im März ausgesetzt. Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition blieben bislang ohne Einigung. *dpa/nd*

## Selenskyj dankt westlichen Partnern für Militärhilfe

Kiew. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat sich bei westlichen Partnern für die anhaltende Militärhilfe bedankt. In seiner Videoansprache erwähnte Selenskyj am Samstag auch Deutschland, das gerade erst die Lieferung von 64 weiteren Lenkflugkörpern für Patriot-Luftverteidigungssysteme an das angegriffene Land angekündigt hatte. Selenskyj dankte auch allen Ländern und Organisationen, die der Ukraine nach der Zerstörung des Kachowka-Staudamms helfen. Kiew wirft Russland vor, den Staudamm absichtlich gesprengt zu haben, Moskau dementiert das. *dpa/nd*

ANZEIGE  
nd LESERREISEN

## 2 REISEVORTRÄGE

**Termin:** Freitag, 23.06.2023  
**Uhrzeit:** 16:00 - 19:30 Uhr  
**Wo:** FMP1/Salon

REISEVORTRAG  
MONTENEGRO & ALBANIEN  
16.00 - 17:30 Uhr:

Der ehemalige nd-Korrespondent Michael Müller nimmt Sie mit auf eine Reise entlang der bezaubernden Adriaküste.

BILDERVORTRAG  
MIT THOMAS BILLHARDT  
18.00 bis 19.30 Uhr:

Der berühmte DDR-Fotograf Thomas Billhardt zeigt Ihnen seine Weltbilder und berichtet u.a. von seinen Reiseerlebnissen in Vietnam.

## nd LESERREISEN

Frank Diekert, Franz Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon 030 2978 - 1620, [leserreisen@mazz.berlin](mailto:leserreisen@mazz.berlin)  
Veranstalter: Grundstücksgesellschaft FMP1

## Zumindest Gesprächsbereitschaft

## Friedensmission afrikanischer Staaten in Ukraine und Russland bleibt ohne konkrete Ergebnisse

Im Ukraine-Krieg haben sich neue Protagonisten als Schlichter ins Spiel gebracht: Staats- und Regierungschefs sowie hochrangige Gesandte sieben afrikanischer Länder haben versucht, zwischen Kiew und Moskau zu vermitteln.

CHRISTIAN SELZ, KAPSTADT

Ohne konkrete Ergebnisse ist der Versuch einer Gruppe hochrangiger Vertreter aus sieben afrikanischen Staaten, im Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln, am Sonnabend in St. Petersburg zu Ende gegangen. Einen Tag vor dem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin war die Delegation unter Führung des südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa am Freitag in Kiew mit dem ukrainischen Staatschef Wolodymyr Selenskyj zusammengekommen. Selenskyj beharrte auf seiner Forderung, Friedensgesprächen müsse ein Abzug russischer Truppen vorausgehen.

Die Friedensmission ist offiziell keine Initiative der Afrikanischen Union.

Putin erklärte zwar Russlands Bereitschaft »zum konstruktiven Dialog mit jedem, der auf Grundlage der Prinzipien von Fairness und der Anerkennung legitimer Interessen der Parteien Frieden schaffen will«. Zugleich verwies er jedoch darauf, dass eine Einigung »neue Realitäten«, also Russlands Annexion vormals ukrainischer Gebiete, berücksichtigen müsse. Ramaphosa bezeichnete die Friedensmission in einer am Sonntagmorgen über seinen offiziellen Twitter-Account verbreiteten Videobotschaft dennoch als »wirkungsvoll«, auch wenn der »wahre Erfolg selbstverständlich am übergeordneten Ziel gemessen werden wird, den Krieg zu beenden«.

Die »Wirkung« der Gespräche sah Ramaphosa darin, dass der Delegation »zugehört wurde, als wir eine afrikanische Perspektive auf den Krieg dargelegt haben, der negative Konsequenzen für unseren Kontinent hat«. Zudem sei man »die erste Gruppe, die innerhalb kurzer Zeit mit beiden Staatschefs gesprochen hat«.

Die Delegation, der neben dem südafrikanischen Präsidenten auch die Staatsoberhäupter Senegals, Sambias und der Komoren, sowie der Premierminister Ägyptens und hochrangige Gesandte der Demokratischen Republik Kongo und Ugandas angehörten,



Russlands Präsident Wladimir Putin (r.) und Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa

stellte einen Zehn-Punkte-Plan zur Beendigung des Kriegs vor.

Die von Ramaphosa angestoßene Friedensmission ist offiziell zwar keine Initiative der Afrikanischen Union, mit dem komorischen Präsidenten Azali Assoumani gehörte ihr aber auch der derzeitige Vorsitzende der kontinentalen Staatengemeinschaft an. Inhaltlich hob Ramaphosa in seiner Videobotschaft Aspekte

die »Anerkennung der Souveränität von Staaten auf Grundlage der UN-Charta«, eine »Deeskalation des Konflikts« und die »Freilassung von Kriegsgefangenen sowie die Freilassung der Kinder, die aus der Ukraine herausgebracht wurden«, hervor.

Ein wichtiger Gesprächspunkt für die afrikanische Mission war auch die Öffnung des Schwarzen Meers für den Export von Getrei-

de und Dünger. Die globale Knappheit und Teuerung von Grundnahrungs- und Düngemitteln infolge des Kriegs und der von westlichen Staaten gegen Russland verhängten Sanktionen trifft von Importen abhängige afrikanische Staaten besonders hart. Der Erfolg der Delegation war allerdings auch in diesem Punkt überschaubar.

Deutlich wurde im Rahmen der Friedensmission, dass die Initiative nicht überall unterstützt wird.

So erklärte Russlands Präsidentensprecher Dmitri Peskow der russischen Tageszeitung »Iswestija« am Sonnabend, dass das im Juli auslaufende Abkommen zur Ausfuhr ukrainischen Getreides »angesichts des Status quo keine Chance« habe. Putin selbst verwies gegenüber der afrikanischen Delegation darauf, dass das Getreideabkommen den ärmsten Ländern der Welt ohnehin kaum nutze, weil nur drei Prozent des so ausgeführten Getreides in diese Staaten geliefert würden. Russland überlege stattdessen, diesen Teil künftig kostenlos bereitzustellen. Details zu derlei Plänen wurden allerdings nicht bekannt.

Für die afrikanische Friedensmission stehen so nach Abschluss der Gespräche kaum konkrete Zusagen. Ein sofortiges Kriegsende zu erwarten, das ließ auch Ramaphosa anklagen, wäre allerdings kaum realistisch gewesen. Ramaphosa hob stattdessen die Bereitschaft der ukrainischen und russischen Führung zu Gesprächen mit der Delegation als »großen Erfolg« hervor. Die afrikanischen Staatenlenker haben sich so in eine Vermittlerrolle gebracht, die sie, so gering die Erfolgsaussichten auch sein mögen, von passiven Leidtragenden des Konflikts zu aktiven Akteuren aufwertet.

Deutlich wurde im Rahmen der Friedensmission allerdings auch, dass die Initiative nicht überall unterstützt wird. So setzte Polen das Flugzeug fest, mit dem der Begleitschutz Ramaphosas sowie die südafrikanischen Medienvertreter in Warschau gelandet waren, vorgeblich wegen unvollständiger Papiere zur Bewaffnung der Leibgarde. Weder die Sicherheitskräfte noch die Journalisten konnten wie geplant nach Kiew weiterreisen und mussten schließlich nach Südafrika zurückkehren, weil die polnischen Behörden auch die Freigabe für den Weiterflug nach St. Petersburg verweigerten.

## Noch mehr EU-Geld gegen Migranten

## Die Europäische Union will Tunesien wieder zum Bollwerk gegen Geflüchtete machen

Bei der Abwehr von Migranten zeigt sich die Europäische Union großzügig. Nach Informationen, die »nd« vorliegen, darf sich die tunesische Regierung auf weitere 255 Millionen Euro aus Brüssel freuen.

Die EU will Tunesien mehr Geld als bisher bekannt für die Zusammenarbeit beim Grenzschutz zahlen. Nach »nd«-Informationen hat die Kommission angekündigt, aus ihrem »Außenpolitisches Instrument« (NDICI) genannten Etat 105 Millionen Euro »für Migration« – gemeint ist vor allem für Abschie-

bungen – bereitzustellen. Zusätzlich sollen 150 Millionen Euro in »Grenzmanagement und Schmuggelbekämpfung« fließen. Am Sonntag reiste Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nach Tunis um über »Schlepperboote im Mittelmeer, Abschiebungen und legale Wege der Erwerbsmigration« zu sprechen, wie es hieß. Begleitet wurde sie von ihrem französischen Amtskollegen Gérard Darmanin. Vor ihrem für Sonntagmorgen geplanten Abflug nach Tunesien sagte Faeser, sie wolle, dass »die Menschenrechte von Geflüchteten geschützt« werden und das »furchtbare Sterben auf dem Mittelmeer aufhört«.

Mit sogenannten Talentpartnerschaften wolle man jungen Menschen Chancen in der Europäischen Union bieten. Während ihrer Reise will Faeser auch ein Projektbüro der Bundespolizei besuchen. Am Montag stehen in der Hauptstadt Tunis Gespräche mit Präsident Kais Saied und Innenminister Kamel Fekih an.

## Hauptfluchtroute übers Mittelmeer

Erst vor einer Woche war EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Tunis. Sie stellte dem unter wirtschaftlichen Problemen leidenden Land nach einem Gespräch mit Präsident Saied Finanzhilfen in Höhe von bis zu 900 Millionen Euro in Aussicht. Das entspricht der dreifachen Summe, mit der Brüssel Tunis zuletzt im Durchschnitt jährlich unterstützte. An den Treffen nahmen auch Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und der niederländische Regierungschef Mark Rutte teil.

Der Weg von Tunesien über das Mittelmeer ist heute Haupttroute für Schutzsuchende auf dem Weg nach Europa. Zeitweise kamen im April 3000 Menschen pro Tag aus Tunesien in Italien an. Mit der Zunahme der Überfahrten stiegen auch die Todeszahlen im zentralen Mittelmeer: 1030 Menschen starben dort von Anfang des Jahres bis Mitte Juni – rund ein Drittel mehr als im Vorjahreszeitraum.

Dazu beigetragen haben auch Massenverhaftungen und Pogrome in Tunesien gegen Menschen aus Staaten des südlichen Afrikas, zu denen Präsident Saied regelrecht angesta-

chelt hatte. »Horden irregulärer Migranten aus Subsahara-Afrika« seien nach Tunesien gekommen, »mit all der Gewalt, der Kriminalität und den inakzeptablen Praktiken, die damit einhergehen«, hatte Saied im März gesagt. Dies sei eine »unnatürliche« Situation und Teil eines kriminellen Plans, der darauf abziele, »die demografische Zusammensetzung zu verändern« und Tunesien in »ein weiteres afrikanisches Land zu verwandeln, das nicht mehr zu den arabischen und islamischen Nationen gehört«.

Diese völkische Haltung wiederum erschwert die Ausgangslage für Meloni und die EU insgesamt, die Tunesien wieder als das Bollwerk gegen die Flüchtlinge aufbauen wollen, das es vor allem in den Zeiten des 2011 gestürzten Diktators Zine Al-Abidine Ben Ali war.

Tunesien ist auf Hilfe bei der Erfüllung der Voraussetzungen für neue IWF-Kredite angewiesen. Präsident Saied kann weder Importe finanzieren noch Staatsschulden bedienen. Die europäischen Regierungen fürchten, dass nach einem Zusammenbruch der tunesischen Staatsfinanzen auch wieder zunehmend Tunesier\*innen versuchen könnten, über das Mittelmeer nach Italien zu gelangen. Deren Anteil lag zuletzt bei nur etwa sieben Prozent der Ankommenden, in den vergangenen Jahren stellten sie zeitweise die größte Gruppe.

## Welchen Preis hat Tunesien?

Doch inwieweit und zu welchem Preis Tunesien beim EU-Grenzschutz mitziehen wird, ist offen. Brüssel will das Land seit Langem am liebsten als Standort für Asylverfahrenslager aufbauen, in die vor allem auf dem Mittelmeer Gerettete gebracht werden können, um dort auf eine Prüfung ihres Asylanspruchs zu warten. Tunesien lehnt dies bisher strikt ab.

Die Innenministerkonferenz hatte kürzlich eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten um die Länder Tunesien, Marokko, Algerien, Indien sowie Moldau und Algerien gefordert. Asylansprüche von Schutzsuchenden aus diesen Ländern könnten beschleunigt bearbeitet werden, weil sie im Regelfall als unbegründet angesehen werden. *nd/dpa*

## Volksabstimmung zu Verfassung in Mali

## Militärjunta drängt auf rasches Ende von UN-Einsatz Minusma

Bamako. Im westafrikanischen Staat Mali wurde am Sonntag über eine neue Verfassung abgestimmt. Die Abstimmung gilt als Test für die seit 2021 regierende Militärjunta, die die neue Verfassung als Antwort auf die zahlreichen Krisen im Land beworben hatte. Im Februar 2024 sind Wahlen geplant, um wieder eine zivile Regierung zu installieren. Der Entwurf sieht eine Stärkung der Macht des Präsidenten vor. Demnach soll er – und nicht wie zuvor die Regierung – »über die Politik des Landes entscheiden« und den Ministerpräsidenten und die Minister ernennen. Außerdem soll das Staatsoberhaupt die Regierung entlassen können.

In Mali sind rund 8,4 Millionen Menschen wahlberechtigt. Aus Sicherheitsgründen wird das Referendum in manchen Teilen des Landes nicht abgehalten, etwa in der ehemaligen Rebellen-Hochburg Kidal im Norden. Mali ist seit Jahren Schauplatz einer Rebellion islamistischer Extremisten, die 2012 begann und später auch auf die Nachbarländer Niger und Burkina Faso übergriff. Die Bundeswehr ist seit 2013 an der UN-Mission Minusma zum Schutz der Zivilbevölkerung beteiligt. Ende Mai beschloss der Bundestag aufgrund von Spannungen mit der Junta, alle Soldaten bis Ende Mai 2024 aus dem Sahel-Staat abzuziehen.

Malis Militärregierung arbeitet verstärkt mit Russland zusammen. Vor dem Referendum hatte sie ein sofortiges Ende der UN-Mission gefordert. Die Minusma-Soldaten müssten Mali »unverzüglich« verlassen, sagte Außenminister Abdoulaye Diop am Freitag (Ortszeit) vor dem UN-Sicherheitsrat in New York. Er bezeichnete die Mission als gescheitert. Eine Sprecherin des Bundesverteidigungsministeriums erklärte, Deutschlands Interesse sei »weiterhin ein geordneter Abzug«. Die Ergebnisse des Referendums werden binnen 72 Stunden nach der Abstimmung erwartet, eine Mehrheit der Ja-Stimmen gilt als sicher. *AFP/nd*



Leere Betten im Gang: Kommen nicht genug Patienten oder fehlt das Pflegepersonal?

IMAGO/MS

**■ NACHRICHTEN**

**Ifo-Ökonom erwartet höhere Löhne im Osten**

Dresden. Angesichts der Knappheit an Arbeitskräften rechnet der Wirtschaftswissenschaftler Joachim Ragnitz mit weiter steigenden Löhnen im Osten. Damit drohten allerdings Firmenpleiten, sagte der stellvertretende Geschäftsführer des Dresdner Ifo-Instituts der »Leipziger Volkszeitung/Dresdner Neueste Nachrichten« (Samstag). Vor einer weiteren Lohnangleichung müsse die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Produktivität, erhöht werden. Das aber könnten einige Unternehmen nicht, da ihnen das Geld für leistungsfähigere Anlagen und Maschinen fehle. Laut Ragnitz haben viele Firmen bisher wegen der niedrigeren Arbeitskosten eine arbeitsintensive Produktionstechnologie gewählt. »Das funktioniert aber nicht mehr, wenn die Löhne stärker steigen.« dpa/nd

**Kommentar Seite 8**

**EU-Staaten erhöhen Erneuerbaren-Ziel**

Berlin. Die EU-Mitgliedstaaten haben am Freitag einer Neugestaltung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie zugestimmt. Demnach wird das europäische Ziel für den Erneuerbaren-Ausbau von bisher 32 Prozent auf 45 Prozent im Jahr 2030 deutlich angehoben, wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte. »Das bedeutet eine Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien gegenüber dem erreichten Stand in 2021 von knapp 22 Prozent«, hob das Ministerium hervor. Für Deutschland bedeute dies, dass die bereits im vergangenen Jahr stark erhöhten Ausbauziele für Windkraft und Solaranlagen nun durch EU-Vorgaben untermauert und verbindlich würden. AFP/nd

**Warnung vor Anstieg der Hypothekenzinsen**

London. Angesichts steigender Hypothekenzinsen in Großbritannien warnt eine Londoner Denkfabrik vor hohen Kosten für Verbraucher. Die jährlichen Hypothekenzinsrückzahlungen für einen durchschnittlichen Haushalt, der eine Umschuldung vornimmt, würden um 2900 Pfund (etwa 3400 Euro) zulegen, teilte die Resolution Foundation am Samstag mit. Die Erhöhung treffe bis 2026 etwa 7,5 Millionen Haushalte. Die britische »Hypothekenkrise«, die durch die chaotische Finanzpolitik der Kurzzeit-Premierministerin Liz Truss ausgelöst worden war, verschärfe sich weiter. Das liege auch daran, dass die Bank of England wegen der unerwartet hohen Inflation weiterhin den Leitzins anheben werde. dpa/nd

**Boeing rechnet mit verdoppelter Jetflotte**

Arlington. Der US-Flugzeugbauer Boeing rechnet wie sein größeres Rivale Airbus binnen zwei Jahrzehnten mit einer Verdoppelung der weltweiten Flugzeugflotte. Im Jahr 2042 dürften bei den Airlines insgesamt etwa 48 600 Maschinen im Einsatz sein, teilte der US-Konzern anlässlich der Luftfahrtmesse in Le Bourget bei Paris mit, die am Montag beginnt. Boeing-Marketingmanager Darren Hulst schätzt, dass der Trend zu längeren Maschinen mit mehr Sitzen oder einer engeren Bestuhlung gehen wird, ansonsten »müsste die Flotte im Jahr 2042 noch etwa 20 Prozent größer sein.« dpa/nd

**KI soll Deutsche Bahn pünktlicher machen**

Berlin. Die Deutsche Bahn weitet den Einsatz von künstlicher Intelligenz für reibungslosere Abläufe und pünktlichere Züge auf die S-Bahnen in Berlin und Hamburg aus. Bereits jetzt wird in Stuttgart, im Rhein-Main-Gebiet und in München ein von der Bahn entwickeltes Tool genutzt. »Im letzten Jahr konnten dort insgesamt 58 000 Verspätungsminuten vermieden werden«, teilte der Konzern am Sonntag mit. Die Disponenten in den Leitstellen können mit Hilfe der Algorithmen schneller entscheiden, welche Züge wann zuerst in den Bahnhof einfahren sollen. dpa/nd

# Patienten bleiben weg

## Rating-Report: Auch sinkende Erlöse wegen nicht ausgelasteter Betten belasten die Krankenhäuser

**Die wirtschaftliche Lage vieler Krankenhäuser deutschlandweit hat sich verschlechtert. Am schlechtesten stehen Kliniken in Baden-Württemberg und Bayern da.**

ULRIKE HENNING

Wieder eine düstere Prognose: Der Krankenhaus-Rating-Report brachte auch in diesem Jahr keine erfreulichen Nachrichten zur wirtschaftlichen Situation der stationären Versorgung. In die vor wenigen Tagen veröffentlichte Analyse auf etwa 240 Seiten sind die Bilanzen von fast 1000 Krankenhäusern aus dem Jahre 2021 eingeflossen, das sind 70 Prozent der Gesamtzahl. Herausgegeben wird der Report seit fast 20 Jahren unter anderem vom RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Essen.

Zu den bedrückenden Ergebnissen der Untersuchung gehört, dass bei Fortschreibung der Ertragsabschlüsse von 2021 bis 2023 schon in diesem Jahr 18 Prozent der Krankenhäuser die Insolvenz droht, 2030 dann sogar 44 Prozent. Wohlgeachtet, wenn sich an den Rahmenbedingungen nichts ändert, es keine Reform, dafür aber eine fortschreitende ungünstige demografische Entwicklung gäbe. Keine schwarzen Zahlen schreiben dann Ende dieses Jahres 47 Prozent der Häuser, 2030 sogar 58 Prozent.

Seit Beginn der Pandemie haben die Krankenhäuser insgesamt 13 Prozent weniger Patienten. Im Jahr 2021 waren die Allgemein-

krankenhäuser mit ihren 437 000 Betten nur zu 66 Prozent ausgelastet. Insgesamt scheint das auch so zu bleiben, selbst wenn einer der Gründe – nämlich die Angst vor Ansteckung mit Sars-Cov-2 – so gut wie verschwunden ist. Für die Kliniken heißt das, dass sie weniger Erlöse haben, während ihre Kosten steigen, unter anderem für Energie.

.....  
**Beim Anteil ambulanter medizinischer Leistungen liegt Deutschland im internationalen Vergleich zurück.**  
 .....

Die Autoren des Reports halten eine Auslastung von 85 Prozent für ein realistisches Ziel. Würde parallel die Ambulantisierung vorankommen, bliebe am Ende ein Bedarf von 310 000 Betten, geschätzt 1165 Krankenhäuser würde dann ausreichen. Laut dem Report-Mitherausgeber Boris Augurzky blieben selbst bei dieser Zahl noch Wahlmöglichkeiten für die Patienten. Wirtschaftlich und baulich sinnvolle Standardgrößen der Krankenhäuser wären damit ebenfalls erreichbar. Diese Berechnung bleibt noch unter der Zahl von 1250, die der GKV-Spitzenverband jüngst in einem eigenen Szenario für notwendig erachtete.

Im Gegensatz zu den akuten Pandemiezeiten wird es auch absehbar keine staatlichen Hilfen mehr geben, also keinen Rettungs-

schirm. Hinzu kommt andauernde Personalknappheit, inzwischen deutlich über die Pflegeberufe hinaus. Die Krankenhäuser stehen also unter Druck, abgesehen von Reformen auch selbst Entscheidungen zu treffen.

Aufgelöst werden kann das Dilemma eigentlich nur mit einer Reform. Ökonomen wie Augurzky halten solch eine am Ende gesteuerte »Marktberreinigung« immer noch für besser als einen »kalten« Strukturwandel. Bei diesem müssten Jahr für Jahr immer weitere Krankenhäuser aus wirtschaftlichen Gründen schließen, wenn nicht ihre Träger sie stützen und sanieren oder umstrukturieren.

Nun ist mit dem Projekt Krankenhausreform des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach (SPD) aber bereits absehbar, dass die Politik handeln wird. Allerdings ist momentan noch an vielen Punkten unklar, wie genau das aussehen soll, und noch weniger, welche Wirkung das Unterfangen haben wird. Der Rating-Report setzt mit seinem aktuellen Titel »Die Revolution?!« ebenfalls dieses Fragezeichen.

Einer der Trends, den auch die Reform aufnehmen wird, ist der zunehmende Anteil ambulanter medizinischer Leistungen. Dabei liegt Deutschland im internationalen Vergleich zurück, und die hierzulande zahlreichen Kurz- oder Ein-Tages-Aufenthalte sind nicht immer sachlich begründet. Sie kosten aber unter anderem Pflege-Arbeitszeit. Gesundheitsökonom Augurzky erklärt, dass 20 Prozent der noch stationär erbrachten Leis-

# Grundeinkommen als beste Option

## Die bisher üblichen Sicherungssysteme mit Bedürftigkeitsprüfung haben Nachteile bei der Armutsbekämpfung

**In der EU wird schon länger über Regeln für ein angemessenes Mindesteinkommen debattiert. Die Ergebnisse neuer Studien könnten den Weg weisen.**

RONALD BLASCHKE

Regelmäßig informiert das Statistikamt Eurostat über die Entwicklung der Armut in den EU-Ländern. Die Daten zeigen, dass die Staatengemeinschaft bei der Armutsbekämpfung auf der Stelle tritt: Die Quote der von Armut Betroffenen in der EU liegt seit über 20 Jahren zwischen 16 und 17 Prozent. In Deutschland lag der Anteil in den vergangenen zehn Jahren zwischen rund 15 und knapp 17 Prozent. Fast jede\*r Fünfte hierzulande wie in der EU insgesamt ist also von Einkommensarmut betroffen beziehungsweise bedroht.

Das sozialpolitische Ziel, bis zum Jahr 2020 in der EU 20 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien, wurde weit verfehlt. Mehrere Resolutionen des Europaparlaments thematisierten das Versagen der Mitgliedstaaten bei der Armutsbekämpfung. Viele davon wurden von Mitgliedern der Linksfraktion initiiert, die von Kommission und Rat einen EU-weit verbindlichen Rahmen der Armutsbekämpfung fordern. Angemessene Mindesteinkommen sollen eingeführt und geeignete

Grundeinkommensmodelle geprüft werden, die mindestens die Höhe der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes erreichen.

Im vergangenen Herbst schlug die Kommission dem Rat endlich vor, eine Empfehlung an die EU-Länder auszusprechen, in der Leitlinien für armutsfeste Mindesteinkommen beschrieben werden. Der Rat beschloss im Januar diese Empfehlung. Das EU-Parlament kritisierte nun, dass statt einer Empfehlung eine für alle Länder verbindliche Richtlinie gebraucht werde.

Was würde das für Deutschland bedeuten? Die Geldleistungen müssten bei den Grundsicherungssystemen massiv erhöht werden. So klappt zum Beispiel bei einem Alleinstehenden zwischen dem Durchschnitt der heutigen Bürgergeld-Leistungen und der Armutsrisikogrenze eine Armutslücke von über 300 Euro. Eine starke Erhöhung der Grundsicherungsleistung ist politisch jedoch kaum durchsetzbar, wie die Debatten im vorigen Jahr gezeigt haben.

Das Problem ist: Schon jetzt besteht ein geringer Abstand zwischen durchschnittlicher Grundsicherungshöhe für erwerbslose Menschen und dem Mindestlohn bei Vollzeit von nur 300 bis 400 Euro im Monat. Dieser Lohnabstand würde sich bei einer starken

Erhöhung der Grundsicherung noch weiter verringern. Von Rechten und Konservativen geschürte Neiddebatten fielen auf fruchtbaren Boden, insbesondere bei Geringverdiener\*innen. Eine starke Erhöhung des Mindestlohns beziehungsweise der unteren und mittleren Löhne änderte daran nicht viel, da die Grundsicherungen ebenfalls kräftig erhöht werden müssten. Der geringe Lohnabstand würde sich nur wenig vergrößern.

Bedürftigkeitsgeprüfte Mindesteinkommen haben ein weiteres systemisch bedingtes Problem: Sie sind verdeckte Armut. In der EU nehmen nur 50 bis 70 Prozent derjenigen, die einen Rechtsanspruch haben, Unterstützungen durch Mindesteinkommensregelungen tatsächlich in Anspruch. In Deutschland sind es bei der Hartz-Grundsicherung genauso wenig, bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sogar nur rund 32 Prozent. Grund sind auch hier die diskriminierenden Bedürftigkeitsprüfungen. Dass solche Transfersysteme das Grundrecht auf eine ausreichende soziale Absicherung möglicherweise gar nicht durchsetzen können, wird in den Empfehlungen und Resolutionen der EU-Gremien ab und an thematisiert. Nämlich dann, wenn auf Grundeinkommen als Alternative zu bedürftigkeitsgeprüften Mindesteinkom-

men verwiesen wird.

Aber nicht nur hier muss die Politik mit ihren Reformbemühungen reagieren. Es sollten auch Ideen zur Behebung der Personalknappheit einfließen, die bislang versäumten Chancen der Digitalisierung endlich wahrgenommen werden. Das alles ist nur mit politischen Kompromissen umsetzbar, denn die Hoheit für die dringend zu verbessernde Krankenhausplanung liegt bei den Bundesländern. Betrachtet man die Lage der Kliniken, so haben Baden-Württemberg und Bayern mit über 40 Prozent den höchsten Anteil von Häusern, die Verluste machen. Hingegen ist der Freistaat Sachsen der Spitzenreiter mit den meisten ökonomisch gesunden Einrichtungen: 86 Prozent der Kliniken dort beendeten das Jahr 2021 mit einem Gewinn. Über 70 Prozent wurden auch in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein erreicht.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft mahnt anlässlich des Rating-Reports mindestens ein Vorschaltgesetz zum Inflationsausgleich an. Ohne dieses würden die meisten Häuser die angekündigte Reform nicht mehr erleben. Die Erlössteigerungen von insgesamt 6,5 Prozent für 2022 und 2023 seien bei 17 Prozent Preissteigerung in dieser Zeit unzureichend. Die Krankenhäuser verschuldeten sich so Monat für Monat um weitere 600 Millionen Euro.

men verwiesen wird.

Beide Probleme würden mit einem Grundeinkommen stark minimiert: Das Lohnabstandsproblem wäre weitgehend beseitigt, da alle das Grundeinkommen erhalten und Erwerbseinkommen zusätzlich erzielt werden würden. Und die Nichtinanspruchnahme der Transferleistung würde gegen null tendieren, weil das Grundeinkommen als universelle Leistung Stigmatisierungseffekte stark zurückdrängt.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat ergeben, dass 53 Prozent der repräsentativ Befragten in Deutschland die Einführung eines Grundeinkommens befürworten und nur 36 Prozent dies ablehnen. Es befürworten vor allem diejenigen ein Grundeinkommen, die sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation oder um den Schutz von Umwelt und Klima machen. Politikwissenschaftler\*innen der Universität Konstanz konnten mit einer weiteren Umfrage belegen, dass die höchsten Zustimmung Grundeinkommen in Höhe von 1200 beziehungsweise 1600 Euro erhalten. Präferiert wird die Finanzierung durch eine Anhebung der Einkommens- und Vermögensteuern für Reiche, also durch eine Umverteilung von oben nach unten.

## KOMMENTARE

## Sackgasse Niedriglöhne

Kurt Stenger über Fachkräftemangel in der ostdeutschen Wirtschaft

Es ist ein allzu schlichtes Marktmodell, das der Ökonom Joachim Regnitz Ostdeutschland überstülpt: Wegen des Arbeitskräftemangels, so seine Prognose, werden die Löhne massiv ansteigen, und da die Produktivität nicht Schritt hält, werden viele Firmen in den neuen Ländern Pleite gehen. Das mag plausibel klingen, doch der Vizechef des Dresdner Ifo-Instituts skizziert lediglich die Sackgasse, in die eine verfehlte Nachwende politik strukturschwache Gegenden in den neuen Ländern geführt hat. Niedriglöhne galten Wirtschaftsliberalen als Königsweg nach dem Treuhand-Kahlschlag. Dabei sorgten sie für Abwanderung von Fachkräften, die jetzt schmerzlich fehlen.

Zwangsläufig war das nicht und ist es jetzt erst recht nicht. Der laufende Umbau der Wirtschaft bietet Perspektiven, wie man an den Hightech-Clustern und der boomenden E-Auto-Industrie im Osten sieht, aber dies könnte auch für bisher abgehängte Gebiete gelten. Regionale Wirtschaftsentwicklung geschieht ja nie allein durch Marktprozesse, sondern auch als Ergebnis öffentlicher Förderung und tariflicher Leitplanken. Nur müsste sich die Politik diesmal von Markt fetischisten wie Ragnitz emanzipieren.

## Alles wie immer

Larissa Kunert über die Wahl der neuen RBB-Intendantin

Mit Ach und Krach ist Ulrike Demmer vergangenen Freitag zur neuen RBB-Intendantin gewählt worden – ein durchaus kritikwürdiger Vorgang. Denn eine Personalwahl, bei der man sich letztlich nur zwischen Ja und Nein entscheiden kann, ist zwar de iure nicht undemokratisch, entbehrt aber de facto der Auswahlmöglichkeit, die man für die Besetzung eines so hohen staatlich finanzierten Postens in einer Demokratie voraussetzen sollte.

Allerdings könnten die Kommentatoren in den Sozialen Medien, die in Demmer eine Wiedergängerin von Ex-Intendantin Patricia Schlesinger erkennen wollen, mal einen Gang zurückschalten. Von Vetterwirtschaft wie bei Schlesinger ist die Rede, weil Demmer stellvertretende Regierungssprecherin der Großen Koalition auf SPD-Seite war. Doch diese gewöhnliche Nähe von Politik und Medien ist ein anderes Kaliber. Es sollte wohl niemanden überraschen, dass ein Sender mit Staatsvertrag sich einer führenden Beamtenpartei gegenüber nicht unbedingt konträr positioniert (was wiederum nicht heißt, dass beim RBB nicht auch SPD-Kritiker zu Wort kämen) – mit oder ohne Demmer.

## Vorschläge an den Kindern vorbei

Stefan Otto über die frühkindlichen Bildungskonzepte der CDU

Die CDU versucht es mit Druck. Bei drei- und vierjährigen Kindern will sie Sprachtests durchführen. Und wenn sie noch nicht gut genug Deutsch sprechen, sollen verbindliche Förderungen erfolgen. Der Ansatz, der für das neue Grundsatzpapier der Partei diskutiert wird, ist ideologisch verbohrt. Die CDU setzt auf Leistung und lässt dabei außer Acht, wie Kinder in dem Alter lernen: nämlich durch Spielen, Spielen und noch mal Spielen. Den ganzen Tag lang.

Mit den Sprachkits gibt es bereits ein Programm, das sich um Kinder kümmert, die nicht mit Deutsch in ihren Familien aufwachsen. Diese etablierte Förderung auszubauen wäre sinnvoller, als ein neues Instrument zu schaffen. Gleiches gilt für die Förderung von Familien. Die CDU möchte das Kindergeld mit dem Teilhabepaket zusammenschlagen. Am Ende kommt dabei für die Familien deutlich weniger heraus, als die Ampel-Koalition mit der Kindergrundsicherung plant. Trotzdem spricht die CDU von einem »Kinderzukunftsgeld«. Das ist bezeichnend. Die Union will mit ihrem Papier vieles anders machen, aber für Familien, die tatsächlich Unterstützung benötigen, wird nichts besser.

## PERSONALIE



EPD-BILD/THOMAS LOHINES

## Sanfter Provokateur

Der Pfarrer Quinton Ceasar hat beim Evangelischen Kirchentag für Aufregung gesorgt

ERIK ZIELKE

Es ist ein altes Problem der Theologie: Wie darf man Gottes Wort von der Ebenbildlichkeit verstehen? Im Alten Testament steht: Der Mensch ist nach Gottes Abbild geschaffen. Aber so ganz abbildhaft in allen Details doch hoffentlich nicht?! Das wäre wenig töstlich. Und zumindest das soll man doch von der Religion erwarten können: Trost.

Da sich mehr und mehr Menschen mit queeren Lebensformen auseinandersetzen, sich gar die Erkenntnis durchsetzt, dass Queerness keine neue Erfindung ist, sondern seit jeher auf unterschiedliche Weise praktiziert wurde, war wohl unvermeidlich, dass irgendein Prediger das eine mit dem anderen zusammendenkt. »Gott ist queer«, hat Quinton Ceasar im Rahmen des Evangelischen Kirchentages zum Besten gegeben. Mit zu erwartendem Beifall von der einen, dem unvermeidlichen Protest von der anderen Seite.

Ceasar stammt aus Südafrika, ist 38 Jahre alt und mittlerweile 16 Jahre in Deutschland zu Hause. Seit 2021 ist er Pfarrer in der Friedenskirche Wiesmoor in Ostfriesland. Ihm wurde die Ehre zuteil, die Predigt beim Abschlussgottesdienst des Kirchentages zu halten. Der Social-Media-affine Theologe, der sich als Aktivist versteht, hat Rassismus den Kampf angesagt und zum Handeln gegen den Klimawandel aufgerufen. Auch den sogenannten Asylkompromiss der EU-Mitgliedsstaaten hat er kritisiert.

Die Evangelische Kirche kann klare Worte gut gebrauchen. Jahr für Jahr entfliehen mehr Schäferchen der Herde. »Gott ist queer« ist nur einer von Ceasars eingängigen Sätzen, »Wir sind alle die Letzte Generation« ein weiterer. Dass von einer linksgrün versifften Kirche, die einige reaktionäre Kräfte imaginieren, trotzdem nicht die Rede sein kann, merkt man daran: Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wurde beim Kirchentag ausgiebig Raum gegeben – um dem Militarismus das Wort zu reden. Von Protest keine Spur.



HARM BENGEN

## PLATZVERHÄLTNISSE

## Nach unten durchgereicht

Sachzwang-Palaver klingt besser, wenn man ein Pfund Bibel und 250 Gramm Max Weber hineinrührt.

Nicht, dass ich der Kollegin Anne Hahn jetzt Konkurrenz machen wollte, aber die Welt des Wassers ist auch mir nicht fremd. Weshalb ich immer dann, wenn ich beim Durchdie-Gegend-Fahren ein, zwei Stunden erübrigen kann, durchs Drehkreuz spurte und ins Wasser springe. Jüngst tat ich das im Magdeburger Carl-Miller-Bad und just, als ich mir auf dem Weg zum Bahnhof schon sicher war, dass dies hier eine Schwimmbad-Kolumne werden würde, sah ich am Zugang zu einer Kirchengemeinde dieses Transparent: »Schluss mit der Heuchelei. Christen liefern keine Waffen.«

Man durfte das als Kommentar zum gerade stattfindenden Kirchentag lesen, bei dem – allein das ist schon verdächtig – die bundesdeutsche Politik-Prominenz eingeladen war. Die kam natürlich auch prompt und hatte erwartungsgemäß keinerlei Schwierigkeiten, ihre Sach- und Fraktionszwang-Politik als tagesaktuelle Spielart einer höheren Moral zu verkaufen. Angemessen zerknirscht natürlich, wie sich das für Protestanten wie Frank-Walter Steinmeier gehört.

Dass dessen »Es ist Zeit für Waffen« der wohl eklatanteste Widerspruch zur Bergpredigt ist, lässt sich eigentlich schwer bestreiten. Es sei denn, man kann stets den Joker ziehen, der noch jeder Parteischanze den rhetorischen Ausweg aus dem eigenen Opportunismus wies: »Verantwortungsethik«

versus »Gesinnungsethik«. Das Begriffspaar, das wissen die Berufspolitiker, stammt aus Max Webers Schrift »Politik als Beruf«, Quintessenz: »Es ist ein abgründiger Gegensatz, ob man unter der gesinnungsethischen Maxime handelt – religiös geredet: »Der Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim« – oder unter der verantwortungsethischen: dass man für die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat.«



Christoph Ruf ist freier Autor und beobachtet hier politische und sportliche Begebenheiten.

FOTO: PRIVAT

Das sind kluge Gedanken. Allerdings auch welche, die man missbraucht, wenn man sie alle paar Wochen heranzieht, um den jeweils neuesten Bruch mit den angeblichen eigenen Prinzipien zu verbrämen.

Doch die dreiste Bibelinterpretation hatte in Nürnberg der EKD-Chef selbst parat. Thomas de Maizière widmete die zehn Gebote mal eben zum Betriebsverfassungsgesetz um: »Wir müssen alle zusammen mehr arbeiten«, sagte der Polit-Rentner. Länger und »besser«. Denn sonst, oh weh, »werden wir nach unten durchgereicht als Land. Das möchte ich nicht.« Auch Jesus hätte das

sicher nicht gewollt, vermute ich.

Wobei man sich fragen könnte, was das handelsübliche neoliberale Geschwätz mit der Bibel zu tun hat. Doch natürlich hatte de Maizière darauf eine Antwort: »Am siebten Tage sollst du ruhen, heißt es in der Bibel. Das bedeutet ein Verhältnis von sechs zu eins. Und nicht, dass die Freizeit überwiegt.« Das sollte man jetzt wirklich mal der Arbeitgeberseite bei den nächsten Tarifverhandlungen mitgeben: Ausbeutung geht auch christlich sanktioniert – wobei: Das war ja in den letzten 2000 Jahren meist so. Weshalb de Maizière, dem ausführenden Organ hinter Merks Willkommenskultur, sicher auch eine Bibelstelle einfallen wird, die die ganze leidige Diskussion um Seenotrettung und EU-Außengrenzen mit höchsten religiösen Weihen versehen wird: Wer wie Moses das Meer teilen kann, um von A nach B zu kommen, der braucht auch keine Seenotrettung. So in die Richtung.

Wobei das ganze Gewäsch vor allem viel über den Zustand der christlichen Kirchen aussagt. Während sich die katholische im Sumpf aus Kindesmissbrauch, Männerklüngel und Reaktion selbst erledigt, hat sich die evangelische der kompletten Belieblichkeit verschrieben. Ein bisschen Gutmenschenum hier, ein bisschen Ethno-Kitsch da. Und nirgendwo eine Haltung, die man dem alten Antisemiten und Fürstenfreund Martin Luther immerhin hoch anrechnen musste: »Hier stehe ich, ich kann nicht anders«, soll der einst gesagt haben. Widerrufen hat er seine Thesen 1521 auf dem Reichstag zu Worms jedenfalls nicht. Und das nötigt einem ein bisschen Respekt ab. Bei einem Evangelischen Kirchentag würde der Mann jedenfalls heute ganz gewiss zur unerwünschten Person erklärt.

## IHRE MEINUNG

Ein hochseetauglicher Dampfer?

Zu »Der Linken reicht's«, 12.6. S. 1 ... und mir reicht's mit der (sogenannten) Linken! Schon mal was von Marx und Klassenkampf gehört? Wolfgang Frotscher, Frankfurt (Oder)

Zu »Ein kleiner Befreiungsschlag«, 12.6., S. 5; online: [dasnd.de/1173910](https://www.dasnd.de/1173910) Solange Sahara Wagenknecht in der Partei bleibt, wird Die Linke Aussicht auf Verbleib im Bundestag haben. Sollten jedoch ihre Gegner den Parteiausschluss schaffen, sähe es anders aus. Was verstehen Leute wie Herr Riexinger unter einer »modernen, demokratisch-sozialistischen Partei«? Diese Merkmale sind zu wenig bei der gegenwärtigen Linkspartei zu erkennen, meine ich.

Was Frau Wagenknecht in Talkrunden und ihrem Buch überzeugend erklärt – das ist linke Politik. Ihre Mandate sollten Linke-Politiker zurückgeben, die Waffenlieferungen befürworten, sich bei anderen Parteien anbiedern oder aufrechte Linkspolitiker nach und nach aus dieser Partei vertreiben. Verliert Die Linke den Fraktionsstatus im Bundestag, hat der derzeitige Parteivorstand seine Aufgabe nicht erfüllt. Wie anders sollte man es sonst sehen? Dr. Hans Bomke, Schwerin

Zu »Wer spaltet hier?«, 14.6. S. 1; [dasnd.de/1173964](https://www.dasnd.de/1173964)

Danke an Jana Frielinghaus für die so deutlichen Worte im »Standpunkt«. Es trifft den Nagel auf den Kopf. Sonia Nowiak, Cottbus

Zu »Bartsch auf Distanz zu Wagenknecht«, 14.6., S. 5; [dasnd.de/1173969](https://www.dasnd.de/1173969) Das grundsätzliche Missverständnis in der Diskussion über eine eventuelle linke Parteigründung um Sahara Wagenknecht ist der Ansatz, dass die Ursache hierfür ausschließlich in ihrem Ego liege. Ich frage mich eher: Wer verlässt einen hochseetauglichen Dampfer wie Die Linke und steigt in ein wackeliges Rettungsboot einer Parteigründung? Das macht doch nur, wer genug vom orientierungslosen Wellenschaukeln, aber keine Chance hat, ans Ruder zu gelangen, um das Zerschellen an den Klippen noch zu vermeiden.

Die Gefahr, dass beide Schiffe scheitern, ist groß: Das Boot ist wahrscheinlich in den Stürmen der Zeit zu klein – und der Dampfer zu führungslos, um die durchaus vorhandenen PS in einen zielführenden Vortrieb umzusetzen. Linke werden eben nie wirklich besiegt, weil sie das zuvor immer schon selbst schaffen. Jürgen Lehmann, Fürstenwalde/Spree

Von Opa zu Opa

Zu »Glaubwürdige Abschreckung«, Leserbrief M. Röber, 12.6., S. 8 Die Kritik am Nato-Flugmanöver im Leserbrief von Michael Röber ist bewegend und zutreffend. Lob auch an die kluge Enkelin, es als Krieg in der Luft zu erkennen. An den Opa: Nein, es nützt niemandem. Doch von Opa Reiner Wieland die Aufmunterung und von vielen das Versprechen: »Schluss mit allen Kriegen!« – das ist keine Illusion, sondern eine Utopie, ein Ziel, für das es sich in breiten Bündnissen zu kämpfen lohnt! Reiner Wieland, Neubrandenburg

Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

## IMPRESSUM

Die Tageszeitung »nd« (»nd.DerTag«/»nd.DieWoche«) wird herausgegeben von der nd.Genossenschaft eG, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. (030) 2978-1111, Fax -1610.

Internet [www.nd-aktuell.de](http://www.nd-aktuell.de) E-Mail [redaktion@nd-online.de](mailto:redaktion@nd-online.de), [leserbriefe@nd-online.de](mailto:leserbriefe@nd-online.de) Verlagsleitung Rouzbeh Taheri (030) 2978-1615 Redaktionsleitung Wolfgang Hübner (Vi.S.d.P., Tel. (030) 2978-1713), Uwe Sattler (Redaktionsmanagement -1714), Regina Stötzel (-1712), Ines Wallrodt (-1785) ArtDirector Max Sauerbier (-1615) Ressorts nd.aktuell (Birthe Berghöfer -1792, Christian Klemm -1722), Politik (Jana Frielinghaus -1783, Kurt Stenger -1781), Feuilleton (Christof Meuler -1764), Hauptstadtregion (Rainer Rutz -1789), Sport (Jirka Grahl -1727), Herstellung (Frank Schirmeister -1825), nd.DieWoche (Regina Stötzel -1712), nd.Commune (Ulrike Kump -1622), Ratgeber (Jürgen Holz -1772), [ratgeber@nd-online.de](mailto:ratgeber@nd-online.de)

Vertrieb/Aboservice [aboservice@nd-online.de](mailto:aboservice@nd-online.de) (-1800, Fax -1630) Anzeigen Heidrun Kramm (-1845, Fax -1840), [anzeigen@nd-online.de](mailto:anzeigen@nd-online.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2021. Private Kleinanzeigen [privatanzeigen@nd-online.de](mailto:privatanzeigen@nd-online.de) (-1845, Fax -1840) Leserreisen Frank Diekert (-1620), [leserreisen@mazz.berlin](mailto:leserreisen@mazz.berlin) nd-Shop Sabine Fielow (-1777), [ndshop@mazz.berlin](mailto:ndshop@mazz.berlin), Verkauf im Lesecafé »Babet«.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor GmbH, [www.presse-monitor.de](http://www.presse-monitor.de) Bankkonto Berliner Volksbank, IBAN DE08 1009 0000 2877 2360 08, SWIFT (BIC) BEVODE33 Monatlicher Abonnementpreis: 54,50 €; ermäßigtes Abo: 32,50 €; Soli-Abo: 67,00 €; E-Paper-Abo: 30,00 €; Kombi-Abo: (E-Paper + nd.DieWoche) 45,00 €; weitere Abo-Möglichkeiten, auch Teil-Abonnements, auf Anfrage. Das Abonnement kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozeitraums gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden der nd.Genossenschaft oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen die nd.Genossenschaft.

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin.

# Schützenhilfe für verzweifelte Parkplatzsucher

Berlins Verkehrsministerin Manja Schreiner (CDU) verordnet den Bezirken einen großflächigen Stopp des Radwegeausbaus

Die Senatsverkehrsverwaltung fordert die Bezirke auf, Radinfrastrukturprojekte vorübergehend auf Eis zu legen, bei denen Fahrspuren oder Parkplätze wegfallen. Die Empörung ist groß.

RAINER RUTZ UND PATRICK VOLKNANT

»Verkehrssicherheit hat für mich höchste Priorität«, teilt Berlins Verkehrsministerin Manja Schreiner am Samstag mit. Der Wunsch der CDU-Politikerin anlässlich des Tags der Verkehrssicherheit: »Kinder auf dem Schulweg, Eltern auf dem Rad, Menschen an S- und U-Bahnhöfen, Fußgängerinnen und Fußgänger, Autofahrerinnen und Autofahrer, sie alle sollen in Berlin sicher an ihr Ziel gelangen.«

So selbstverständlich die Botschaft, so heftig die Reaktionen – zumindest bei Berlins Fahrradaktivisten. Als »schamlos und dreist« bezeichnet etwa Evan Vosberg vom Landesverband des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) Schreiners »nette Worte«.

Die Empörung kommt freilich nicht von ungefähr. Denn kurz vor dem Tag der Verkehrssicherheit hatte Schreiners Haus eine Art Gruß aus der Küche gesendet, der jetzt nicht unbedingt als großes Sicherheitsversprechen für die »Eltern auf dem Rad« zu verstehen war. Konkret wurde den Bezirken mitgeteilt, dass alle geplanten Radinfrastrukturprojekte »vorübergehend« auf Eis zu legen sind, sofern hierbei Fahrspuren für Autos oder Parkplätze wegfallen.



Das gedeihliche »Miteinander« auf Berlins Straßen

DPA/WOLFGANG KÜHN

»Gerade auf den Hauptmagistralen der Stadt muss der Verkehr auch fließen, das müssen leistungsfähige Trassen sein.«

Manja Schreiner (CDU) Verkehrsministerin

Öffentlich gemacht hatte die Schreiben am Donnerstag der Verein Changing Cities. Noch am gleichen Tag berichtete der »Tagesspiegel«, dass Lichtenbergs Verkehrsstadträtin Filiz Keküllüoğlu (Grüne) die Bezirksverordnetenversammlung über den von der Senatsverwaltung angeordneten De-facto-Stopp von Radwegprojekten informiert hat. Die autofreundliche Katze war damit aus dem Sack, der öffentliche Aufschrei bei den Vorkämpfern für die Mobilitätswende folgte prompt.

Nicht zuletzt die Grünen sind konsterniert. »Ich kann das gar nicht glauben. Alle Maßnahmen, die wir angesprochen haben, jetzt zu blockieren, ist sowohl rational als auch wissenschaftlich eine totale Katastrophe«, sagt Oda Hassepaß, die verkehrspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus, zum nd-Newsletter »Muckefuck«.

Auch in der Linken sind viele auf Hundertachtzig. Für Niklas Schenker, den Sprecher der Linkenfraktion für Radverkehr, ist die Aktion der Verkehrsverwaltung nicht weniger als ein »Frontalangriff auf die Mobilitätswende«. Manja Schreiner spreche immer wieder vom Miteinander im Straßenverkehr, doch ihre Handlungen seien andere. Schenker sagt: »Wenn jetzt wirklich alle Nahverkehrsprojekte in Berlin auf den Prüfstand gestellt werden sollen, dann ist das ein einseitiger und auch ideologisch getriebener Vorgang.«

Die Mails aus Schreiners Abteilung Verkehrsmanagement sind dabei nach nd-Informationen von Bezirk zu Bezirk durchaus

unterschiedlich detailliert formuliert. So betraf die Bitte an Lichtenberg um eine »vorübergehende Aussetzung der Umsetzung von angeordneten Projekten« nicht nur den Radwegeausbau. Auch die Ausweisung neuer Tempo-30-Zonen wurde gleich mit abgeräumt. Lediglich »Anträge zum Beispiel von Kitas, Schulen werden weiterhin geprüft und umgesetzt, aber keine Strecken, wo von Amts wegen aus Aktionen erfolgen, auch keine Lückenschlüsse.« Eine Passage, die nach Auskunft von Friedrichshain-Kreuzbergs Verkehrsstadträtin Annika Gerold (Grüne) in dem ihr zugegangenen Schreiben fehlt.

Für Gerold ist die Anweisung auch ohne den Tempo-30-Passus eine Zumutung. »Wir machen uns große Sorgen«, sagt die Bezirksministerin am Freitagabend am Rand einer

Kundgebung vor der Senatsverkehrsverwaltung in Mitte zu »nd«. Rund 200 Menschen waren dem Spontanprotest gefolgt, zu dem nach Bekanntwerden der Mails unter anderem der ADFC und Changing Cities aufgerufen hatten. Die immer wieder lautstark skandierende Hauptbotschaft der Demonstrierenden: »Nicht mit uns.« Auch Annika Gerold will den als vorläufig gelabelten Stopp des Radwegeausbaus nicht hinnehmen: »Ich gehe davon aus, dass bereits geplante Projekte auch umgesetzt werden.« Denn klar ist zudem: Bei einem Aufschub oder gar der Abwicklung von geplanten Radwegprojekten droht auch, dass Fördermittel verfallen beziehungsweise zurückgezahlt werden müssen.

Die Senatsverwaltung selbst hatte noch am Freitag versucht, die Wogen etwas zu glät-

ten. Selbstverständlich würden nicht alle Vorhaben beerdigt, teilte Schreiners Pressestelle mit. »Wie bisher weiter geplant« würden Projekte, die auf Beschlüssen der Unfallkommission basieren oder im Zusammenhang mit der Schulwegsicherheit stehen. Auch »Vorhaben zur Sanierung von bestehenden Rad- und Fußverkehrsanlagen« stünden nicht zur Disposition, wenn dadurch nicht der Straßenquerschnitt verändert wird.

Die Demonstrierenden konnte das nicht beruhigen. Kein Wunder, blieb sich Schreiners Verwaltung doch in der Hauptsache treu, indem sie unmissverständlich erklärte: Lediglich Projekte, für die keine Fahrstreifen oder Busspuren wegfallen, die den Wirtschafts- und Lieferverkehr nicht »erheblich« beeinträchtigen oder allenfalls mit dem »Wegfall

einer überschaubaren Anzahl von Parkplätzen (abhängig von den örtlichen Gegebenheiten zum Beispiel nicht mehr als zehn Parkplätze auf 500 Meter)« einhergehen, werden vorerst weiterverfolgt. Alle anderen Maßnahmen werden »überprüft und priorisiert«. Oder wie Aktivisten und die Opposition vermuten: Sie können in die Tonne getreten werden.

»Alle Maßnahmen, die wir angesprochen haben, jetzt zu blockieren, ist sowohl rational als auch wissenschaftlich eine totale Katastrophe.«

Oda Hassepaß (Grüne) Verkehrsexpertin

Jetzt mal alle wieder runterkommen, sagt Danny Freymark, der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, zu »nd«. »Es wird trotz dieser Mail mehr sichere Radwege geben, davon bin ich überzeugt.« Sicher sei die angekündigte Priorisierung auch eine Frage der Finanzen: »Wir haben jetzt nicht den ausgeglichenen Haushalt geerbt.« Und zum Teil sei es bei manchem Radwegplan wie dem auch von Interessvertretern des Öffentlichen Personennahverkehrs kritisierten für die Schönhauser Allee in Prenzlauer Berg auch sinnvoll, dass er auf Prüfstand gestellt wird. Aber, so Freymark weiter: »Es wäre doch politischer Selbstmord, wenn die Verkehrsministerin jetzt alle geplanten Radverkehrsprojekte ad acta legt, das wird auch nicht passieren.«

Bei aller Aufregung um die Anweisungen aus der Verkehrsverwaltung: Wirklich überraschen kann die Initiative nicht. »Die Koalition priorisiert, welche Radverkehrsprojekte aus dem Radverkehrsplan sie in dieser Legislaturperiode umsetzt«, heißt es im Koalitionsvertrag von CDU und SPD. Wobei Schreiner immer wieder erklärt hat, dass es Schwarz-Rot ernst damit ist. Nur einen Tag vor der Mail an die Bezirke hatte sie in einem Interview mit dem Lokalsender TV Berlin erneut ihre Prioritäten klar gemacht und mit Blick auf den Radwegeausbau angekündigt: »Das will ich mir jetzt mal genauer anschauen.«

Schreiner sagte zwar: »Wir werden auch aufs Fahrrad setzen. Das ist ja auch ein Teil der Mobilitätswende.« Sie werde »das natürlich weiterverfolgen, dass wir ordentliche Radwege finden«. Aber »ordentlich« heißt bei ihr nicht überall, vor allem nicht an den Hauptstraßen und schon gar nicht 2,50 Meter breit. Denn: »Gerade auf den Hauptmagistralen der Stadt muss der Verkehr auch fließen, das müssen leistungsfähige Trassen sein.«

Und auch die Parkplatzsorgen der Autofahrer hatte die CDU-Politikerin bereits im Blick: »Wenn ich sage, wir nehmen hunderte Parkplätze wegen eines Fahrradweges weg, dann heißt das aber nicht, dass die Autos sich just wegzaubern, die sind ja immer noch da. Das bedeutet, dass es eben im Kiez drum herum einen enormen Druck noch mal gibt und die Leute natürlich auch verzweifelt sind.«

Nach nd-Informationen soll der Stopp übrigens auch Fußverkehrsprojekte betreffen, die zulasten des Autoverkehrs und also der verzweifelten Parkplatzsucher gehen. Die demnächst wieder autogerechte Friedrichstraße lässt grüßen.

## Freiheit im Zirkuszelt

Bei Cabuwazi setzen sich Kinder und Jugendliche akrobatisch mit Bewegungsfreiheit und Abschottung auseinander

Ohne wilde Tiere, aber dafür mit politischer Haltung: Der Cabuwazi-Zirkus gibt seit den 90ern vor allem jenen die Chance, sich auszudrücken, die sonst oft kaum Möglichkeiten dazu haben.

NINA SÜSSMILCH

Es riecht nach kandiertem Zucker vor dem Zirkuszelt. Am Eingang hat jemand eine Popcornmaschine aufgestellt, an der zwei Teenager das süße Korn in kleinen Tüten verkaufen. Sie sind Teil des Cabuwazi-Festivals »Freedom of Movement: Bits and Pieces – Zirkusidentitäten«, das am Wochenende auf dem Tempelhofer Feld stattfand. Es ist rund um die Jugendgruppe des Zirkus-Kollektivs entstanden. 2017 gab es das erste Festival, nachdem man sich entschieden hatte, einen weiteren Standort des Cabuwazi-Zirkus auf dem ehemaligen Flughafen zu eröffnen. Dort war eine temporäre Unterkunft für geflüchtete Menschen errichtet worden. Der Bedarf für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, sich zu treffen, an Aktivitäten teilzunehmen und auszutauschen, war groß.

Cabuwazi wurde in den 90er Jahren als Kinderzirkus gegründet und richtete sich

schon immer an Kinder und Jugendliche in Vierteln, die weniger Teilhabemöglichkeiten und Chancen boten. Es gibt keine Tiere, der Zirkus ist ein sogenannter Neuer Zirkus, der sich an der Kunstform des Theaters orientiert, aber für die Performance Zirkuselemente nutzt. Die eigene Persönlichkeit und die Biografie der Performerinnen spielen dabei eine wichtige Rolle. Der Andrang ist inzwischen so groß, dass es auch Gruppen für die ganz Kleinen und für junge Erwachsene gibt.

Kein klassischer Zirkus

Die Jugendlichen Liv, Djoya und Yamin sitzen mit dem Trainer Tadios und der künstlerischen Leiterin Daphne zusammen. Für sie sei wichtig, am Ende eine Show zu haben, auf etwas hinzuwirken, erklärt Liv. Sie ist schon seit insgesamt zehn Jahren dabei, am Standort Tempelhofer macht sie seit drei Jahren mit. Yamin kam zum Zirkus, weil ein Freund dabei war, und Djoya ist ebenfalls schon einige Jahre dabei und hat früher Capoeira gemacht. Hier genießen sie die Freiheit und den Spaß des Miteinanders. Es gibt keine festgelegten Disziplinen, vielmehr können sich alle aussuchen, was sie machen möchten.

Zu den schönsten Momenten zählen die Auftritte, wenn es stressig wird und manchmal ein bisschen »chaotisch« zugeht. Denn dann kann es kompliziert sein, »alle zusammenzuhalten und gut miteinander zu kommunizieren«, sagt Djoya und lacht. Viele Kinder und Jugendliche sprechen mehrere Sprachen, am meisten nutzen sie Deutsch, manchmal wird übersetzt. »Man lernt von den anderen und die Atmosphäre ist immer freundlich«, fügt Liv hinzu. Die Übungen und einzelnen Elemente, die die Teenager gemeinsam wählen und zu Showelementen verbinden, würden so lange erklärt, bis sie alle verstanden hätten.

Machtverhältnisse akrobatisch umdrehen

Freitagabend sitzen dann alle zusammen, Mohammed kocht. Die Stimmung ist gelöst, die Jugendlichen erzählen Witze und lernen mehr über die Kulturen der anderen. »Ich erlebe die Teilnehmer\*innen dann noch einmal ganz anders«, erklärt Tadios. Er selbst kommt aus der Zirkuswelt, kennt sich mit den verschiedensten Disziplinen aus und steht ab und zu selbst noch auf der Bühne. »Dort fühle ich mich frei«, sagt er.

Tadios erklärt, was in der ersten Show des Abends passiert. Was die Gruppe »Resist Exist« auf Englisch und Deutsch an die Zeltwand projiziert, während eine Stimme sinngemäß auf Arabisch sagt, dass sie in einem System lebe, das keinen Platz für sie habe. Dort im Rampenlicht können die Machtverhältnisse umgedreht werden und diejenigen, die akrobatisch vorführen, was sie innerlich antreibt oder auch lähmt, bekommen nicht nur Aufmerksamkeit. Sie legen auch die Themen und die Showelemente fest. Ohne sprechen zu müssen, können sie sich ausdrücken.

Was verstehen sie unter »Freedom of Movement«? Djoya sagt, dass es für sie nicht nur bedeutet, dahin gehen zu können, wo sie hingehen möchte, sondern auch ihr Leben so zu leben, wie sie es sich vorstellt. »Dass man auch in der Gruppe nicht seine fest geschriebene Rolle hat, sondern sich weiter ausprobieren kann«, sagt Liv.

Daphne gibt den Jugendlichen den Raum, den sie brauchen, fügt künstlerisch zusammen, was organisch wächst, baut ein, was sie von den Gruppen selbst lernt. Die US-Amerikanerin hat auch einen deutschen Pass und so kann sie fast überall auf der Welt problem-

los reisen, lebt seit ihrer Jugend in Deutschland. »Ohne mein eigenes Zutun habe ich diese Freiheit«, sagt sie.

Zirkus ist politisch

In der zweiten Show des Abends setzen sich die Senegalesen Ibrahim N'diyae und Aly Johnson als die »Idol Boyz« mit den Gefahren auseinander, denen sich die Menschen aussetzen, die versuchen, auf illegalem Weg nach Europa zu migrieren. Die Fahrt über das Mittelmeer ist dabei oftmals nur die letzte lebensgefährliche Etappe einer mühseligen monate-, manchmal jahrelangen Reise. Einige wenige Menschen schaffen es in die Festung Europa und enden dann vielleicht in einer der Geflüchtetenunterkünfte am Tempelhofer Feld direkt neben den bunten Zirkuszelten von Cabuwazi.

Im Juni ist das späte Abendlicht unwirklich pink und tieforange. In den wild wachsenden Grasflächen des ehemaligen Flugfeldes haben verschiedene Vogelarten ihr Zuhause. Das Recht, sich frei bewegen zu können, haben nicht alle. Hier unter dem Zelt gibt es einen kleinen Ort, an dem sich manche diese Freiheit zurückholen können.

## NACHRICHTEN

## Einschränkungen auf der Strecke des RE 7

Bestensee. Bahnfahrer zwischen Berlin und der Lausitz müssen auf der Strecke des Regionalexpress RE 7 bis zum 27. Juni mit Einschränkungen rechnen. Die Züge führen zwischen Halbe und Bestensee (Dahme-Spreewald) langsamer, teilte eine Sprecherin der Deutschen Bahn mit. Deshalb fallen laut der Bahn Halte aus und Anschlüsse können möglicherweise nicht erreicht werden. Alle Züge der östlichen RE 7-Strecke Berlin-Senftenberg beginnen und enden demnach bis 27. Juni am Flughafen BER und halten nicht in Berlin Ostkreuz. In Sedlitz Ost (RE 13 nach Cottbus), Senftenberg (RE 18 nach Dresden, RB 49 nach Falkenberg) und Calau (RE 10/RB 43 nach Falkenberg) seien möglicherweise keine Anschlüsse erreichbar. Grund für die Einschränkungen sind kaputte Betonschwellen. Hinzu kommen Reparaturen auf der Berliner Stadtbahn. *dpa/nd*

## Linke fordert mehr Tempo bei Bahnprojekten

Berlin/Potsdam. Vor dem zweiten Bahngipfel von Berlin und Brandenburg drängen die Linksfraktionen beider Länder auf mehr Geschwindigkeit bei Bahnprojekten. In die Vorhaben der nächsten Jahre müssten weitere wichtige Strecken wie der zweigleisige und elektrifizierte Ausbau der Ostbahn Berlin-Küstrin und Lausitzer Schienenprojekte aufgenommen werden, forderte der Brandenburger Linke-Abgeordnete Andreas Büttner. Der Linke-Verkehrspolitiker Kristian Ronneburg aus dem Berliner Abgeordnetenhaus hält eine Aktualisierung des Bahnprojekts »i2030« für notwendig. Das seit einigen Jahren laufende Infrastrukturprojekt umfasst wichtige Bahn-Ausbauvorhaben in der Hauptstadtregion. An diesem Montag treffen sich Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), Berlins neuer Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) und Bahnchef Richard Lutz in Potsdam. Sie wollen eine Zwischenbilanz des Projekts »i2030« ziehen. Im Juni 2022 hatten Berlin und Brandenburg mit der Bahn vereinbart, acht neue Projekte voranzutreiben, darunter den Ausbau des Berliner Außenrings und der Ostbahn. *dpa/nd*

## Spargelbauern sind mit der Saison zufrieden

Potsdam/Beelitz. Brandenburgs Spargelbauern haben nach Geschäftseinbußen im vergangenen Jahr eine bessere Saison erlebt. »Die desaströse Stimmung von 2022 ist verflogen. Dieses Jahr kann man grundsätzlich zufrieden sein«, sagte der Vorsitzende des Beelitzer Spargelvereins, Jürgen Jakobs. Die Spargelernte endet traditionell am 24. Juni. Jetzt startet die Kirschenzeit. Er rechne mit einer guten Kirschernte, sagte der Obstbau-Experte beim Gartenbauverband Berlin-Brandenburg, Thomas Bröcker. Wegen gestiegener Kosten werde es schwieriger, Obstanbau wirtschaftlich zu betreiben. *dpa/nd*

ANZEIGE

## DIENSTLEISTUNGEN

zapf umzüge [www.zapf.de](http://www.zapf.de) 030/61061

## VERSCHIEDENES



WERDEN SIE  
**ARTEN  
SCHÜTZER**  
MIT IHREM NACHLASS.

Wir informieren Sie gerne.  
Telefon: 030.311 777-729  
[www.wwf.de/testamente](http://www.wwf.de/testamente)

## nd online

Internet: [www.nd-aktuell.de](http://www.nd-aktuell.de)  
E-Mail: [anzeigen@nd-online.de](mailto:anzeigen@nd-online.de)

## »Wir geben keine Ruhe«

## Besetzer\*innen wollen den Abschiebeknast am Hauptstadt-Airport verhindern

Der Widerstand gegen das geplante Abschiebezentrums am Hauptstadtflughafen in Schönefeld reißt nicht ab. Das Land Berlin schiebt vom BER zum Großteil nach Moldau ab.

LOLA ZELLER

»Es ist uns wichtig, dass wir genau hier an dieser Stelle sind, wo das Abschiebezentrum entstehen soll«, sagt Aktivistin Malek Schuhmann zu »nd«. Mit bunter Perücke und Maske steht sie am Samstagvormittag im Garten der Kirchstraße 30 im brandenburgischen Schönefeld. Aus den Dachfenstern des unscheinbaren Einfamilienhauses schauen einige mit Sonnenbrillen und Masken versehene Köpfe heraus und rufen gemeinsam mit den Aktivist\*innen im Garten: »Nicht am BER! Nicht am Mittelmeer! Abolish deportation everywhere!« Die knapp 20 Aktivist\*innen besetzen das Grundstück samt des leerstehenden Hauses, um gegen das geplante Abschiebezentrums am Flughafen BER zu protestieren.

»Der Abschiebeknast ist ein rassistisches Projekt zur Isolation und Inhaftierung von Geflüchteten.«

Malek Schuhmann *Besetzerin*

»Das Abschiebezentrum ist ein Vorzeigeprojekt und soll europaweit das erste sein. Damit wird der BER zu einem riesigen Drehkreuz für Abschiebungen werden«, sagt Malek Schuhmann. 108 Haftplätze sollen entstehen, Geflüchtete aus dem gesamten Bundesgebiet werden dann voraussichtlich dort festgehalten, sagt die Aktivistin. »Der Abschiebeknast ist ein rassistisches Projekt zur Isolation und Inhaftierung von Geflüchteten.«

Die Aktivist\*innen wüssten von einigen Menschen aus der Gemeinde Schönefeld, die sich ebenfalls gegen das Abschiebezentrums aussprechen. Das sei sehr wichtig, denn die Gemeinde könne den Bau noch verhindern. »Es gibt den Widerstand hier und wir laden alle Nachbar\*innen ein, sich uns anzuschließen.«

Um die Nachbarschaft zu informieren und sich solidarisch mit der Besetzung des Grundstücks zu zeigen, haben am Samstagmittag weitere Abschiebungsgegner\*innen eine kleine Mahnwache ein paar hundert Meter entfernt angemeldet. Dort wird eine Broschüre der Initiative »Abschiebezentrums BER verhindern« verteilt. Diese klärt über die Eigentumsverhältnisse der Grundstücke auf, auf denen das Zentrum vorgesehen ist.

Sie gehören dem Investor Jürgen Harder, heißt es dort, der Bund werde die fertigen Gebäude dann anmieten. Im aufbereiteten Zeitstrahl wird angegeben, dass Stand Mai dieses Jahres noch eine Absichtserklärung zwischen dem Investor und dem Land Brandenburg unterzeichnet werden muss. Außerdem müsse noch das Bebauungsplan-Verfahren der Gemeinde Schönefeld abgeschlossen werden. Erst dann kann eine Baugenehmigung erteilt werden und der Bau beginnen. 2025 oder 2026 werde die Fertigstellung des Zentrums erwartet.

Vom Flughafen BER aus schieben zahlreiche Bundesländer im Rahmen von Sammelabschiebungen regelmäßig Menschen ab. Das



Kirchstraße 30: Aktivist\*innen wollen den Bau des Abschiebezentrums aufhalten.

Land Berlin hat allein im April 159 Menschen abgeschoben, davon 112 in die Republik Moldau. Das teilt die Innenverwaltung in einer aktuellen Antwort auf eine schriftliche Anfrage der Linken-Abgeordneten Elif Eralp und Katina Schubert mit.

Der Berliner Flüchtlingsrat macht schon seit langem darauf aufmerksam, dass aus humanitären Gründen und historischer Verantwortung Deutschlands nicht nach Moldau abgeschoben werden sollte. Denn: Es sind vor allem Roma\*, die vor der dortigen starken Diskriminierung fliehen. In einem offenen Brief

wandte sich der Flüchtlingsrat vor Kurzem gemeinsam mit zahlreichen weiteren Organisationen wie dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma an Innensenatorin Iris Spranger (SPD).

Der Flüchtlingsrat kritisiert neben der generellen Praxis, dass Familientrennungen durchgeführt und Schwerranke sowie Menschen mit Behinderungen abgeschoben werden. Viele von diesen hätten in ihrem Herkunftsland keinen Zugang zu einer ausreichenden Gesundheitsversorgung. Die Pläne der Bundesregierung und der Innenminister\*innenkonferenz, Moldau und Ge-

orgien zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, kritisieren Flüchtlingsrat und andere Organisationen deshalb scharf. Sie appellieren an die Innensenatorin, sich dagegen auszusprechen.

Am vergangenen Donnerstag wurde Innenstaatssekretär Christian Hochgrebe (SPD) im Abgeordnetenhaus nach den Leerstellen im Koalitionsvertrag gefragt. Anders als noch bei der rot-grün-roten Vorgängerregierung findet sich dort nun keine Vereinbarung mehr, sich für den Schutz und ein humanitäres Bleibrecht für Roma\* auf Bundesebene einzusetzen und alle landesrechtlichen Spielräume zu nutzen, wie es die alte Regierung noch im Koalitionsvertrag festgehalten hatte. Die diesbezügliche Formulierung habe »weder in den Koalitionsvertrag noch in den Richtlinien der Regierungspolitik Eingang gefunden«, so Hochgrebe.

»Da zeigt sich die Inhumanität dieser neuen Regierung und der harte Migrationskurs, der gefahren werden soll«, sagt Elif Eralp. »Als ob die Berliner Regierung sich mal eben von der historischen Verantwortung gegenüber Roma\* frei machen könnte und jetzt nicht mehr dafür sorgen müsste, dass es eine humanitäre Lösung und Bleiberechtsperspektive für diese Menschen gibt«, so die Linke-Politikerin zu »nd«.

Eralp befürchtet, dass der Kurswechsel von Schwarz-Rot auch dazu führen könnte, dass Berlin zukünftig auf die Praxis der Abschiebehaft zurückgreifen wird. Bislang passiere das nicht, aber die Ablehnung von Abschiebehaft steht auch nicht mehr im Koalitionsvertrag. Ob Berlin daher zukünftig auch das Abschiebezentrums am BER nutzen wird, lasse sich noch nicht sagen, meint Eralp. »Ich unterstütze die Proteste gegen den Abschiebeknast am BER. Dort wird eine Haftanstalt geschaffen für Menschen, die nichts anderes verbrochen haben, als aus Not zu fliehen. Das ist menschenunwürdig.«

Der Protest der Besetzer\*innen vor Ort in Schönefeld hält derweil bis zum Samstagabend an. Um 17.30 Uhr kommt es zur Sturmung und Räumung des Grundstücks durch Brandenburger Bereitschaftspolizist\*innen, mit Unterstützung der Bundespolizei.

Ines Filohn, Pressesprecherin der Direktion Süd der Brandenburger Polizei, ist am Samstagabend vor Ort und bestätigt gegenüber »nd«, dass die Eigentümerin, die Firma Harder Ny, Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt hat. Währenddessen werden die Aktivist\*innen vom Grundstück geführt, ihre Identitäten werden festgestellt und sie erhalten ein Aufenthaltsverbot für die Flughafengemeinde Schönefeld bis zum 26. Mai. Zwei von ihnen müssen noch mit auf die Polizeistation und kommen schließlich gegen 21 Uhr am Abend frei. »Das Anliegen ist ja nachvollziehbar, aber es geht nicht, fremdes Eigentum zu betreten«, sagt Filohn.

Aktivistin Malek Schuhmann hält die Besetzung auch nach der Räumung des Grundstücks für ein angemessenes Mittel, um gegen das Abschiebezentrums vorzugehen. »Was illegitim ist, das ist die Abschiebung von Menschen«, sagt sie, kurz nachdem sie die polizeiliche Maßnahme hinter sich hat, zu »nd«. Die Aktivist\*innen werden ihr Ziel nicht aufgeben. »Wir werden immer wieder kommen, wir geben keine Ruhe, bis das Projekt abgeblasen ist.«

## 99 Luftballons und ein Militärflugzeug

## Kundgebungen gegen den Tag der Bundeswehr in Brandenburg/Havel und Berlin-Mitte

Insgesamt fast 700 Menschen protestieren am Freitagabend sowie am Samstagmittag gegen Werbung für den Kriegsdienst.

ANDREAS FRITSCHKE

Über den Wiesenweg von Brandenburg/Havel laufen am Samstag Besucher, die beim Tag der Bundeswehr auf dem Festplatz rund 200 Meter weiter genug gesehen haben. Sie passieren die antimilitaristische Kundgebung gegen diese unverholene Werbung für den gefährlichen Dienst bei den Streitkräften. Thomas Kachel, Mitarbeiter der Linksfraktion im Bundestag, verteilt Informationsmaterial. »Arbeitgeber Bundeswehr – Risiken und Nebenwirkungen«, sagt er dazu. Eine Mutter mit kleinen Kindern, die einen Stoffbeutel der Bundeswehr über die Schulter gehängt hat, greift interessiert zu. Doch ein Mann kontert im Vorübergehen trocken: »Immerhin ein sicherer Arbeitsplatz.« Da schickt Kachel ihm bitter hinterher: »So lange, bis ein Loch ins Herz geschossen ist.«

Das hiesige Bündnis für Frieden hat zu dieser Kundgebung aufgerufen, die sich auch gegen das laufende Luftwaffenmanöver Air Defender richtet. Unterstützt wird der Protest von verschiedenen Gliederungen der Linkspartei, von der Sammlungsbewegung »Aufstehen«, der Friedensgesellschaft DFG-VK

und anderen. Das Bündnis für Frieden sorgte im Herbst 2022 für Schlagzeilen, weil bei zwei seiner Demonstrationen mit je 1000 Teilnehmern etliche Neonazis und der AfD-Landtagsabgeordnete Lars Hünich mitliefen. Darum schaut sich die Linke-Landesvorsitzende Katharina Slanina nun gründlich um, »ob jemand da ist, der hier nicht hingehört«. 500 bis 600 Leute sind gekommen. Es ist in der Menge eine Flagge der Querdenker-Partei »Die Basis« zu sehen und eine der höchst umstrittenen Gruppierung »Freie Linke«. Aber niemand trägt diesmal rechte Szenekleidung.

Solche Mode ist stattdessen vereinzelt auf dem Festplatz bei den Gästen der Bundeswehr zu sehen. Die Soldaten tragen ihre Uniformen. Ob sie eine rechte Gesinnung haben, wie es bei der Truppe viel zu häufig vorkommt, lässt sich so nicht erkennen. Uniformteile gibt es hier schon für Babys. Angeboten werden Strampler mit Tarnfleck-Muster. Die Linke-Landesvorsitzende Slanina schockiert das genauso wie der Anblick von kleinen Kindern, die sich in ein Militärfahrzeug setzen dürfen, das ein Schwimmbrücken-Segment geladen hat. Als sich Slanina zehn Minuten dort umgesehen hat und zurück bei der Kundgebung ist, gesteht sie erleichtert: »Hier fühle ich mich besser.«

Von den höhnischen Zwischenrufen der Vier-Mann-Gegendemonstration der Anti-

schwurblerischen Aktion wird kaum Notiz genommen. Das ändert sich erst, als der Bundestagsabgeordnete Christian Leye (Linke) auftritt. »Im Krieg stirbt zuerst die Wahrheit – und danach sterben die Armen, so müsste der Satz vollständig heißen«, erklärt Leye. Während seiner Rede verstärken die Antischwurbler die Lautstärke ihrer Kommentare. Das ärgert Dominik Mikhalkevich vom Bündnis für Frieden. Die Gegendemonstranten sollten statt zu stören nach vorne kommen und diskutieren, »was die Militärwerbung für die Deutschen bedeutet«, schlägt Mikhalkevich ihnen vor. Doch die gehen darauf nicht ein.

Nationalflaggen werden nicht geschwenkt, abgesehen von einer DDR-Fahne, die schmunzelnd geduldet wird. Zwar haben ein paar Leute russische Fahnen mitgebracht. Doch Ordner bitten, diese Fahnen einzurollen und lieber einen der Luftballons zu nehmen, die am Ende der Veranstaltung losgelassen werden: Zu Nenas Popsong »99 Luftballons«, der eine Friedensbotschaft transportiert. Der Wind steht günstig und treibt die Ballons in Richtung Bundeswehr. Die schickt ihrerseits einen Gruß. Extrem tief überfliegt zweimal eine große Propellermaschine der Luftwaffe die Kundgebung – vermutlich als Hingucker für die Besucher auf dem Festplatz. Stefan Natke, Landesvorsitzender der kommunisti-

schon DKP in Berlin, interpretiert den Überflug aber anders. Für ihn war das eine gezielte Provokation. Schließlich hätte die Maschine den Festplatz auch aus einer anderen Richtung ansteuern können, meint er.

Als die Kundgebung gerade beendet ist, überrascht ein sintflutartiges Gewitter die Teilnehmer. Sie flüchten sich in Hauseingänge und treffen dort teils mit Besuchern der Bundeswehr zusammen, darunter ein jugendlicher aus Oranienburg, der in zwei Jahren Soldat werden möchte.

Bereits am Freitagabend gibt es eine Kundgebung der Berliner Linken am Showroom der Bundeswehr neben dem S- und U-Bahnhof Friedrichstraße. Dort warnt der Landesvorsitzende Maximilian Schirmer vor reichlich 70 Zuhörern: »Der Tag der Bundeswehr ist kein harmloses Familienfest!« Markus Tervooren von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes erinnert sich, dass in seiner Jugend fast alle Mitschüler den Wehrdienst verweigerten – so wie Campino, Sänger der Band »Die Toten Hosen«, der das nun nicht mehr tun würde. Tervooren sagt: »Ich würde es natürlich immer wieder tun.« Nicht verweigert hat Daniel Lücking, der ebenfalls das Wort ergreift. Als Berufsoffizier machte er einst im Einsatz in Afghanistan bittere Erfahrungen und klärt heute als nd-Journalist über die Zustände bei der Bundeswehr auf.

FLORIAN BOULLOT



Wilhelm Klotzek: »Das architektonische Trio«, 2012–2016

# Auferstanden aus Ruinen?

Das Potsdamer Museum Das Minsk zeigt Werke aus der Sammlung Hasso Plattner und übt sich dabei in postmodernen Kunstdiskursen

GUNNAR DECKER

Jeder kannte einmal das Das Minsk in Potsdam, auf dem Brauhausberg unweit des Bahnhofs gelegen. 1977 wurde es im Stil der DDR-Moderne als belarussisches Folklorerestaurant eröffnet. Anfang der 90er Jahre schloss es – der Betonklotz sah seinem Abriss entgegen. Bis es 2019 die Hasso-Plattner-Foundation kaufte und so etwas wie das Guggenheim-Museum am Canal Grande in Venedig für Potsdam daraus machen wollte – im Herbst letzten Jahres eröffnete Das Minsk als »Kunsthause«. Eher überschaubar in der Fläche und radikal subjektiv in der Sammlung. Doch zuvor musste das sich bereits im Zustand einer Ruine befindliche Haus restauriert werden. Vielleicht hat man dabei an einen Satz des Filmemachers Jean-Luc Godard gedacht: Wollte man von der Geschichte erzählen, müsse man mit den Ruinen beginnen.

Diesem Prinzip ist der Kunstmäzen Hasso Plattner nun in Potsdam bereits zum zweiten Mal gefolgt. Das von seiner Foundation betriebene Museum Barberini wurde im Zentrum der Stadt hinter historisierender Fassade etabliert. Dort haben über einhundert Werke des französischen Impressionismus ihren Platz gefunden.

Interessant scheint nun aber, dass Plattner – vor den französischen Impressionisten – bereits in den 80er Jahren begann, DDR-Kunst zu sammeln. Über 80 dieser Gemälde bilden nun den Kernbestand von Das Minsk. Was fängt man damit an? Nur Hinhängen war offenbar zu wenig. So übt man sich in postmodernen Kunstdiskursen, die einerseits unterhaltsam sind, andererseits in ihrem erst auf die Spitze getriebenen und dann ironisch gebrochenen Oberseminar mitunter auch etwas Penetrantes haben.

Die Ausstellung steht unter dem Titel »Werk statt Sammlung« und probt den doppelten Blick. So rückt die eine Hälfte des Hauses (das Obergeschoss) ausgesuchte Kunstwerke in den Blickpunkt, die andere soll zum Mitmachen einladen. Dies ist die »Werkstatt« des Hauses für Workshops und Gespräche – was allerdings den Nachteil hat, die ohnehin geringe Ausstellungsfläche noch weiter zu reduzieren. Zumal auch der Charakter des einstigen Restaurants samt Dachterrasse und großzügiger Bar erkennbar bleiben sollte (mit auffallend schönen Kacheln aus den Hedwig-Bollhagen-Werkstätten). So ergibt sich viel gediegenes Ambiente drum herum – aber nicht viel Platz für die Kunst.

Doch die Überschaubarkeit inmitten all der wachsenden Beliebtheit soll den Blick auch konzentrieren, dazu hat man eine Dreiteilung vorgenommen und die Werke unter die Titel »Das Gerahmte«, »Das Gemeine« und »Das Gemachte« gestellt. Lauter Assoziationsräume von »den Rahmen sprengen« bis zu der Frage,

was Identität eigentlich ausmache, werden hier geöffnet. »Geht es um einen Geburtsort, eine bestimmte Generation, um Sozialisierung oder geteilte Erfahrung? Dürfen sich alle gleichermaßen damit beschäftigen?« Schon komisch, einerseits der leicht hybride Anspruch, jeden Rahmen zu sprengen, andererseits die ängstliche Frage: Bin ich überhaupt zum Diskurs zugelassen? Das sagt einiges über derzeitige Verunsicherungen einer jüngeren Generation.

Die Maler aus der DDR konnten sich derartige Empfindsamkeiten nicht leisten: Sie stritten mit einer Utopie vom neuen Menschen, an die sie immer weniger glaubten. Vorgefundene Geschichtsbilder zerfielen, Realität, das war in den 80er Jahren der DDR immer stärker jene nach eigenen Maßstäben gestaltete Kleinwelt, in der man die großen feindlichen Ideologien samt Atomkriegsangst zu überwinden hoffte. Jeder auf seine Weise, in einer selbst gewählten Form.

Dass die hier versammelten Kunstwerke Teil eines von Gewalt und Krieg geprägten 20. Jahrhunderts waren, das will die Ausstellung unbedingt ins Bewusstsein rücken. Es soll eben keine Ansammlung schöner Bilder sein, sondern den geradezu magischen Versuch dokumentieren, mit den Mitteln der Kunst die wachsenden Gefahren der Selbsterstörung zu bannen.

Am Eingang stolpern wir fast über einen großen Bronzefuß. Es ist ein separater Guss eines Teils von Wolfgang Mattheuers »Jahrhundertschritt«, der in der Fußgängerzone von Leipzigs Innenstadt steht. Der Riss, der durch die Zeit geht: welch aggressiv geführter Kampf der Ideologien, der Träume vernichtet und Menschen zu bloßen Automaten macht. So Mattheuers Sicht auf das 20. Jahrhundert, die in ihrer inneren Dramatik jede postmoderne Spielanordnung überfordert.

Für die ist hier Wilhelm Klotzek zuständig (1980 im Osten Berlins geboren). Er kontrastiert die Bilder der Ausstellung mit von ihm geschaffenen fiktiven Buchcovern, zu denen die Bücher geschrieben wurden. Sie hängen als gleichsam leere Versprechen zwischen den Bildern. Da tritt die Installation zur Werkchau hinzu, nicht ohne eigenen Geist und bösen Witz, der aus den Untiefen der Comedy schöpft. So in der Videoinstallation »Das architektonische Trio«, in dem er gleich auf drei Bildschirmen in der Diskussion mit sich selbst zu sehen ist – in verschiedenen Rollen. Soll man den Palast der Republik auf der Fläche des erst noch abzureißenden Schlosses Charlottenburg wieder aufbauen – und wenn ja, in welchem Stil?

Das ist dann ein DDR-postumer Monolog über jene Trümmer des Gestern, die den Weg in die Zukunft verstellen – zum Glück, muss man sagen, sonst gäbe es gar keinen Weltwiderstand mehr inmitten der allgegenwärtigen Selbstperformance, Gegenwartskunst

genannt. Nein, reibungslos soll das Zusammenspiel von Gestern und Heute, West und Ost, Alt und Jung hier gerade nicht sein, das gibt dieser Ausstellung trotz aller Kommentartüberfrachtung einen starken Impuls. Denn die Dinge sind nicht so, wie sie scheinen. Um sie wirklich zu erkennen, bedarf es einer Urteilskraft, die sich erst in der Auseinandersetzung mit überlieferten Entwürfen einer Zukunft entwickelt, die so nie zustande kam.

Man muss es dem Sammler Hasso Plattner lassen: Die von ihm zusammengetragenen Bilder sind von faszinierender Ausdruckskraft. Auch wenn die Leipziger Schule dominiert, dann doch mit überraschenden Sujets wie Wolfgang Mattheuers Blick aus dem Fenster in einem für ihn eher untypischen Bild ohne vordergründige Symbolik. Natürlich ist Willi Sitte dabei, sein »Liebespaar« von 1967 ist eine Feier von Farbe und Fleisch, aber immer bewusst mit Auslassungen arbeitend, nie etwas auspinselnd. Werner Tübkes »Der Narr und das Mädchen« wirkt, als sei es aus einem fernen Jahrhundert hierher geweht worden.

Der Berliner Maler Harald Metzkes irritiert mit »Der getreue Hirte« von 1969. Bis heute fängt der inzwischen über 90-Jährige mit mysteriös wirkenden Farbmischungen den Blick des Betrachters ein. Bei Bernhard Heisig ballt sich in seinem späten Bild von 2008 alle expressive Farbwut zu einem Werk mit dem Titel »Mephistopheles« zusammen. Es zerreißt mit seinem Pinselstrich gleichsam den Satz des diabolischen Verführers: »Ihr Mann ist tot und lässt sie grüßen!« In seinem ekstatischen Gestus erinnert es an Edvard Munchs »Der Schrei«. Nein, die Ausdrucksnot des einzelnen Künstlers, das zeigt diese kompakte Ausstellung, ist nach 1990 keineswegs kleiner geworden – nur haben sich die Tabus, die Zwangsmechanismen, das Nicht-Zeigbare auch, offensichtlich verlagert.

Eine Wiederentdeckung ist, jedenfalls für mich, Stefan Plenkers. Der heute End-70er ist mit mehreren farbstarke Bildern aus den 80er Jahren vertreten wie »Kinoeingang« oder »Kneipendurchblick«. Da taucht eine untergegangene Welt aus dem Dunst von Zigaretten und Bier wieder auf, samt ihren lang vergessenen Träumen, die es anhand solcher Bilder wieder zu erinnern gilt.

Ein Anstoß könnte diese Ausstellung in Das Minsk sein, weitere Künstler mit DDR-Hintergrund in den Fokus zu rücken. Der Bildfundus ist riesig – vor allem, er wächst weiter. Das ist eine gute Nachricht, denn viele der Künstler von gestern schaffen auch heute noch Werke, in denen es um jene Zukunft geht, die – wie Walter Benjamin sagt – mit der Vergangenheit voreilig begraben wurde.

»Werk statt Sammlung«, bis zum 20. August, Das Minsk Kunsthause in Potsdam

## MOSEKUNDS MONTAG

Von Wolfgang Hübner

Ein Freund hatte Herrn Mosekund überredet, eine Demonstration zu besuchen. Glücklicherweise hatten sie einen Schirm dabei, denn während der Redner redete und redete wie ein Wasserfall, ohne ein Ende zu finden, begann ein Wolkenbruch. Der Platz leerte sich, und schließlich ließen nur noch Herr Mosekund und der Freund – trotz des Schirms völlig durchnässt – die Worte und die Tropfen auf sich niedergehen. Auf dem Heimweg bedankte sich der Freund dafür, dass Herr Mosekund ausgeharrt hatte. »Aber ich bitte Sie«, antwortete Herr Mosekund, »ich konnte Sie doch nicht allein im Reden stehen lassen.«

## NACHRICHTEN

### Langer Erfolg für Lindemann

Die jüngste Diskussion um Rammstein-Sänger Till Lindemann und mutmaßliche sexuelle Übergriffe brems nicht die Verkaufszahlen der international erfolgreichen Berliner Band. In den jüngsten Album-Charts Top 100 sind die Musiker mit sechs ihrer insgesamt acht Studioalben vertreten, alle konnten deutlich hinzugewinnen. Das jüngste Album »Zeit« stieg von Platz 29 in der Vorwoche auf die zehnte in den am Freitag veröffentlichten »Offiziellen Deutschen Charts«, die das Unternehmen GfK Entertainment in Baden-Baden ermittelt. Das Vorgängeralbum »Rammstein« stieg von Platz 52 auf 20 und die 2001 erschienene Veröffentlichung »Mutter« schaffte es von Platz 61 auf 25. Wieder zurück in den Charts sind auch drei weitere Alben der Band: »Reise, Reise« von 2004 steht nun auf Platz 55, das 2009 herausgekommene »Liebe ist für alle da« landete auf Rang 57 und Rammsteins erstes Album »Herzeleid« von 1995 sicherte sich Platz 90. dpa/nd

### Schnelle Lösung für Staatsoper

Berlins Kultursenator Joe Chialo (CDU) will noch in diesem Jahr eine Nachfolge für Daniel Barenboim als Generalmusikdirektor der Staatsoper Unter den Linden finden. Der 80-Jährige hatte den Posten zu Jahresbeginn krankheitsbedingt aufgegeben. »Wir sind mit Hochdruck dran«, sagte Chialo. »Es geht darum, das Haus in seiner Exzellenz und Tradition zu bewahren und trotzdem Türen für eine moderne Zukunft aufzumachen.« Für den Politiker ist klar: »Wenn ich eine gleichwertige Exzellenz bei zwei Kandidaten habe, würde ich immer eine Frau bevorzugen. Und wenn wir eine Frau mit Migrationshintergrund finden würden, dann wäre es natürlich noch toller.« Es müsse geschaut werden, was der Markt herbeige. »Die guten Leute warten nicht zu Hause, dass der Senator aus Berlin anruft.« dpa/nd

### Ein weiter Weg für Indigene

Der Winnetou-Darsteller Jean-Marc Birkholz (49) hat den Schriftsteller Karl May gegen Vorwürfe des Kolonialismus und der kulturellen Aneignung in Schutz genommen. »Karl May hat in Deutschland überhaupt erst einmal das Interesse für die indigenen Völker Amerikas geweckt«, sagte der Schauspieler (»Ritter Rost«) der dpa. Von den Romanen ausgehend, hätten sich dann viele Menschen ernsthaft mit diesen Völkern auseinandergesetzt. »Karl May war da ein extremer Türöffner, und das zu erkennen, halte ich für oberflächlich.« Im vergangenen Jahr war rund um den Kinofilm »Der junge Häuptling Winnetou« eine Diskussion um den Vorwurf der kulturellen Aneignung und des Rassismus entbrannt. Zwei Begleitbücher zu dem Kinderfilm wurden nach Kritik zurückgezogen, was ebenfalls auf Protest stieß. Birkholz verkörpert Winnetou seit 2012 bei den Karl-May-Festspielen Elspe im Sauerland. dpa/nd

# Fern von Staat und Zuschauern

Die ehemalige Vize-Regierungssprecherin Ulrike Demmer wurde zur neuen RBB-Intendantin gewählt

ANDREAS FRITSCHKE

Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) ist bekannt für sein ausgesprochen mächtiges Fernsehprogramm. Am Freitagabend bot er jedoch großes Kino, allerdings bedauerlicherweise nicht in der Glotze, sondern hinter verschlossenen Türen in seinem Rundfunkrat. Dieser wählte unbeeinträchtigt eine neue Intendantin, obwohl das Auswahlverfahren zu einer Farce verkommen war. Nachdem andere bereits im Vorfeld das Handtuch geworfen hatten, zog nach dem zweiten Wahlgang mit der früheren Vodafone-Managerin Heide Baumann auch noch die letzte Mitbewerberin ihre Kandidatur zurück. Nun gänzlich ohne Konkurrenten erhielt Ulrike Demmer im Rundfunkrat 16 Stimmen und damit die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. Von 30 Mitgliedern des Rundfunkrats waren 25 erschienen, von denen einer die Sitzung auch noch vorzeitig verließ.

Ulrike Demmer ist für fünf Jahre zur Intendantin bestimmt. Wann genau sie ihr Amt als neue Senderchefin antritt, »steht noch nicht fest«, informierte der RBB exklusiv, was ihm in diesem Fall nicht schwer gefallen sein dürfte. »In den kommenden Tagen soll ein Arbeitsvertrag ausgehandelt werden«, hieß es. »Zuständig dafür ist der RBB-Verwaltungsrat, der den Sender in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen berät und kontrolliert.«

Hierbei dürfte auch die leidige Gehaltsfrage eine Rolle spielen. Die nach Anschuldigungen der Vetternwirtschaft am 22. August vergangenen Jahres rausgeworfene Intendantin Patricia Schlesinger hatte zuletzt nach einem Aufschlag von 16 Prozent stolze 303 000 Euro im Jahr kassiert. RBB-Verwaltungsratschef Benjamin Ehlers spricht jetzt von einem Korridor für die Höhe des künftigen Intendantenlohns, der sich zwischen 180 000 und 230 000 Euro bewegt. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hatte wenige Tage vor der Intendantenwahl in einem Brief an Ehlers eine Deckelung der Bezüge bei 180 000 Euro angeregt. Woidke musste sich deswegen eine ungehörige Einmischung in die Angelegenheiten des Senders vorwerfen lassen. Nun hielt sich die SPD auffällig zurück und verschickte im Gegensatz zu anderen Parteien nicht einmal eine Pressemitteilung mit einer Reaktion zur Wahl von Ulrike Demmer.

Nicht via Pressemitteilung, sondern mündlich äußerte sich am Samstag Alexander King, der zur Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus gehört. »Das ganze Auswahlverfahren war chaotisch und stand unter keinem guten Stern«, bedauerte King. »Viele Akteure haben daran mitgewirkt, dass es so ungut gelaufen ist. Ich hätte es gut gefunden, das Verfahren an einem bestimmten Punkt abzubrechen und neu aufzusetzen.« Spätestens, als nur noch zwei Bewerberinnen übrig waren, hätte man das tun sollen, meinte der Abgeordnete. Die Einmischung von Ministerpräsident Woidke bezeichnete King als unpassend, auch wenn er das Anliegen, die hohen Intendantenbezüge zu begrenzen, durchaus teile. Die Wahl von Demmer möchte King keineswegs »delegitimieren«, wie er versicherte. Er wünsche ihr viel Glück bei der schwierigen Aufgabe, den von Patricia Schlesinger hinterlassenen Scherbenhaufen wegzuräumen. Dazu gehört bei dem hoch defizitären Sender ein 49-Millionen-Euro-Sparprogramm.

Auch Petra Budke, Fraktionschefin der Grünen im Brandenburgischen Landtag, wünscht Demmer »viel Erfolg, Ausdauer und eine



Großes Kino, allerdings hinter den Kulissen: Im vierten Wahlgang wurde Ulrike Demmer als neue Intendantin des RBB bestimmt.

**»Der RBB ist staatsfern und unabhängig und soll auch staatsfern und unabhängig berichten.«**

Ulrike Demmer Intendantin

kraftvolle Herangehensweise«. Denn es gelte, die Strukturen und Prozesse aufzulösen, die zu Verschwendung geführt haben, erklärte Budke. Wichtig ist nach Ansicht der Politikerin auch, die freien Mitarbeiter des Senders »angemessen einzubinden«. Die Vertretung der Freien hatte noch unmittelbar vor der Wahl von Demmer ein neues Bewerbungsverfahren gefordert.

Ihre Kandidatur zurückgezogen hatten Juliane Leopold, die einen Chefredakteursposten bei der ARD einnimmt, und Jan Weyrauch, Programmleiter von Radio Bremen. Weyrauch befürchtete, dass es bei Vertragsverhandlungen mit ihm keine Einigung gegeben hätte, auch wenn er bereit gewesen wäre, Abstriche in Kauf zu nehmen. Der Nachrichtenagentur dpa sagte Weyrauch dazu, es seien Vorstellungen zur Gehaltsspanne des Intendanten ins Spiel gebracht worden, »bei denen ich auch aus strategischen Überlegungen für die Folgewirkung auf das gesamte Gehaltsgefüge im RBB bei allem Verständnis für den sorgsam und sparsamen Umgang mit Beitragsgeldern nicht mitgehen kann«.

Nach Einschätzung der Freien Wähler befindet sich der RBB in einer »Glaubwürdigkeitskrise unvorstellbaren Ausmaßes«. Im RBB-Untersuchungsausschuss des Landtags

seien am Freitag unhaltbare Zustände bekannt geworden. So habe eine Referatsleiterin der Potsdamer Staatskanzlei einräumen müssen, dass der Sender Weihnachtsfeiern veranstaltete, zu denen die Rechtsaufsicht eingeladen worden waren und für die Geschenke bereitgelegt worden sind. Es liege auf der Hand, dass so eine kritische Kontrolle nicht funktionieren könne. Fraktionschef Péter Vida schlug vor, dass die neue Intendantin ihr erstes Monatsgehalt an eine Antikorruptionsorganisation spendet. »Das wäre mal ein zeitgemäßer Schritt«, sagte er.

Matti Karstedt von der brandenburgischen FDP wünscht Demmer indessen ebenfalls »gutes Gelingen bei allen nun anstehenden Aufgaben«. Er erwartet von ihr, »dass sie nun die gesamte Struktur des RBB in der bestehenden Form hinterfragt und einen Kurs umfassender Reformen einschlägt«. Von diesen Überlegungen dürfe ihre eigene Funktion nicht ausgenommen sein. »Opulente Strukturen, zweifelhaftes Programmmanagement und ein ausufernder Finanzbedarf führten in der Vergangenheit dazu, dass immer mehr Menschen das Vertrauen in den RBB verloren haben«, sagte Karstedt. »Als Intendantin trägt Demmer nun eine besondere Verantwortung dafür, dieses wieder zurückzugewinnen.«

Die Ablösung der früheren Intendantin Patricia Schlesinger ins Rollen gebracht hatte das Magazin »Business Insider«. Vorgeworfen wurde ihr beispielsweise ein teurer Dienstwagen mit Massagesitzen, der gewöhnlich 145 000 Euro kostet. Dazu neun Einladungen an drei bis elf Gäste zum Essen in ihre Privatwohnung, abgerechnet als Spesen beim Sender. Außerdem stehen fragwürdige Beraterverträge und ein laxer Umgang mit den Regeln zur Kollision privater und beruflicher Interessen in der Kritik. In der Mitteilung des RBB zur Wahl der neuen Intendantin Ulrike Demmer liest sich das jetzt so: »Schlesinger steht im Verdacht, als Intendantin öffentliche Gelder veruntreut zu haben, zudem wird ihr eine unseriöse Finanzplanung vorgeworfen. Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt in der Sache gegen Schlesinger und weitere Beschuldigte.« Schlesinger selbst bestreitet die Vorwürfe. Einstweilen gilt die Unschuldsumutung.

Bis Ulrike Demmer spätestens am 15. September loslegt, führt die Interims-Intendantin Katrin Vernau die Geschäfte weiter. Vernau hatte zwar ihre Bereitschaft bekundet, noch viel länger weiterzumachen, sich aber nicht förmlich darum beworben – und war damit aus dem Rennen um den Intendantenposten.

Dass mit der neuen Intendantin eine Frau übernimmt, die von 2016 bis 2021 von der SPD eingesetzte stellvertretende Sprecherin der schwarz-roten Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gewesen ist, trägt nach Ansicht des Linke-Abgeordneten Alexander King nicht dazu bei, den Anspruch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf Staatsferne zu stärken. Das müsse Ulrike Demmer jetzt beweisen, dass sie die Staatsferne hinbekomme, sagte er.

Die neue Intendantin selbst erinnerte: »Ich war vorher 20 Jahre Journalistin, ich habe kein Parteibuch, ich habe nie eins gehabt.« Das Zwischenspiel als Vize-Regierungssprecherin bezeichnete die 50-Jährige als »sehr bereichernden Ausflug auf die andere Seite«, bei dem sie viel gelernt habe und den sie deshalb auch nicht bereue. Sie stehe aber ganz sicher für kritischen und unabhängigen Journalismus. »Der RBB ist staatsfern und unabhängig und soll auch staatsfern und unabhängig berichten«, versicherte Demmer laut dpa. »Das wird mit mir als Intendantin auch so bleiben.«

Mit Radioeins, Inforadio und Radio Fritz strahlt der RBB gute Radioprogramme aus. Um sein Fernsehprogramm ist es dagegen schlecht bestellt. Kein anderes drittes Programm der öffentlich-rechtlichen Sender hat schlechtere Einschaltquoten in seinem Sendegebiet. Vergangenes Jahr erreichte der RBB im Durchschnitt nur einen Marktanteil von 5,6 Prozent und im laufenden Jahr steht er mit 5,9 Prozent kaum besser da. Zum Vergleich: Der bei seinen Zuschauern beliebte Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) kommt aktuell auf 10,0 Prozent. Der RBB jedoch schafft selbst durch die Ausstrahlung der vom MDR übernommenen Arztserie »In aller Freundschaft« keine besseren Quoten. Die Folge am Freitag um 16.14 Uhr erreichte einen Marktanteil von 3,0 Prozent. Damit hatten lediglich 22 000 Berliner und Brandenburger zugeschaut – in einer Region mit immerhin 6,6 Millionen Einwohnern. Einzige Ausnahme sind die Nachrichtensendungen »Abendschau« und »Brandenburg aktuell«, die es regelmäßig auf rund 30 Prozent Marktanteil oder mehr bringen.

Der RBB entstand im Mai 2003 durch die Fusion der Sender Freies Berlin (SFB) und Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (ORB). **Kommentar Seite 8**

## Warten auf die Apokalypse

Die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz richtet den Scheinwerfer auf Aktivisten der Letzten Generation

ERIK ZIELKE

Eine übergroße Projektion des Ölgemäldes »Niagara« des US-amerikanischen Malers Frederic Edwin Church ist fast über die gesamte Bühnenbreite der nicht eben kleinen Berliner Volksbühne zu sehen. Ein Bild aus dem Jahr 1857, fast so vergessen wie sein Schöpfer. Es ist ein Musterbeispiel für ein naturromantisches Kunstwerk, in dem »Mutter Erde« so harmonisch und wunderschön erscheint, wie sie nie war und nie sein wird – außer in der menschlichen Imagination. Dass man ausgerechnet hier in der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, wo man sich ein Viertel Jahrhundert lang vor allem einer Dekonstruktion allzu einfacher Weltbilder künstlerisch verpflichtet gefühlt hat, vollkommen ironiefrei mit diesem vorgestrigen Bildnis im Hintergrund eine Abendveranstaltung bestreitet, ist zumindest irritierend. Hat das Neobürgerum das einstige Arbeitertheater gekapert?

Neugierig gemacht hat zunächst vor allem, dass man gar nicht wusste, was man von diesem nachträglich in den Spielplan integrier-

ten Event am vergangenen Freitag zu erwarten hatte. Die Letzte Generation hat das schöne Kunstwort »Hausbesuchung« als Titel erfunden und ihm die Frage »Ohnmacht oder Hoffnung?« beigegeben. Klar war: Das würde keine feindliche Begegnung, kein Klebespaß auf Bühnenboden. Die Volksbühne hatte eher im Gestus der Solidarisierung die Türen für die Aktivisten geöffnet.

Zunächst sind Mitstreiter der Letzten Generation und künstlerische Mitarbeiter der Volksbühne brav nacheinander auf die Kanzler – pardon, ans Rednerpult! – getreten und haben Texte von sogenannten Klimabetroffenen, aus Einlassungen vor Gericht und aus einer Rede von UN-Generalsekretär António Guterres vorgelesen. Als performative Trauerarbeit ließe sich das umschreiben. Garniert wurden die Leseparts durch die Einspielung von »Tagesschau«-Ausschnitten aus verschiedenen Jahrzehnten, in denen der menschengemachte Klimawandel Thema war.

In einem sehr deutlichen und lichtblickartigen Grußwort machte die Dramaturgin Sabine Zielke einerseits klar, dass sich das Thea-

ter mit dieser Form des Aktivismus verbunden fühlt, und öffnete andererseits den bei dieser Veranstaltung recht engen Blick auf Themen wie Ökonomie und Eigentumsfragen. In einem weiteren Teil folgte ein Auftritt des Künstlerkollektivs Ministerium für Mitgefühl, das in einer Mischung aus Lecture-Performance und sozialpädagogischer Sofortmaßnahme Gespräche innerhalb des Publikums anleitete, in denen etwa debattiert werden sollte, ob Bilder von verdurstenden Kindern oder zerfurchten Äckern das Mitgefühl aktivieren würden. Diesem Déjà-vu, das an besonders traumatisierende Schultage gemahnt, konnte man nur durch Flucht aus dem Saal entgehen.

In einem »Call to action« genannten Veranstaltungsteil traten abermals Aktivisten hervor, die, teils unter Tränen, von ihrer Zeit bei der Letzten Generation berichteten und zum gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel anhielten. Hätte eine Rednerin nicht klargestellt, dass die Aktivisten gerade erst beim Evangelischen Kirchentag in Nürnberg geladen waren, man hätte es an dem Vokabular erahnen können. Die Apokalypse war den ganzen Abend

über spürbar. Von »Glauben« wurde viel gesprochen, von »Hoffen« sowieso. Durch den Klimaprotest aber entwickelte sich eine »ungeheure Kraft«.

Einigermaßen ratlos entlässt einen eine solche Veranstaltung in die Nacht. Nach dem etwas biederen Bühnenprogramm hat man im Foyer die Möglichkeit mit Aktivisten ins Gespräch zu kommen, wovon rege Gebrauch gemacht wird. Überhaupt vermag es die Letzte Generation, offenbar recht mühelos den Zuschauersaal zu füllen. Aber, und das scheint eine weitere Verwandtschaft mit dem Kirchentag zu sein, man erreicht wohl auch vor allem diejenigen, die sich der Bewegung ohnehin schon nahe fühlen.

An diesem Abend werden auch keine Argumente vorgetragen. Stattdessen beschwört man die Katastrophe und zeigt sich wissend, wie man ihr zu begegnen hat. Politik mit der Angst zu machen, ist aber immer, auch mit dem besten Anliegen, eine zwiespältige Angelegenheit. Und auch wer etwa mit dem Festkleben auf den Straßen der Autobahnrepublik Deutschland sympathisiert – der Autor dieser

Zeilen etwa kann an der temporären Lahmlegung des automobilen Verkehrs nichts Schlimmes finden –, darf sich doch wundern über das Heilsversprechen, das einem mit auf den Weg geben wird.

In einem der verlesenen Texte, der von einer Physikerin stammt, die sich um die Zukunft der Menschheit sorgt, ist die Rede davon, dass in diesem Augenblick nur eine einzige Strategie noch helfen könne: Aufmerksamkeit generieren für den Klimawandel. Dergleichen steht im Raum, als wäre es Gottes Wort. Dabei ist die Annahme nicht falsch, auch die eingespielten »Tagesschau«-Sequenzen beweisen es, dass die Fakten bereits lange auf dem Tisch liegen und fast allen bekannt sind. Der Skandal hingegen ist, dass trotzdem regierungspolitisch kaum etwas passiert. Am Ende ist klar, dass sich einige Aktivisten der Erleuchtung schon recht nahe wissen. Das ist sicher gefährlich. Allerdings, auch das verdeutlicht diese Veranstaltung sehr eindrücklich, ist die maßlos überzogene Kriminalisierung des Aktivismus bishin zum Geschwafel von Terrorismus nicht mal mehr als schlechter Witz erträglich.



Wechselvolle Geschichte zwischen Stigmatisierung und Emanzipation: Vor dem Berliner Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen wird gegen Intoleranz demonstriert.

# Nicht nachlässig werden

## Mit »Queer« hat der Historiker Bruno Gammerl eine andere deutsche Geschichte geschrieben

INGA DREYER

**K**eck den Blick Richtung Kamera gewandt, einen Stift ans Kinn gestützt: So präsentieren sich fünf Aktivistinnen aus dem bürgerlich-radikalen Flügel der Frauenbewegung auf einem Foto. Unter ihnen Minna Cauer, die 1895 die Zeitschrift »Die Frauenbewegung« gründete. Zwei der Aktivistinnen – Anita Augspurg und Sophia Goudstikker – waren ein Paar, was Grund genug für einen Skandal gewesen wäre. Allerdings, so schreibt Benno Gammerl, sei es damals vielen Menschen schwergefallen zu glauben, dass Frauen andere Frauen lieben und mit ihnen Lust empfinden könnten.

Mit der Kaiserzeit beginnt der Historiker seinen Überblick über queere Geschichte in Deutschland. Mit »Queer« legt er einen Ab-

riss zentraler rechtlicher, politischer und kultureller Entwicklungen aus queerer Perspektive vor, ein Blickwinkel, der – wie auch die Erfahrungen anderer marginalisierter Gruppen – in der Geschichtsschreibung häufig vernachlässigt wurde.

So wie auch heutzutage keine völlige Gleichberechtigung queerer Lebensweisen erreicht ist, so war auch zu anderen Zeiten die Situation nicht so eindimensional, wie es heute teilweise erscheint.

In seinem 2021 erschienenen Buch »Anders fühlen. Schwules und lesbisches Leben in der Bundesrepublik. Eine Emotionsgeschichte« hatte Gammerl Einblicke in Lebens- und Gefühlswelten gleichge-

schlechtlich liebender Menschen aus unterschiedlichen Milieus, Religionen und Generationen gegeben. Mit »Queer« geht er weiter zurück in die Geschichte, konzentriert sich auf den historischen Kontext statt auf individuelles Erleben, stellt aber auch bedeutende Akteur\*innen queerer Kämpfe vor.

Wichtig ist ihm, keine von Ambivalenzen und Brüchen unberührte Emanzipationsgeschichte zu erzählen. »Ein geradliniges Erfolgsnarrativ wäre wenig überzeugend«, schreibt er. Denn so wie auch heutzutage keine völlige Gleichberechtigung queerer Lebensweisen erreicht sei, so sei auch zu anderen Zeiten die Situation nicht so eindimensional gewesen, wie es heute teilweise erscheine. »Vielmehr prägt die widersprüchliche Gleichzeitigkeit von Stigmatisierung, Emanzipation und Normalisierung queere Politik und queeren Alltag bis heute.«

Fest steht: Queeres Leben gab es immer. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass sich auch im Kaiserreich Menschen gegen Unterdrückung und Stigmatisierung von Homosexuellen einsetzten. Um 1900 entwickelte sich um Magnus Hirschfeld, Adolf Brand und andere die erste sexuelle Emanzipationsbewegung.

Gammerl zeigt, dass die Verklärung der »goldenen« 20er Jahre der historischen Komplexität nicht gerecht wird. Tatsächlich erleben queere Subkulturen eine Blütezeit – und an den Grenzen zwischen den Geschlechtern wurde ordentlich gerüttelt. Es wurden sogar »Transvestitenscheine« ausgestellt, die vor Verhaftung schützen sollten. Allerdings hätten sich viele einen solchen Schein nicht leisten können, schreibt Gammerl. Und so avantgardistisch manche Kreise waren, Strafverfolgung Homosexueller gab es nach wie vor – genauso wie äußerst problematische Therapien zur »Heilung von Homosexualität«.

Der Nationalsozialismus war durch eine grausame Verfolgung Homosexueller geprägt, die mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kein schlagartiges Ende fand. Gammerl erläutert, dass die Erzählung von einem vollständigen Neuanfang nach 1945 auch in Hinblick auf queere Geschichte eine Mär ist. So seien manche männerliebende Männer, die zuvor im KZ gewesen seien, direkt wieder ins Gefängnis gekommen. Der 1871 eingeführte Paragraf 175, der Sex zwischen Männern unter Strafe stellte, galt in der BRD in veränderter Form bis 1994. In der DDR wurde die strafrechtliche Diskriminierung gleichgeschlechtlich begehrender Menschen früher abgeschafft.

Bereits die 70er hatten die Option für neue Lebensentwürfe mit sich gebracht. Doch, wie Gammerl zeigt, gab es auch unter queeren Menschen Konflikte darum, wie man leben und wofür man kämpfen sollte. Homo- und heterosexuelle Beziehungsmuster existierten niemals völlig isoliert, sondern traten in Wechselwirkung zueinander. In den 80er Jahren führte Aids zu einer eklatanten Re-Stigmatisierung, zugleich entwickelten sich emanzipative Gegenstrategien.

Auf knappen 230 Seiten legt Gammerl einen kompakten, aber differenzierten und komplexen historischen Abriss vor. »Queer« ist ein inhaltlich wie sprachlich zugängliches, lebendiges und mitreißendes Buch und ein äußerst gelungenes Beispiel für ein populärwissenschaftliches Sachbuch, das unzählige Anhaltspunkte zum Weiterlesen liefert. Der Autor verzichtet zugunsten eines ausführlichen Anhangs auf Fußnoten, verweist auf weiterführende Literatur und gibt Einblicke in die Forschung.

»Der Ritt durch 150 Jahre queerer Geschichte warnt jedoch auch vor nachlässiger Behaglichkeit«, schreibt Gammerl. Männer, die Sex mit Männern haben, brauchen kein Gefängnis mehr fürchten. Lesben und Schwule können heiraten. Trans Personen müssen sich nicht mehr sterilisieren lassen, wenn sie ihr Geschlecht angleichen lassen wollen. Trotzdem gibt es noch Ungleichbehandlung. Gammerl erinnert etwa daran, dass 2022 beim CSD in Münster ein trans Mann an den Folgen einer Prügelattacke starb. Der Historiker warnt davor, sich auf historischen Errungenschaften auszurufen. »Geschichte soll uns vielmehr als lebendige Erzählung daran erinnern, dass wir nicht wissen können, wie die Zukunft wird, und uns gerade deswegen darum kümmern müssen.«

Benno Gammerl: Queer. Eine deutsche Geschichte vom Kaiserreich bis heute. Carl-Hanser-Verlag, 272 S., geb., 24 €.

### MONTAG

ARD	ZDF	Arte	3Sat	MDR	NDR	Hessen	Sat.1	Pro Sieben	
5.30 ARD-Morgenmagazin 9.00 Tagesschau 9.05 Live nach Neun Magazin 9.55 Verrückt nach Meer 10.45 Meister des Alltags 11.15 Gefragt – Gejagt 12.00 Tagesschau 12.15 ARD-Buffet 13.00 ZDF-Mittagsmagazin 14.00 Tagesschau 14.10 Haustierprofis Doku-Soap 15.00 Tagesschau 15.10 Sturm der Liebe Telenovela 16.00 Tagesschau 16.10 Verrückt nach Meer Bei den Lemuren von Madagaskar 17.00 Tagesschau 17.15 Brisant Magazin 18.00 Gefragt – Gejagt Show. Moderation: Alexander Bommes 18.50 Morden im Norden Krimiserie 19.45 Wissen vor acht – Zukunft 19.50 Wetter vor acht 19.55 Wirtschaft vor acht Magazin 20.00 Tagesschau 20.15 Zimmer frei? – Die Baukunst der Spechte Doku 21.00 Hart aber fair Diskussion 22.15 Tagesthem 22.50 Istanbul am Abgrund – keine Rettung vor dem Megabebe? 23.35 Edelweißpiraten: Teenager gegen Hitler Doku 0.20 Tagesschau	5.30 ARD-Morgenmagazin 9.00 heute Xpress 9.05 Volle Kanne – Service täglich Magazin. U.a.: Entspannt in den Urlaub: Wie gelingt stressfreies Reisen? 10.30 Notruf Hafenkante 11.15 SOKO Wismar 12.00 heute 12.10 Special Olympics World Games Aus Berlin 13.00 ZDF-Mittagsmagazin 14.00 heute – in Deutschland 14.15 Die Küchenschlacht Show 15.00 heute Xpress 15.05 Bares für Rares Magazin 16.00 heute – in Europa 16.10 Die Rosenheim-Cops Die Erben des Herrn König 17.00 heute 17.10 hallo deutschland Magazin 17.45 Leute heute Magazin 18.00 SOKO Hamburg Krimiserie Tödliche Wende 19.00 heute 19.25 WISO Magazin. Moderation: Marcus Niehaves 20.15 Ein Mädchen wird vermisst Kriminalfilm (D 2021) Mit Heino Ferch. Regie: Markus Imboden 21.45 heute journal 22.15 Mo Hayder: Ritualmord Thriller (B 2022) Mit Marie Vinck. Regie: Hans Herbots 0.05 heute journal update	7.10 ARTE Journal Junior Magazin 7.15 Sumatras letzte Orang-Utans 8.10 Stadt Land Kunst U.a.: Die Kanaren: Nestors große Liebe 8.55 Albanien – Die Stimmen der Schärer Reportage 9.50 Kenia, Let's dance Reportage 10.45 Die Rote Fimi – Die verschwundenen Millionen der DDR Doku 11.55 Rettet die Restel – Ideen gegen Lebensmittelverschwendung Reportage 12.30 Mit offenen Augen Magazin „Bliss“, das berühmteste Hintergrundbild 12.45 Stadt Land Kunst Magazin James Grays New York / Griechenland / Berlin. U.a.: Rubens und das barocke Antwerpen 14.15 Gelobt sei Gott (Wh.) Drama (F/B 2018) Mit Melvil Poupaud 16.55 Die Puppenspieler von Catania 17.50 Wilde Kanaren Doku 18.30 Nashörner – Mit Herz und Horn Doku 19.20 Arte Journal 19.40 Freiwillige Sanitäter an der Front – Leben retten im Krieg Prantik am roten Fluss (Wh.) Western (USA 1948) Mit John Wayne, Montgomery Clift 22.25 Matador (Wh.) Erotikthriller (E 1986) Mit Assumpta Serna 0.10 The Camera of Doctor Morris Dokumentarfilm (ISR 2022)	8.05 Alpenpanorama Reihe 9.00 ZIB 9.05 Kulturzeit Magazin 9.45 nano Magazin 10.20 Abenteuer Neuseeland 11.45 Zu Tisch ... Reportage 12.15 Servicezeit Magazin 12.45 ... da will ich hint Spezial: Segeltörn zwischen Sardinien und Korsika 13.15 Tierische Superbauten 15.30 Koala, Wombat & Co. – Leben nach dem Buschfeuer Doku 16.15 Waffen der Tiere Dokureihe 18.30 nano Magazin 19.00 heute 19.20 Kulturzeit Magazin 20.00 Tagesschau 20.15 Der Karawanenbär – Auf den Spuren eines Grenzgängers Doku. Wie vor 200 Jahren kann man in der Einsamkeit des Dreiländerrechts Italien-Slowenien-Österreich auch heute wieder dem Braunbären begegnen. 21.00 Bergseen in Kärnten – Juwelen der Alpen Doku 21.50 Naturpark Steirische Eisenwurz Doku 22.00 ZIB 2 22.25 Mahatma – Kleine Geschichten von großen Bahnhöfen Dokumentarfilm (CH 2023) 23.45 Jung, begabt und seelisch krank – Wenn Jugendliche Hilfe brauchen Doku	11.00 MDR um elf 11.45 In aller Freundschaft. Krokodilstränen 12.30 Der Liebhaber meiner Frau. Komödie (D 2019) 14.00 MDR um zwei 14.25 Elefant, Tiger & Co. 15.15 Wer weiß denn sowas? 16.00 MDR um vier 17.45 aktuell 18.05 Wetter für 3 18.10 Brisant 18.54 Sandmännchen 19.00 Regional 19.30 MDR aktuell 19.50 Mach dich ran! 20.15 Polizeiruf 110. Barbarossa's Rache. Krimireihe (D 2004) Mit Jaeki Schwarz 21.45 MDR aktuell 22.10 Fakt ist ...! Aus Magdeburg. Talkshow. Angepöbel und angegriffen – Gewalt im Klassenzimmer 23.10 Yummy. Horrorkomödie (B 2019) Mit Maaike Neuville	15.00 Hinter Schloss und Segel – Leben am Schweriner See 16.00 Info 16.15 Wer weiß denn sowas? 17.00 NDR Info 17.10 Seehund, Puma & Co. 18.00 Regional 18.15 Karl-Heinz bacht sich den Erfolg 18.45 DASI Magazin 19.30 Regional. Magazin. U.a.: Alles günstiger: die Preistricks der Supermärkte 21.00 Die Tricks ... Reportage. der Reisebranche 21.45 NDR Info 22.00 Wer schützt unsere Kinder? Reportage 22.45 NDR Kultur – Das Journal 23.15 Rabbit Hole – Neue Wege. Drama (USA 2010) Mit Nicole Kidman. Regie: John Cameron Mitchell 0.40 Die Tricks ... Reihe	15.00 Tierärztin Dr. Mertens 14.30 Die Eltern der Braut. Komödie (D 2003) 16.00 hallo hessen 16.45 hessenschau 17.00 hallo hessen 17.45 hessens. 17.55 Sport 18.00 Maintower 18.25 Brisant 18.45 Die Ratgeber. Magazin 19.15 alle wetter 19.30 hessens. 20.00 Tagesschau 20.15 Die Gesundheitsdokureihe. Die Diäten-Challenge – Vollwert, Low Carb und Intervallfasten im Vergleich 21.00 Hochsaison im Möhrenland 21.30 hessenschau 21.45 Tatort: Der Tote vom Straßendorf. Krimireihe (D 2007) Mit Maximilian Brückner 23.15 Never Ever. Talkshow. Negah im Rausch? 23.45 Bombis Nachtwache. Show	13.20 Tierärztin Dr. Mertens 14.30 Die Eltern der Braut. Komödie (D 2003) 16.00 hallo hessen 16.45 hessenschau 17.00 hallo hessen 17.45 hessens. 17.55 Sport 18.00 Maintower 18.25 Brisant 18.45 Die Ratgeber. Magazin 19.15 alle wetter 19.30 hessens. 20.00 Tagesschau 20.15 Die Gesundheitsdokureihe. Die Diäten-Challenge – Vollwert, Low Carb und Intervallfasten im Vergleich 21.00 Hochsaison im Möhrenland 21.30 hessenschau 21.45 Tatort: Der Tote vom Straßendorf. Krimireihe (D 2007) Mit Maximilian Brückner 23.15 Never Ever. Talkshow. Negah im Rausch? 23.45 Bombis Nachtwache. Show	10.00 Die Ruhrpottwache – Vermisshafender im Einsatz 10.55 Special Olympics 2023 – Die besten Momente 11.00 Auf Streife – Die Spezialisten 12.00 Auf Streife 14.00 Klinik am Südring. Doku-Soap. Hochzeit zu dritt / Ein erfüllter Alp-Traum 16.00 Volles Haus! SAT.1 Live 18.00 Lenßen übernimmt. Doku-Soap. Kein Ring – keine Rechte / Mit dem Traumhaus in die Pleite / Mein Kind, dein Kind / Rabenkind 19.55 SAT.1 :newstime 20.15 Die Gegenteilshow. Show. Kandidaten: Arabella Kiesbauer, Pierre M. Krause, Ross Antony, Janine Kunze, Matze Knop, Max Mutzke 22.55 Mein Mann kann. Show 0.50 Die Gegenteilshow	7.15 The Big Bang Theory 8.05 New Girl 9.00 Scrubs – Die Anfänger 11.20 Special Olympics 2023 – Die besten Momente 11.25 Scrubs – Die Anfänger 13.45 Two and a Half Men 14.40 Young Sheldon 15.35 The Big Bang Theory 17.00 taff. Magazin. Projekt Sunshine 18.00 ProSieben :newstime 18.10 Die Simpsons 19.05 Galileo. Magazin. Tamara Röske – Die besondere Olympionikin 20.15 Grey's Anatomy – Die jungen Ärzte. Großer Name 21.15 Seattle Firefighters – Die jungen Helden 22.10 9-1-1: Lone Star. Warten auf ein Wunder / Von Staub zu Staub 0.10 Grey's Anatomy – Die jungen Ärzte. Großer Name

### PHOENIX

5.15 Dokumentation 5.30 Morgenmagazin 9.00 phoenix vor ort 9.30 Anne Will 10.30 phoenix plus 12.00 phoenix vor ort 12.45 phoenix plus 14.00 phoenix vor ort 14.45 phoenix plus 16.00 Die China-Falle: wie erpressbar sind wir? Doku 16.45 Lieblingspartner in Europa – Wie China in Serbien Fuß fasst. Reportage 17.30 phoenix der tag 18.00 Aktuelle Reportage 18.30 Hüter der heiligen Stätten. Dokureihe. Von Kambodscha bis Israel / Von Mali bis New York 20.00 Tagesschau 20.15 Der Kommunistenjäger – Aufstieg und Fall des Joe McCarthy. Doku 21.45 heute-journal 22.15 unter den linden 23.00 phoenix der tag 0.00 unter den linden 0.45 Der Kommunistenjäger – Aufstieg und Fall des Joe McCarthy. Doku 2.15 Trumpfader

### KIKA

9.10 Zeit für Timmy 9.15 Ene Mene Bu 9.25 Ich bin Ich 9.35 Drache Digby 10.10 KIKANINCHEN 10.15 Ella, Oskar und Huu 11.00 logo! 11.10 Geronimo Stilton 12.20 Die Maus 12.50 Mascha und der Bär 13.00 Floyd Fliege 13.20 Droner 13.45 ECHT 14.10 Schloss Einstein 15.00 Jamie Johnson 15.55 Die Wilden Kerle 16.20 4 ½ Freunde 16.45 Miss Moon 17.10 Sherlock Yack – Der Zoodetektiv 17.50 Bobby & Bill 18.10 Die Biene Maja. Das Schattenmonster / Der Honigmampf 18.35 Edmund und Luzie 18.50 Unser Sandmännchen 19.00 Zoom. Die Kochschule / Das Ablenkungsmanöver 19.25 Wissen macht Ah! Magazin 19.50 logo! 20.00 KiKA Live. Magazin 20.10 Ninja Nanny. Warten, hören, sehen / Die stärkste Kraft

### Deutschlandfunk

5.05 Informationen am Morgen 9.05 Kalenderblatt 9.10 Europa heute 9.35 Tag für Tag 10.08 Kontrovers 11.35 Umwelt und Verbraucher 12.10 Informationen am Mittag 13.35 Wirtschaft am Mittag 14.10 Deutschland heute 14.35 Campus und Karriere 15.05 Corso – Kunst & Pop 15.35 @mediasres 16.10 Büchermarkt 16.35 Forschung aktuell 17.05 Wirtschaft und Gesellschaft 17.35 Kultur heute 18.10 Informationen am Abend 18.40 Hintergrund 19.05 Kommentar 19.15 Andruck 20.10 Musikjournal. Das Klassik-Magazin 21.05 Musik-Panorama 22.50 Sport aktuell 23.10 Das war der Tag 0.05 Deutschlandfunk Radionacht 0.05 Fazit. Kultur vom Tage 1.00 Nachrichten 1.05 Kalenderblatt 1.10 Hintergrund

### DLF Kultur

6.00 Nachrichten 6.20 Wort zum Tage 6.30 Nachrichten 7.20 Politisches Feuilleton 7.30 Nachrichten 7.40 Interview 8.00 Nachrichten 8.50 Buchkritik 9.00 Nachrichten 9.05 Im Gespräch 10.05 Lesart 11.05 Tonart. Das Musikmagazin am Vormittag 12.05 Studio 9. Der Tag mit ... 13.05 Länderreport 14.05 Kompressor. Das Popkulturmagazin 15.05 Tonart. Das Musikmagazin am Nachmittag 17.05 Studio 9. Kultur und Politik am Abend 18.30 Weltzeit 19.05 Zeitfragen. Politik und Soziales 20.03 In Concert. Father John Misty 21.30 Einstand. Berlin Prize for Young Artists 2023 22.03 „Haus der aufgehenden Sonne“ (3/3) 23.05 Fazit 0.05 Neue Musik. Unverhoffte Treppen. Der Komponist Leopold Hurt 1.05 Tonart. Jazz

### Sudoku:

In die Felder des untenstehenden Diagramms sind die Zahlen von 1 bis 9 einzutragen, wobei in jeder Zeile, in jeder Spalte sowie in jedem stark umrandeten 3x3-Feld jede Zahl genau einmal vorkommt.

	2		5				3	8
		3		4			7	
		1						5
7			2	6		4	3	1
4								9
				8				5
				1			4	
1	5					3		7

**Auflösung des letzten Sudokus:**  
6 7 1 5 2 3 4 8 9  
4 3 2 8 9 1 7 5 6  
9 5 4 6 8 2 3 7 1  
2 1 8 3 7 9 6 4 5  
8 2 3 1 4 7 5 6 9  
5 6 9 4 2 8 7 1 3  
3 9 4 7 1 6 2 8 5  
1 6 7 1 6 2 8 9 3 4

Sisalpflanze	Königsstab Autorenverband	englisch: Gebiet	kurz für: herum	Rüsche am Kleid	Poppelbaum (Mz.)	Kurzwort für Illustrierte	Kochstelle alltd. Dichtung
Aasvogel kurz für: heran	Eian, Schwung Unbeweglichkeit	Wind- Held- diener	Hunde- rasse Energie- wert	Loub- baum Fürst- gefölge	Gibbon- affe Ozean		
starke Zweige	Hohel- gebiet zukünftig (in ...)	Balkon- pflanze Raum- station	Ruf, Ansehen bedauern			chem. Zeichen für Thullium	Rufname von Pacino
vorher	gehör- chen Natur- farbstoff	Papst- segn (... et ovb)	Hautfleck EDV- Begriff (internet)	Wortteil: vier Fischöle	kleine Schiffs- kabine		
Schiffs- zubehör	Andrang (engl.) Wortteil: mit		Film- licht- empfind- lichkeit	Wäsche- stück			
Gesell- schafts- spiel gegen	dumpler Schlag (ugs.)		eingeschaltet	Zupfins- trument			

**Auflösung von Sonntag**  
O S T E R N L S T A N D A N  
W A L D B O R K E O L E  
H A S P I K A L S T E L L E  
L I M B A B A A L E D I E  
A B S I N N V O L L V E R T  
T K I L T B O E I E W E N N  
S T O L L E N D E K  
C O R D V G E I S T  
H A A E I L E N A U I  
E I N I G E L L L U V

NO. RI. 23-25



Betrifft reiche wie arme Menschen: Queerpolitik

# Queer geht nur sozial

Was Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für eine moderne linke Partei bedeuten

Anmerkungen zur Ausrichtung der Linken – ein Plädoyer zum Pride Month rund um den Christopher Street Day und eine Antwort auf Äußerungen von Sahra Wagenknecht.

DANIEL BACHE, WIEBKE FUCHS, BODO NIENDEL, MAJA TEGLER

Politik in einer modernen sozialistischen Partei zu machen bedeutet für uns, dass der Schwerpunkt unserer Partei, die Verbesserung der sozialen Situation von Menschen ist. Den Kampf gegen Armut, hohe Mieten, prekäre Arbeit, für eine offene Einwanderungsgesellschaft, für Geschlechtergerechtigkeit und für den Stopp des Klimawandels sowie für eine friedliche Welt verbinden wir mit dem Kampf für die Rechte queerer Menschen.

Doch wir sehen uns mit dem Vorwurf konfrontiert, wir würden »Identitätspolitik« betreiben und von den »wahren« Problemen ablenken. Dieser Vorwurf ist nicht neu. Er wurde nach der Wahl Donald Trumps u.a. von dem US-Politikwissenschaftler Mark Lilla gegenüber den Demokraten geäußert, und in anderen Parteien, auch in Deutschland, gibt es ähnliche Positionen. Antidiskriminierungspolitik wird dabei als Lifestyle-Frage diskreditiert. Auch wir haben Kritik an einer Antidiskriminierungspolitik, die Armut nicht zur Kenntnis nehmen möchte oder nur Sprache zum alleinigen Politikfeld erhebt. Doch jeder Mensch hat ein Recht auf ein diskriminierungs- und angstfreies Leben. Armut und Diskriminierungen stehen in einem Zusammenhang.

Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass Die Linke sich wandelt zu einer modernen Gerechtigkeitspartei. Doch eine alleinige Ausrichtung auf eine Klassenfrage, die andere Widersprüche dem unterordnet, so wie wir z.B. den Text von Michael Brie und Heinz Bierbaum (»Die Klassenfrage ist das Modernste«, »nd« vom 5. Juni) verstehen, halten wir für unzureichend. Diskriminierung ist harte materielle Unterdrückung, die Gesundheit, Lebensqualität und Einkommen massiv beeinflussen und im Konkreten von größerer Bedeutung sein kann, wie der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es sei hier an Marx' Satz aus dem »Kapital« erinnert: »Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird.« Queerpolitik betrifft ebenso arme und abgehängte Menschen. Gerade die Grünen übersehen dies. Aktuell fordert die Linke-Bundestagsfraktion eine Studie zur sozialen Lebenslage queerer Menschen, damit Queerpolitik sich gerade den Schwächeren und weniger Privilegierten zuwendet. Bei den linken Regierungsbeteiligungen in Bremen und Berlin haben wir »queersozial« ausbuchstabiert. Es geht z.B. um lokale Zu-

gänge zu einer queersensiblen Gesundheitsversorgung – denn queere Menschen haben andere Bedarfe. Es geht um queere Obdach- und Wohnungslosigkeit – denn gerade queere junge Menschen sind davon überproportional betroffen. Es geht explizit auch um gleiche Rechte und adäquaten Schutz für queere Geflüchtete. Dies ist konkrete queere und soziale Politik und sie ist nicht »liberal«.

Der Neoliberalismus hat die Welt verändert. Finanzmärkte blähten auf und dies führte zu einem hemmungslosen Reichtum bei Wenigen und es entstand ein Heer aus arbeitenden Armen. Der Sozialstaat wurde gerodet und das heilige Mantra aus Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung wirkte sich verheerend auf weite Teile des gesellschaftlichen Lebens aus. Gewerkschaften und ihren Errungenschaften wurde der Kampf angesagt. Zugleich wurden die Fesseln einer konservativen und rigiden Gesellschaft gesprengt. Nicht nur der heterosexuelle weiße deutsche Mann sollte Karriere machen dürfen. Jeder Mensch gilt als ihres\*seines Glückes Schmied. Dass es dabei unfaire und ungleiche Startvoraussetzungen gibt, blieb weitgehend unerwähnt.

Es begann ein Aufstieg des Konzepts der Identität und der individuellen Menschenrechte. Zum Teil arrangierte sich der Neoliberalismus mit dem Kampf der Frauenbewegung, der Inklusion von Menschen mit Behinderung, der Sichtbarkeit von nicht-weißen Menschen und eben auch der queeren Bewegung. Die US-amerikanische Soziologin Nancy Fraser hat dies treffend als »progressiven Neoliberalismus« bezeichnet. Dies war aber eben auch Ergebnis harter Kämpfe. Queere Menschen erlangten mehr Rechte, als sich der Neoliberalismus auch in den Köpfen verfestigte. Es wäre allerdings Unfug zu behaupten, dass alle queeren Menschen Neoliberale sind oder dass es keine Diskriminierungen mehr gebe.

Die Toleranz gegenüber queeren Menschen wuchs gesellschaftlich an, aber sie ist selektiv. Die (queeren) Suchtkranken,

Sexarbeitenden oder Wohnungslosen oder die ohne Schulabschluss werden kaum zur Kenntnis genommen. Die Solidarität der Zeit von Stonewall und der Aids-Krise existiert so nicht mehr, auch ein Ergebnis von durchsetzungsstarken meist schwul-geprägten Interessenvertretungen.

Der Rechtspopulismus und das derzeitige Umfragehoch für die AfD haben die Karten für Politik neu gemischt. Es bedarf kluger Strategien. Der Rechtspopulismus operiert mit einer Freund-Feind-Unterscheidung. In der Analyse fällt häufig unter den Tisch, dass die Überhöhung des traditionellen Familienbilds von herausragender Bedeutung ist. Dies ist der Brückenkopf zum Konservatismus. Der Rechtspopulismus gedeiht auf dem Boden des Neoliberalismus und gerade auch der sozialen Verwerfungen, die sich im Osten Deutschlands krass niederschlugen.

Der Kampf gegen Frauenrechte und queere Menschen gehört zur zweiten Natur des globalen Rechtspopulismus. Die Erfolge der queeren Bewegung sind ihnen ein besonderer Dorn im Auge. Wir sind seine Feinde und wir sind zunehmend von Gewalt bedroht, wie kürzlich auch das ARD-Magazin »Monitor« berichtete. Die Rechten in den USA verbreiten transfeindliche Hetzkampagnen und Putin verknüpft seine Kriegsrhetorik mit dem Kampf gegen queere Menschen, sie seien »moralisch degeneriert« und stünden für einen »dekadenten Westen«. Legitime Fragen von Menschen, die nicht in queeren Communities sozialisiert sind, werden mit Ängsten und Hass verbunden. Eine politische und gesellschaftliche Linke steht vor der Herausforderung, auf Fragen verständliche Antworten zu geben, aber inhaltlich klare Kante gegen rechts zu zeigen.

Wir brauchen eine Fehlertoleranz im Umgang miteinander. Wenn Genoss\*innen mal nicht die richtigen Worte finden, sind sie nicht an den Pranger zu stellen. Wer nicht gerdert, ist kein schlechter Mensch. Politik nur für ein akademisches Klientel ist falsch. Dar- aus folgt, dass eine linke Partei in der Pflicht

steht, Strukturen zu hinterfragen und Dynamiken für Veränderung zu schaffen, und die kommen bekanntlich nicht aus der Verwaltung oder nur den Parlamenten. Sie bedarf unbedingt einer pointierten Ansprache, die gegen die Herrschenden austeilte. Eine Linke sollte populäre Politik betreiben und wieder »kneipenfähig« werden, wie es Jan Korte richtig anmerkte. Kneipenfähigkeit ist dabei vom Fischen am Stammtisch zu scheiden.

Mit großer Sorge verfolgen wir die geäußerten »Ängste« zum Selbstbestimmungsgesetz. Es gibt legitime Fragen. Aber es ist reaktionär, wenn diese Fragen mit einer rechten Debatte verbunden werden. Die Linke und ihre Quellpartei PDS streiten seit mehr als einem Vierteljahrhundert für die Rechte von queeren, und explizit auch für trans\* und inter\* und nichtbinäre Menschen. Der Entwurf des Selbstbestimmungsgesetzes ist das Ergebnis von gesellschaftlichen Kämpfen, an denen sich auch Die Linke beteiligt hat.

.....  
**Dass wir als »skurrile Minderheit« verunglimpft werden, können wir nicht akzeptieren. Wir sind ein starker Teil der Linken, der noch stärker sein könnte.**  
 .....

Betroffene und ihre Verbände führten rechtspolitische Kämpfe. Sie fochten strategisch Prozesse bis in die höchsten Instanzen durch. Das Bundesverfassungsgericht hat das alte Transsexuellengesetz in weiten Teilen für verfassungswidrig erklärt und es zwang den Gesetzgeber 2017 dazu, dass intergeschlechtliche Menschen im Recht anerkannt werden müssen. Zudem geht in der jetzigen Debatte unter, dass bereits 2011 das Bundesverfassungsgericht feststellte, dass eine Änderung des Personenstands auch ohne Angleichung der körperlichen Merkmale möglich sein muss und dies gesetzliche Bindung erhielt.

Die so hochgekochte Diskussion von trans\* Frauen, die angeblich in Schutzräumen, wie Frauenhäuser oder in eine Frauensauna eindringen wollten, ist absurd. Denn eigentlich existiert dieses vermeintliche Problem mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bereits seit zwölf Jahren, Klagen sind nicht bekannt. Die internationalen Vorbilder zeigen, es gibt weder einen gefährlichen »Trend«, noch »falsche« trans\* Menschen, noch ein dramatisches Toilettenproblem und das Selbstbestimmungsgesetz ist keine Gefahr für das Kindeswohl oder die Frauenrechte, wie es jüngst wieder Sahra Wagenknecht sowie vereinzelte identitäre Frauengruppen, religiöse Dogmatiker, Rechtskonservative oder die Rechtspopulisten behaupten. Hier werden Ressentiments bedient, die die Rechten schon gegen die les-

bisch-schwule Emanzipationsbewegung der 70er und 80er in Stellung brachten.

Die Lebenswirklichkeit vieler trans- und intergeschlechtlicher sowie nichtbinärer Menschen ist prekär. Nach Zahlen der EU-Grundrechteagentur kommt die Hälfte aller trans\* und inter\* Menschen EU-weit finanziell nur mit Mühe über die Runden. Ein Leben unter staatlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung hinterlässt Spuren, auch gesundheitlich. Der Jobverlust während der Transition ist Normalität. Trans- und intersensible Gesundheitsversorgung ist meist nicht vorhanden. Die Ampel-Parteien, gerade auch Die Grünen, vernachlässigen diese sozialen Missstände. Wir hätten uns einen Entwurf zum Selbstbestimmungsgesetz gewünscht, der mehr vom Gedanken der Teilhabe geprägt ist. Leider ließ das Justizministerium Vorurteile hineinschreiben.

Wir wollen die soziale Wirklichkeit der Menschen zum Besseren verändern, dies muss Kern linker Politik sein. Dass wir als »skurrile Minderheit« verunglimpft werden, können wir nicht akzeptieren. Wir sind ein starker Teil der Linken, der noch stärker sein könnte. Die Linke verfügt über versierte queere Genoss\*innen; viele haben wir allerdings schon durch Austritt verloren. Diesen Genoss\*innen kommt eine Mittlerfunktion gegenüber einem zahlenmäßig großen Teil der Gesellschaft zu: Sie tragen linke Ideen in queere Communities hinein und queere Belange in die Partei. Diese »doppelte Repräsentation« ist wichtig – und hat noch Potenzial. Dies gilt auch für andere Communities.

Wir sind wütend, wenn Genoss\*innen rechte Debatten befeuern und das Engagement der letzten Jahrzehnte diskreditiert wird. Wir stehen für eine Queerpolitik, die sozial und Teil einer gesellschaftlichen Linken ist, die ebenso gegen Rassismus und für eine humane Migrationspolitik sowie für Feminismus streitet. Dies gehört für uns organisch zusammen mit einer starken Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und einer deutlichen Kritik am Kapitalismus. Wir wollen Die Linke nicht grüner als die Grünen machen und wir sind nicht Teil einer postmodernen Partei, sondern einer demokratisch-sozialistischen Partei. Für einen »Linkskonservatismus« stehen wir nicht zur Verfügung.

.....  
 Die Autor\*innen beschäftigen sich seit vielen Jahren mit Fragen zu Minderheiten. **Daniel Bache** ist Bundessprecher von Die Linke. **Wiebke Fuchs** ist Referentin für Gesundheitspolitik der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft. **Bodo Niendel** ist Referent für Queerpolitik der Linke-Bundestagsfraktion. **Maja Tegler** ist Abgeordnete in der Bremer Bürgerschaft und Mitglied im Parteivorstand der Linken.

## Gesetz zur Selbstbestimmung

Derzeit wird im Bundestag über einen Gesetzentwurf der Ampel zur Selbstbestimmung diskutiert. Jede und jeder soll künftig das Recht haben, sein Geschlecht per Eintragung beim Standesamt unbürokratisch eintragen bzw. bei Bedarf den Eintrag ändern zu lassen. Die Linke unterstützt das Anliegen im Grundsatz. Ihre Abgeordnete Sahra Wagenknecht hat zuletzt mehrfach eine konträr andere Position vertreten, unter anderem bei Bild-TV. In einem »Spiegel«-Interview bezeichnete sie den

Entwurf jetzt als absurd und »von Ideologie getrieben«. So werde das Geschlecht »zu einer Frage der Gemütsverfassung« gemacht. Jeder könne dann »nach Laune einmal im Jahr seinen Geschlechtseintrag ändern lassen«. Sie frage sich, »wie stark Frauenräume noch geschützt sind, wenn sich jeder Mann beliebig zur Frau erklären kann«. Dabei gehe es nicht nur um Gewalttäter, sondern auch um Männer, die Frauenumkleiden oder Frauensauen aufsuchten. nd/dpa

## Haaland und Norwegen bangen um EM-Qualifikation

Zwei späte Tore Schottlands werfen die Skandinavier noch weiter zurück

FELIX NEUBAUER

Erling Haaland wirkte ratlos. Mit gequältem Lächeln stand der norwegische Stürmerstar am Spielfeldrand des Ullevaal-Stadions in Oslo und rang nach Erklärungen für den vorangegangenen Abend. »Sowas passiert, ich habe auch keine Antwort darauf«, sagte Haaland einen Tag nach dem bitteren 1:2 der norwegischen Fußball-Nationalmannschaft in der EM-Qualifikation gegen Schottland und gab zu: »Ich bin ja auch nicht der schlaueste Mann der Welt«.

So wie die Mannschaft gespielt habe, hätte man eigentlich erwartet zu gewinnen, sagte der 22-Jährige. Im Anschluss an sein Führungstor nach etwa einer Stunde hatte es tatsächlich so gewirkt, als bekämen die Träume der Skandinavier von der Europameisterschaft-Teilnahme neues Leben eingehaucht.

Aber dann, so Haaland, »passieren Dinge, die im Fußball passieren können«. Nach seiner Auswechslung in der Schlussphase konnte der Ausnahmestürmer nur noch tatenlos dabei zusehen, wie seine Mitspieler innerhalb von nur 104 Sekunden »vom Himmel in die Hölle« (Fernseher der NRK) gerieten – und die norwegischen EM-Hoffnungen den nächsten herben Dämpfer verpasst bekamen.

### Umstrittene Auswechslung

Denn angesichts von nur einem Punkt aus drei Spielen und acht Punkten Rückstand auf die führenden Schotten in der Qualifikationsgruppe A deutet vieles darauf hin, dass die seit der EM 2000 währende Turnierdürre der Skandinavier andauern wird. Zuvor hatten die Norweger bereits in Spanien mit 0:3 verloren, und in Georgien waren sie nicht über ein 1:1-Unentschieden hinausgekommen. Beide Male hatten sie auf ihren verletzten Star Haaland verzichten müssen. Nun sollte alles besser werden, weshalb Trainer Stale Solbakken am Samstag vom »Schlimmsten, was wir je erlebt haben« sprach. »Brutal und bleischwer« sei die durch Lyndon Dykes (87.) und Kenny McLean (89.) spät herbeigeführte Niederlage, fügte Kapitän Martin Ødegaard hinzu.

Am Sonntag gab sich der Mittelfeldregisseur wie auch Haaland jedoch optimistisch: »Ich scheiße drauf, was alle anderen sagen oder denken. Ich glaube weiter an uns.« Es sei jedoch, so Ødegaard, »dumm«, nach einfachen Erklärungen zu suchen: »Fußball ist komplex.«

Am Samstag hatte allen voran die Auswechslung von Haaland bei Fans und Experten für Unmut gesorgt. Der Ausnahmestürmer betonte am Sonntag, er sei mit dem Gefühl vom Platz gegangen, seinen »Beitrag geleistet« zu haben. Laut Solbakken habe Haaland selbst um eine Auswechslung gebeten: »Er ist fertig. Ausgepumpt. Wir können nicht mit zehn Mann spielen.«

Zwei Tage Zeit hätte seine Mannschaft nun, um die »schwerste Aufgabe der Welt zu bewältigen«. Zwei Tage Zeit, um den Rückschlag zu verarbeiten, bevor man im nächsten Qualifikationsspiel gegen das noch punktlose Zypern an diesem Dienstag (20.45 Uhr) versucht, die letzten verbliebenen EM-Hoffnungen in die Sommerpause zu retten. Dann, so Solbakken, »werden wir sehen, ob wir gemeinsam aufstehen können«. SID/nd



Malick Thiaw (M.) konnte sogar Polens Stürmerstar Robert Lewandowski (L.) in Schach halten.

# Der einzige Gewinner

Malick Thiaw überzeugt unter schwachen deutschen Fußballern in Polen

Debütant Malick Thiaw überzeugt beim 0:1 gegen Polen auf Anheb als Anker in der Abwehr der deutschen Fußball-Nationalmannschaft. Damit hat er sich ein zweites Länderspiel an alter Wirkungsstätte auf Schalke verdient.

FRANK HELLMANN, WARSCHAU

Es fällt auch für Anhänger des FC Schalke 04 trotz der erwiesenermaßen großen Zuneigung zum Fußball derzeit gar nicht so leicht, eine enge Bande zur deutschen Nationalmannschaft zu knüpfen. Von den Protagonisten, die es über die hauseigene Knappenschmiede immerhin zum Weltmeister 2014 gebracht haben – Manuel Neuer, Benedikt Höwedes, Mesut Özil und Julian Draxler – befindet sich aktuell niemand mehr im deutschen Aufgebot. Doch wie es der Zufall will, kommt pünktlich zum Länderspiel gegen Kolumbien an diesem Dienstag (20.45 Uhr) einer zurück ins Revier, den die königsblaue Gemeinde noch als Angehörigen betrachten kann: Malick Thiaw, der erst im vergangenen Sommer für rund sieben Millionen Euro von Schalke zum AC Mailand gewechselt ist, kehrt plötzlich sogar als Hoffnungsträger der deutschen Defensive zurück an die alte Wirkungsstätte.

Ausgerechnet der Debütant gab in Warschau den einzigen Gewinner eines ernüchternden Länderspiels gegen Polen (0:1). Hansi Flick hatte ihn als »Highlight« gesehen, »wenn man das überhaupt so sagen« könne. Der Bundestrainer lobte eine »sehr solide, sehr reife« Vorstellung. Der 21-Jährige bestach tatsächlich durch ordentliche Zweikampfführung, sauberen Spielaufbau und ein gutes Stellungsspiel bei gefährlichen Kontern des Gegners. Fast hätte Thiaw vor seiner späten Auswechslung sogar noch den Ausgleich erzielt, wenn nicht der polnische Teufelskerl

Wojciech Szczesny auch diesen deutschen Schuss pariert hätte.

Zwischen Flick und dem deutschen Nachwuchs-Nationaltrainer Antonio di Salvo ist längst verabredet, dass das Verteidigertalent nicht die bald startende U21-EM in Georgien und Rumänien spielen wird, sondern stattdessen gleich die Europameisterschaft der A-Nationalteams 2024 in Deutschland angehen soll. »Das ist ein klares Ziel für mich«, versicherte der Ex-Schalke selbst, der anders als der auf dieser Position etwas in Ungnade gefallene Dortmunder Niklas Süle optimale körperliche Voraussetzungen einbringt. Taktisch ist es für Thiaw kein Problem, zwischen Dreier- oder Viererkette zu wechseln, denn beide Varianten, die Flick derzeit ausprobiert, haben auch die »Rossoneri« in Mailand in ihrem Repertoire.

»Malick hat super gespielt und Persönlichkeit gezeigt. Es war ein sehr, sehr gutes Debüt.«

Antonio Rüdiger deutscher Fußball-Nationalspieler

Für den 1,94-Meter-Hünen hat sich der Wechsel nach Italien längst als Karrierebeschleuniger entpuppt, auch wenn es bis in den Februar dieses Jahres gebraucht hatte, bis ihm sein Klubtrainer Stefano Pioli vertraute. »Ich bin Mailand unglaublich dankbar, dass sie mir die Chance gegeben haben. Ich hatte erwartet, dass ich dort nicht sofort spielen würde, weil ich immerhin zum italienischen Meister gekommen war. Aber ich bin mit der Entwicklung sehr zufrieden.«

Schon als Nachwuchsspieler hat Thiaw nie verhehlt, dass ihm verschiedene kulturelle Einflüsse »viel mitgegeben haben«. Sei-

ne Mutter war in Finnland eine erfolgreiche Leichtathletin, sein Vater hat im Senegal das Fußballtor gehütet. »Da wird man schnell fündig, was meine Wurzeln betrifft«, sagte er einmal. Zu Hause sei vor allem Finnisch gesprochen worden: »Als kleiner Junge konnte ich auch Französisch, das habe ich aber zu Teilen wieder verlernt, weil Unterhaltungen schnell wieder ins Finnische oder Deutsche umgeschlagen sind.«

Der finnische Verband forderte Thiaw vor ein paar Jahren einmal für seine U17-Auswahl an, aber der gebürtige Düsseldorfer hat sich bei der Einbürgerung im Jahr 2021 für den deutschen Weg entschieden, was jetzt für den Deutschen Fußball-Bund wichtig sein könnte, um ein zentrales Abwehrproblem der A-Nationalmannschaft zu lösen.

Die Nominierung für die Startelf hatte er vom Bundestrainer zwar erst am Spieltag erfahren, aber im Training schon geahnt. Dass ihm Flick gleich den zentralen Part übertrug, war ein Vertrauensbeweis. Im Tiefgeschoss des polnischen Nationalstadions trat der junge Mann nach der Partie jedoch nicht hochnäsiger, sondern höflich, zurückhaltend, fast schon schüchtern vor die Kameras und Mikrofone. Sein Debütanten-Trikot mit der Nummer 26 wolle er zuhause aufhängen, beteuerte er artig.

Kein Anzeichen, dass ihn die Rolle im Nationalteam überfordern würde. »Natürlich muss ich in der Mitte viel reden. Aber ich habe neben mir zwei Topleute. Und vor allem Toni hat mir hier von Tag eins an sehr viel geholfen«, lobte Thiaw seinen Kollegen Antonio Rüdiger, der die Komplimente umgehend erwiderte: »Malick hat super gespielt und Persönlichkeit gezeigt. Es war ein sehr, sehr gutes Debüt. Sehr, sehr positiv.« Hilft in Zeiten, in denen so viel Negatives bei der deutschen Nationalelf dominiert.

## FUSSBALL

### Männer, EM-Qualifikation

Gruppe A			
Norwegen - Schottland		1:2	(0:0)
Zypern - Georgien		1:2	(1:1)

1. Schottland	3	7:1	9
2. Georgien	2	3:2	4
3. Spanien	2	3:2	3
4. Norwegen	3	2:6	1
5. Zypern	2	1:5	0

Gruppe B			
Gibraltar - Frankreich		0:3	(0:2)
Griechenland - Irland		2:1	(1:1)

1. Frankreich	3	8:0	9
2. Griechenland	2	5:1	6
3. Niederlande	2	3:4	3
4. Irland	2	1:3	0
5. Gibraltar	3	0:9	0

Gruppe C			
Malta - England		0:4	(0:3)
Nordmazedonien - Ukraine		2:3	(2:0)

1. England	3	8:1	9
2. Ukraine	2	3:4	3
3. Italien	2	3:2	3
4. Nordmazedonien	2	4:4	3
5. Malta	3	1:8	0

Gruppe D			
Lettland - Türkei		2:3	(0:1)
Wales - Armenien		2:4	(1:2)

1. Türkei	3	5:5	6
2. Kroatien	2	3:1	4
3. Wales	3	4:5	4
4. Armenien	2	5:4	3
5. Lettland	2	2:4	0

Gruppe E			
Albanien - Moldau		2:0	(0:0)
Färöer - Tschechien		0:3	(0:2)

1. Tschechien	3	6:1	7
2. Polen	2	2:3	3
3. Albanien	2	2:1	3
4. Moldau	3	1:3	2
5. Färöer	2	1:4	1

Gruppe F			
Aserbajdschan - Estland		1:1	(0:1)
Belgien - Österreich		1:1	(0:1)

1. Österreich	3	7:3	7
2. Belgien	2	4:1	4
3. Schweden	2	5:3	3
4. Estland	2	2:3	1
5. Aserbajdschan	3	2:10	1

Gruppe G			
Litauen - Bulgarien		1:1	(1:1)
Montenegro - Ungarn			0:0

1. Serbien	2	4:0	6
2. Ungarn	2	3:0	4
3. Montenegro	3	1:2	4
4. Litauen	2	1:3	1
5. Bulgarien	3	1:5	1

Gruppe H			
Finnland - Slowenien		2:0	(1:0)
Dänemark - Nordirland		1:0	(0:0)
San Marino - Kasachstan		0:3	(0:1)

1. Dänemark	3	6:4	6
2. Kasachstan	3	7:4	6
3. Finnland	3	4:3	6
4. Slowenien	3	4:3	6
5. Nordirland	3	2:2	3
6. San Marino	3	0:7	0

Gruppe I			
Andorra - Schweiz		1:2	(0:2)
Belarus - Israel		1:2	(1:0)
Kosovo - Rumänien			0:0

1. Schweiz	3	10:1	9
2. Rumänien	3	4:1	7
3. Israel	3	3:5	4
4. Kosovo	3	2:2	3
5. Andorra	3	2:5	1
6. Belarus	3	2:9	0

Gruppe J			
Luxemburg - Liechtenstein		2:0	(0:0)
Island - Slowakei		1:2	(1:1)
Portugal - Bosnien-Herzegowina		3:0	(1:0)

1. Portugal	3	13:0	9
2. Slowakei	3	4:1	7
3. Luxemburg	3	2:6	4
4. Bosnien-Herzegowina	3	3:5	3
5. Island	3	8:5	3
6. Liechtenstein	3	0:13	0

Modus: Gruppen-1. und -2. für EM 2024 in Deutschland qualifiziert.

## Tour de Suisse wird zur Trauerfahrt

Nach Unfalltod des Schweizer Radprofis Gino Mäder wird die Rundfahrt nicht abgebrochen

Seit Freitag ist die Radsportwelt in eine kollektive Schockstarre verfallen. Unweit des Geburtsorts des tödlich verunglückten Radprofis Gino Mäder endete die Tour de Suisse am Sonntag. Die Sicherheitsdebatte ist wieder eröffnet.

In tiefer Trauer richtete Remco Evenepoel den Blick nach oben und zeigte vor dem Zielstrich mit beiden Zeigefingern gen Himmel. Wirklich bejubeln konnte der Radsportweltmeister seinen Etappensieg bei der Tour de Suisse am Samstag nicht. Zu schwer belastete ihn der Unfalltod seines Schweizer Kollegen Gino Mäder.

»Meiner Meinung nach war dies der beste Weg, um Gino und seine Person zu ehren, ihm Tribut zu zollen und meinen Respekt gegenüber seiner Familie in diesen schwierigen Momenten zum Ausdruck zu bringen«, sagte Evenepoel nach der siebten Etappe. »Dieser Sieg und diese Trophäe sind für sie. Es ändert nichts, aber ich möchte, dass sie wissen, dass

wir alle im Peloton, in unserer kleinen Welt, an sie denken.«

Seit Freitag ist die Radsportwelt in eine kollektive Schockstarre verfallen, nachdem der 26-jährige Mäder den Folgen seines Sturzes auf der fünften Etappe am Vortag erlegen war. Fahrer lagen sich weinend in den Armen. Drei Teams, darunter Mäders Equipe Bahrain Victorious, zogen sich vom Rennen zurück. Man sei, so hieß es, »am Boden zerstört«.

### Kontroverse Fortsetzung

Renndirektor Olivier Senn konnte aufkommende Kritik am Fortsetzen der Tour nachvollziehen. Auch intern sei die Entscheidung »kontrovers diskutiert« worden, berichtete Senn am Samstag. In dieser Situation gebe es aber seiner Meinung nach keine richtige und falsche Entscheidung. »Wir hoffen, dass es die weniger falsche ist.« Der Entschluss, die Rundfahrt fortzusetzen, sei am Freitag erst kurz vor Mitternacht und unter Zustimmung

der Familie des Gestorbenen gefallen, sagte Senn. »Für sie wäre es das Falsche gewesen, abzubrechen, und für uns wäre es auch falsch gewesen«, erklärte er nach der Rücksprache mit Mäders Angehörigen.

In der Tragödie beschwört der Radsport nun Einheit und Zusammenhalt. Sport und Rivalitäten rücken in den Hintergrund. Die vorletzte Etappe wurde mit einer Schweigeminute eingeläutet, eine weiße Taube stieg in den Himmel auf, die Zeit für die Gesamtwertung wurde bereits 25 Kilometer vor dem Ziel genommen. Zeiten und Ergebnisse spielten auch am Sonntag nur eine Nebenrolle. Die Gedanken an Mäder waren allgegenwärtig, als das abschließende 25 Kilometer lange Zeitfahren von St. Gallen nach Abtwil nur wenige Kilometer entfernt von seinem Geburtsort Flawil stattfand.

Ausgerechnet entlang der Straßen, die Mäder bestens kannte, waren die Fahrer im Kampf gegen die Uhr mit ihren Gedanken allein. Noch einmal hieß es Abschied neh-

men von einem guten Allrounder auf dem Rad, von einem intelligenten jungen Mann mit Herz und Courage, der sich vor allem für klimapolitische Nachhaltigkeit einsetzte. Der Verlust wiegt schwer.

### Restrisiko wird immer bleiben

Mäder war am Donnerstag in einer Abfahrt kurz vor dem Ziel von der Straße abgekommen und in eine Schlucht gestürzt. Die Debatte, wie die Rennen sicherer gemacht werden können, dürfte vor der anstehenden Tour de France erneut Fahrt aufnehmen. Eine Restgefahr, das ist unstrittig, wird immer bleiben. »Generell ist uns allen bewusst, was wir für ein Risiko eingehen. Wir haben eben keine Fangzäune wie in der Formel 1«, hatte Ex-Profi Rolf Aldag, heute Sportlicher Leiter beim Team Bora, noch vor der endgültigen Todesnachricht gesagt. Die Tour de Suisse sollte als Vorbereitungsrennen auf die Frankreich-Rundfahrt dienen. Sie endete als Gedenkfahrt für Gino Mäder. Agenturen/nd

## Verbessert

Die deutschen Volleyballerinnen zeigen sich in der Nations League weiter in guter Form. In einem umkämpften Spiel feierten sie am Freitag in Brasilia gegen Japan ein überraschendes 3:2 und damit bereits den fünften Sieg. Beste Angreiferin war **Hanna Orthmann** mit 24 Punkten. Gegen die überragenden Brasilianerinnen wurden die Stammspielerinnen dann am Samstag geschont, doch auch die zweite Reihe machte beim 1:3 einen guten Eindruck. In der für die Olympiaqualifikation mit entscheidenden Welt-rangliste hat sich das deutsche Team bereits auf Rang elf verbessert.



## Erlöst

**Marie Güllich** hat die deutschen Basketballerinnen zum so sehr ersehnten ersten Sieg in einem EM-Spiel seit 2007 geführt. 5740 Tage hatte sich der Deutsche Basketball Bund gedulden müssen – bis zum Freitag in Ljubljana. Dann drehte Güllich mit zehn Punkten im Schlussviertel gegen die Gastgeberinnen aus Slowenien einen Acht-Punkte-Rückstand fast im Alleingang zum 66:62. Dank eines weiteren 62:61-Siegs am Sonntag gegen Großbritannien, bei dem Güllich mit fünf Blöcken erneut glänzte, erreichten sie Rang zwei in Gruppe C. Ein weiterer Erfolg, und das Team steht sogar im Viertelfinale.



## Überzeugend

**Gina Lückenkemper** konnte beim 25. Internationalen Anhalt-Meeting der Leichtathletinnen in Dessau-Roßlau überzeugen. Die Sprint-Europameisterin von München gewann das Finale über 100 Meter in 11,04 Sekunden. »Ich bin mega-happy, dieses Jahr wird megagrass«, sagte die mittlerweile in Florida trainierende 26-Jährige. Im Vorlauf war sie sogar mit 10,98 Sekunden gestoppt worden. Bei unzulässig starkem Rückenwind zwar, »aber so eine Zehn vor dem Komma ist schon schön«, so Lückenkemper. *Agenturen/nd*

FOTOS: IMAGO/KLEPACZKO, BEYRICH, HUEBNER

## NACHRICHTEN

Russlands Rodelteam bleibt im Zuge des Angriffskrieges in der Ukraine gesperrt. Dies beschloss der Weltverband Fil am Samstag in Bukarest. Dafür sprachen sich 22 Mitgliedsnationen aus, eine war dagegen, fünf enthielten sich. Solange der Krieg andauert, sollten damit »friedliche Wettkämpfe mit Integrität« gewährleistet werden, hieß es in einer Verbandsmitteilung. Damit folgt die Fil nicht der vom Internationalen Olympischen Komitee eingeführten Möglichkeit, Sportler aus Russland und Belarus unter bestimmten Voraussetzungen als neutrale Athleten wieder starten zu lassen.

**Marco Brinkmann** hat die erste deutsche Medaille bei der Fecht-EM in Bulgarien gewonnen. Der Leverkusener Degenspezialist sicherte sich am Freitag in Plowdiw Bronze. Im Halbfinale unterlag er dem späteren Europameister Davide Di Veroli 12:15. Silber ging an dessen Landsmann Federico Vismara.

**Gisli Kristjansson** vom SC Magdeburg hat sich im Halbfinale der Champions League die Schulter ausgekugelt und wird dem deutschen Handball-Vizemeister womöglich für mehrere Monate nicht zur Verfügung stehen. Der isländische Nationalspieler zog sich die Verletzung am Samstag in Köln im Duell mit Titelverteidiger FC Barcelona kurz vor dem Ende der regulären Spielzeit zu. Wenige Minuten später erreichten die Magdeburger dennoch mit 40:39 nach Siebenmeterwerfen das Endspiel am Sonntagabend (nach Redaktionsschluss). Für den 23-jährigen Spielmacher ist es bereits die dritte schwere Schulterverletzung in seiner Karriere. *Agenturen/nd*

## In Zahlen

**Basketball**  
Frauen, EM in Slowenien, Gruppe C: Frankreich - Großbritannien 63:57, Slowenien - Deutschland 62:66. Männer, Bundesliga, Finale (best of 5), 4. Spiel: Ulm - Bonn 74:70 (Endstand: 3:1).

**Fechten**  
EM in Plowdiw, Männer, Degen: 1. Di Veroli, 2. Vismara (beide Italien), 3. Brinkmann (Leverkusen), Antkiewicz (Polen). Säbel: 1. Basadse (Georgien), 2. Szatmari (Ungarn), 3. Yıldırım (Türkei), Patrice (Frankreich), 5. Szabo (Dormagen). Frauen, Florett: 1. Batini, 2. Favaretto, 3. Palumbo, Volpi (alle Italien), ... 12. Ebert (Tauberbischofsheim). Degen: 1. Marie (Frankreich), 2. Navarria (Italien), 3. Mallo-Breton (Frankreich), Differt (Estland), ... 13. Ehler (Leverkusen).

**Volleyball**  
Frauen, Nations League, Vorrunde: Japan - Deutschland 2:3. Brasilien - Deutschland 3:1.

**Radsport**  
Männer, Tour de Suisse, 7. Etappe: Tübach - Weinfeld (183 km): 1. Evenepoel (Belgien) 4:01:04 h, ... 8. Koch (Schwäbisch Hall) gleiche Zeit. Gesamt: 1. Skjelmoose (Dänemark) 20:44:45 h, ... 14. Schachmann (Berlin) + 6:59 min.

## TV-Tipp

11.10 - 17.55 Servus TV: Tennis, Frauen, Turnier in Berlin. 12.00 - 20.00 Eurosport: Tennis, Männer, Turnier in Halle (Westfalen). 12.10 - 13.00 ZDF: Special Olympics World Games in Berlin.

# Little Olympia

In Berlin haben die Special Olympics begonnen – und zeigen, wie inklusiver Sport funktionieren kann

Zwischen Pegasus und Wasserbüffeln: 50 000 Menschen feiern im Olympiastadion den Auftakt der Weltspiele. Das inklusive Sportevent steht seinem Vorbild Olympia dabei in keiner Weise nach.

NOAH KOHN

Als erstes betraten die Griechen das Stadion. In blauen Trainingsanzügen lief die Delegation aus dem Mutterland der antiken Olympischen Spiele ein und schwenkte dabei fröhlich kleine rote Fähnchen. Die mehr als 50 000 Zuschauer im Berliner Olympiastadion winkten jauchzend zurück, der Rahmen war gesetzt: Das hier ist eine Veranstaltung auf Olympischem Niveau.

»Dass ich die Special Olympics Flamme entzünden konnte, darüber habe ich mich richtig gefreut.«

Sophie Rensmann *Tennisspielerin*

Am späten Samstagabend und 175 weitere Delegationen später erklärte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die »Special Olympics World Games Berlin 2023« für eröffnet. Endlich gingen sie los, die an jeder Ecke der Hauptstadt beworbenen Weltspiele der Inklusion. Bis zum 25. Juni treten 6500 Athletinnen und Athleten mit geistiger Behinderung aus der ganzen Welt in 26 Sportarten an. Es soll ein Fest der Begegnungen, des Sports und der Unterhaltung werden – ganz wie das große Vorbild Olympia.

Die Eröffnungszeremonie lieferte die entsprechenden Bilder dafür: Das norwegische Duo Madcon performte den Titelsong »Are You Ready«, Akrobaten turtelten durch die Luft und ein bombastisches Feuerwerk färbte den Berliner Nachthimmel rotgolden. Auch eine junge Frau mit dem Spitznamen »Liquid« war Teil des Bühnenprogramms. Sie studiert Puppenspiel an der Berliner Schauspielschule HfS Ernst Busch – zusammen mit Kommilitonen und Schauspielern des inklusiven Theaters RambaZamba erweckte sie riesige Tierplastiken zum Leben – einen Wasserbüffel, einen Elefanten, ein Nashorn und das geflügelte Pferd Pegasus. »Ich finde das ein sehr rührendes Ereignis, dass hier Menschen aus der ganzen Welt zusammenkommen. Das ist mega cool«, sagte Liquid kurz vor ihrem Auftritt.

Tatsächlich gelang es dem Veranstalter Special Olympics International (SOI), einen besonderen Abend zu inszenieren – mit Menschen mit geistiger Behinderung in der Hauptrolle. Wie zum Beispiel dem deutschen Fußballer Ralf Andrasch, der den Sportereid zu diesen Weltspielen ablegte und versprach:



Die Spiele haben begonnen: Unter anderem auf dem Maifeld, wo Deutschlands Fußballerinnen gegen Jamaika kickten.

»Lasst mich gewinnen, aber wenn ich nicht gewinnen kann, lasst mich mutig mein Bestes geben«. Oder Tennisspielerin Sophie Rensmann aus Nordrhein-Westfalen, die die »Flamme der Hoffnung« entzünden durfte und später resümierte: »Dass ich die Special Olympics Flamme entzünden konnte, darüber habe ich mich richtig gefreut. Es ist aber auch ein richtig großer Stein von meinem Herzen gefallen. Jetzt kann ich mich endlich auf Tennis konzentrieren.«

Unter die tanzenden Fans aus Bahrain, Pakistan, Japan und Co. mischte sich auch Benjamin Krasper. »Wir haben zwei Athleten bei uns in der Einrichtung, die bei den Special Olympics World Games in Berlin mitmachen«, erzählte Krasper stolz. Gemeint sind Bärbel Gratopp und Kersten Schnevoigt, Tischtennisspieler der deutschen Mannschaft.

Gratopp und Schnevoigt arbeiten in den Werkstätten der Lebenshilfe Ostfalen in Sachsen-Anhalt. Krasper ist zusammen mit einer 15-köpfigen Fangruppe angereist, um die beiden zu unterstützen: »Wir bleiben bis Mon-

tag und wollen auch zu den Wettkämpfen von den beiden und sie anfeuern.« Mit dem Anfeuern konnte am Sonntag begonnen werden. Dort starteten die ersten Wettbewerbe für die Athleten und Athletinnen mit geistiger Behinderung. Am Messegelände wurden die ersten Tischtennis-Duelle ausgefochten, am Alexanderplatz 3x3-Basketball gespielt, auf der Straße des 17. Juni Rad gefahren.

Um die Sportler im Sinne der Chancengleichheit in Gruppen von ähnlich starken Kontrahenten einzuteilen, wurden dafür zuerst Klassifizierungswettbewerbe ausgetragen. Athleten, die in diesen Vorläufen absichtlich weniger Leistung zeigen, um im Finale mit einer deutlichen Leistungssteigerung einen taktischen Vorteil zu erlangen, können disqualifiziert werden. Mit dieser sogenannten »Honest-Effort-Rule« wollen die Veranstalter sicherstellen, dass Athleten aller Fähigkeiten die gleiche Chance auf Erfolg haben, egal ob es um eine persönliche Bestleistung oder eine Goldmedaille geht.

Im Olympiastadion, wo die Eröffnungsfeier stattfand, wurden keine Wettkämpfe ausgetragen, dafür aber im angrenzenden Olympiapark: Fußball, Handball und Hockey standen auf dem Tagesprogramm und auch die Leichtathleten wurden zum ersten Mal gefordert: Im Hanns-Braun-Stadion liefen die ersten Viertel- und Halbfinals über verschiedene Laufdisziplinen, Weitsprung und Kugelstoßen.

»Marvin, lauf auf der Innenbahn«, rief eine Trainerin aus Gibraltar einem 1500-Meter-Läufer zu, der die erste Runde des Rennens auf einer der äußeren Bahnen rannte und somit einen längeren Weg als die Konkurrenz zurücklegte. »Halte dein Tempo!« Der 31-jährige Marvin Zammit hörte auf seine Trainerin, wechselte die Spur und gewann das Halbfinale. Am Mittwoch steht das Finale für den Läufer mit geistiger Behinderung an. Verschieden sein, und dass vielleicht nicht immer alles perfekt funktioniert, ist bei den Special Olympics Normalität. Da können sogar die großen Olympischen Spiele noch was dazulernen.

# Ulms Basketballer machen die Sensation perfekt

Der Hauptrundensiebte bezwingt in den Playoffs die drei besten Teams der Bundesliga und feiert erstmals den Meistertitel

Die spontane Party in der Arena war für Ulm nur der Anfang für ein ganz langes Wochenende. Klubboss Stoll kommen die Tränen, den Triumph widmen sie einem kürzlich verstorbenen Begleiter.

PATRICK REICHARDT, ULM

Am Ende einer wilden Partynacht mit Champagner und Zigarren lag der silberne Pokal im Bett von Vereinsboss Thomas Stoll. Nach jahrzehntelanger Aufbauarbeit feierte Ratiopharm Ulm die erhoffte erste Meisterschaft in der Basketball-Bundesliga bis in die frühen Morgenstunden und widmete den größten Triumph der Klubhistorie dem kurz vor dem Finale gestorbenen Betreuer Andi Klee. »Grüße auf die Wolke. Kutscher, wir haben den Titel. Lass es dort oben ordentlich krachen«, schrieb Stoll, der mit der Schlussreihe beim 74:70 gegen die Baskets Bonn seine Tränen nicht mehr hatte stoppen können. Danach begann vor 6000 begeisterten Fans sofort die Party, die am Samstag mit ei-

nem Meisterkorso vom Neu-Ulmer Rathaus bis auf die andere Donauseite zum Münsterplatz fortgesetzt wurde. Ulms brasilianischer Finalheld Yago dos Santos und seine Kollegen hatten noch auf dem Feld ein ganzes Set an Zigarren genossen und feierlich das Parkett verwüstet. »Das wird ein Wochenende, was nicht so leicht zu vergessen sein wird. Ich hoffe, dass ich mich noch an ein paar Sachen erinnern kann, denn es wird viel Alkohol fließen«, sagte Sportdirektor Thorsten Leibnath.

## Ein Erfolg aus dem Nichts

Stoll und Leibnath sind die Architekten des Erfolgs, den Trainer Anton Gavel gleich in seiner ersten Saison möglich gemacht hat. »Wir sind unglaublich glücklich, als Siebter den Ersten, Zweiten und Dritten rausgeschmissen zu haben. Die Jungs haben über die gesamten Playoffs unglaubliches Herz gezeigt«, sagte Gavel, der als Profi fünf Meisterschaften mit Bamberg und Bayern gefeiert hat-

te. Doch dieser Erfolg sticht heraus. »Das ist enorm und besonders, es ist mein erster Titel als Coach. Damit hat keiner gerechnet«, stellte der 38-Jährige klar.

Die Krönung nach zahlreichen erfolglosen Anläufen kam aus dem Nichts. Ulm startete nach vielen Problemen als Außenseiter, bezwang dann aber erst Titelverteidiger Alba Berlin, dann Pokalsieger Bayern und nun Champions-League-Sieger Bonn. »Das gab es noch nie und ich glaube auch nicht, dass es das nochmal geben wird«, sagte Stoll.

Der Ulmer Erfolg entstand weder durch internationale Stars wie Bonns T.J. Shorts noch durch namhafte deutsche Nationalspieler. Robin Christen und Karim Jallow spielen in den Überlegungen von Bundestrainer Gordon Herbert für die WM im Sommer bislang keine Rolle, waren beim famosen Titellauf der Ulmer aber elementar wichtig. Der völlig gelöste Jallow musste im TV-Interview am Freitagabend noch einen besonderen Gruß loswerden: »Oma Ingrid, du bist gerade im

Urlaub an der Ostsee. Du hast jedes Spiel geschaut, hast mir vor jedem Spiel geschrieben. Das ist auch für dich. Und jetzt genieß' weiter deinen Urlaub.«

Für die Liga war der leidenschaftliche Kampf zwischen titelhungrigen Bonnern und Ulmern eine wohlthuende Abwechslung zum Dauerduell Alba gegen Bayern. Die Traumsaison der Bonner mit Champions-League-Titel und bis zur Finalserie 38 Siegen aus 40 Bundesligapartien blieb ungekrönt. Bereits zum sechsten Mal zogen sie im Finale den Kürzeren. »Ulm hat die Meisterschaft verdient. Sie haben die drei besten Mannschaften geschlagen, das ist etwas Einzigartiges«, räumte Bonns Trainer Tuomas Iisalo ein.

Der finnische Erfolgstrainer und sein Spielmacher Shorts dürften Bonn im Sommer wahrscheinlich verlassen. Doch so weit wollte Iisalo noch nicht denken. »Wir fahren ins Hotel. Dann trinke ich zwei, drei oder vier Bier. Das ist meine Zukunft momentan«, sagte der Coach. *dpa/nd*